

Jahresbericht **2021**

Wer wir sind
Wofür wir eintreten
Wie wir arbeiten



Inhalt



S. 6



S. 10



S. 14

Vorwort	1
Radikaler Realismus – jetzt!	2
Für eine alternative Landwirtschaft und Ernährungssicherheit.....	6
Für ein nachhaltiges Wirtschaftssystem	10
Demokratie und Menschenrechte stärken	14
Die Zukunft Europas gestalten.....	22
Für eine offene Gesellschaft und gerechte Teilhabe.....	28
Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung	32
Kunst und Kultur.....	34
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich.....	36
Studienwerk – Rückenwind für junge Talente.....	37
GreenCampus – Politik erfolgreich machen!	40
Archiv Grünes Gedächtnis	41
Preisverleihungen.....	42
Stiftungsmanagement.....	43
Beschäftigte	50
Gremien.....	51
Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten	52
Adressen	53
Fördern und Spenden.....	55

Impressum ■ Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. ■ Redaktion und Konzeption: Susanne Dittrich
 ■ Mitarbeit: Bernd Rheinberg ■ Cover: Diala Brisly ■ Texte: Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Heinrich-Böll-Stiftung
 ■ Gestaltung: Grafikladen, Berlin (nach einem Entwurf von state, Berlin) ■ Papier: umweltfreundlich, chlorfrei gebleicht ■ Auflage: 2.800 ■ Stand: 1. Juni 2022 ■ Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 ■ Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin ■ T 030-285 34-0 F 030-285 34-109 E info@boell.de W www.boell.de

Was wir wollen

Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorantreiben, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen.

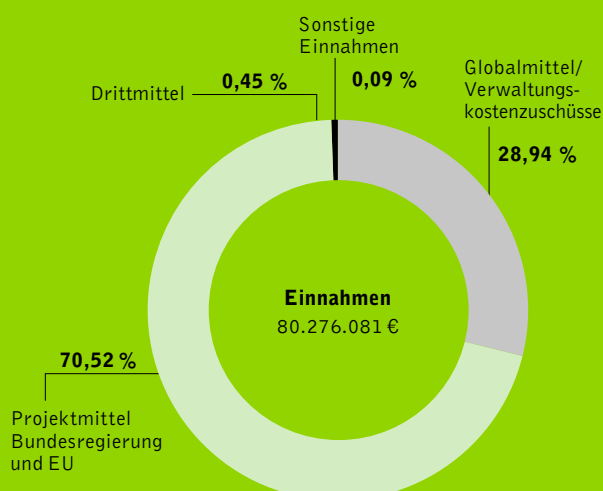
Wir stehen der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe und arbeiten als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerinnen und Partnern in rund 60 Ländern.

Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 33 Auslandsbüros an 31 Standorten sind wir weltweit gut vernetzt. Wir kooperieren mit unseren Landesstiftungen in den deutschen Bundesländern und fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland.

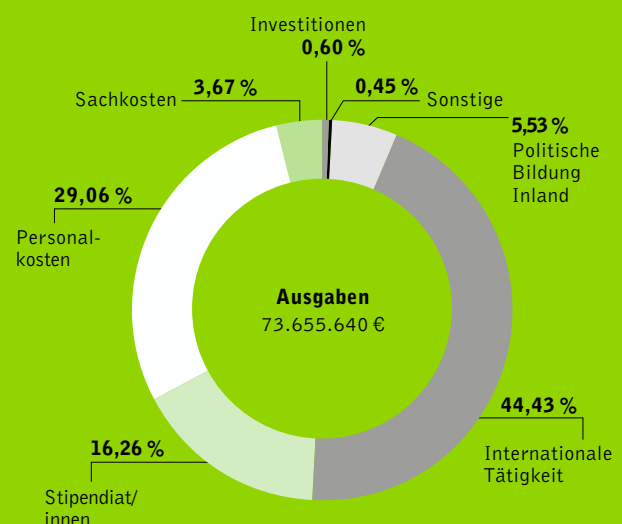
Wir folgen Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik und möchten andere anstiften mitzutun.

Fakten zur Stiftung

Einnahmen 2021



Ausgaben 2021



Heinrich-Böll-Stiftung weltweit



Afrika

- ❶ Kapstadt (Südafrika)
- ❷ Abuja (Nigeria)
- ❸ Nairobi (Kenia)
- ❹ Dakar (Senegal)

Asien

- ❺ Bangkok (Thailand)
- ❻ Neu-Delhi (Indien)
- ❼ Peking (China)
- ❽ Phnom Penh (Kambodscha)
- ❾ Yangon (Myanmar)
- ❿ Hongkong

Europa

- ❾ Belgrad (Serbien)
- ❿ Berlin (Deutschland)
- ⓫ Brüssel (Belgien)
- ⓬ Istanbul (Türkei)
- ⓭ Kiew (Ukraine)
- ⓮ Paris (Frankreich)
- ⓯ Prag (Tschechische Republik)
- ⓰ Sarajevo (Bosnien-Herzegowina)
- ⓱ Tbilisi (Georgien)
- ⓲ Thessaloniki (Griechenland)
- ⓳ Tirana (Albanien)
- ⓴ Warschau (Polen)

Lateinamerika

- ⓵ Bogotá (Kolumbien)
- ⓶ Mexiko-Stadt (Mexiko)
- ⓷ Rio de Janeiro (Brasilien)
- ⓸ San Salvador (El Salvador)
- ⓹ Santiago de Chile (Chile)

Nordafrika und Nahost

- ⓺ Beirut (Libanon)
- ⓻ Ramallah (Palästina)
- ⓼ Rabat (Marokko)
- ⓽ Tel Aviv (Israel)
- ⓿ Tunis (Tunesien)

Nordamerika

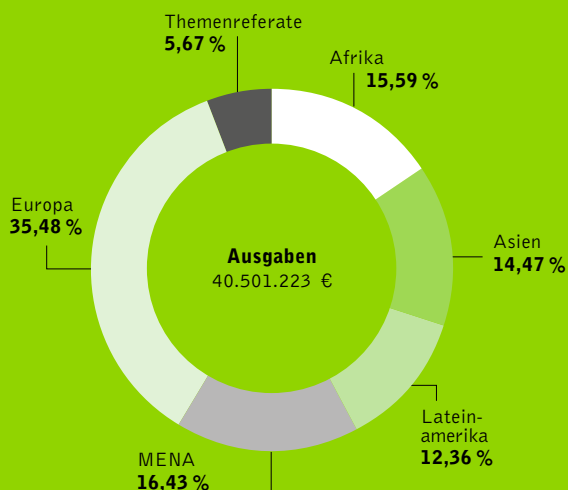
- ⓾ Washington (USA)

Russische Föderation

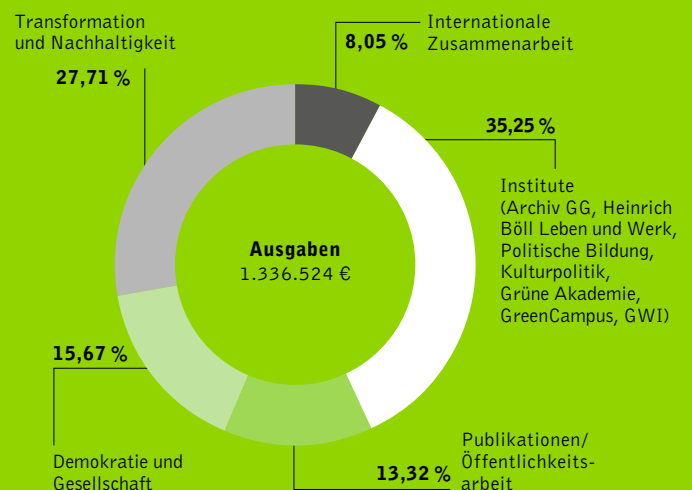
- ⓿ Moskau (Russland) *

* Im April 2022 hat das russische Justizministerium unserem Büro die Registrierung entzogen.

Internationale Zusammenarbeit 2021



Politische Bildung Inland 2021



Vorwort



Dr. Ellen Ueberschär Foto: Bettina Keller



Barbara Unmüßig Foto: Bettina Keller

Der Rückblick auf das Jahr 2021 ist heute, im März 2022, überlagert vom brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Nicht nur die internationale, sondern auch die Innenpolitik steht unter veränderten Vorzeichen. Dazu kommen zwei weitere schwere Krisen, die die Welt in Atem halten: die Klimakatastrophe und die Folgen der Covid-19-Pandemie. Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen, die auch die Arbeit der Stiftung stark beeinflussen. Mit der Pandemie nahmen soziale Ungleichheit, Armut und Hunger weltweit zu, Geschlechterungleichheiten wurden sichtbarer und haben sich weiter vertieft. Die Folgen der Klimakrise zeigen sich immer deutlicher: Durch Dürren und Überschwemmungen verlieren Menschen ihr Auskommen, ihr Obdach, ihre Heimat. Der Krieg in der Ukraine zerstört ein aufstrebendes, freies Land und treibt Millionen in die Flucht. Es ist selbstverständlich, dass wir uns dieser Themen intensiv annehmen.

Die Stiftung versteht sich als ein Ort, an dem Menschen gemeinsam mit vielen Partner/innen im Inland und international für eine friedliche, demokratische und lebenswerte Welt arbeiten. Die Bundestagswahl im Herbst 2021 brachte Bündnis90/Grüne in die Bundesregierung. Wir stellen uns der gestiegenen Verantwortung, die damit einhergeht.

Die aktuellen Geschehnisse zeigen, wie dringlich eine soziale und ökologische Erneuerung unseres Wirtschaftens ist. Wir müssen uns unabhängig machen von fossilen Energieträgern, den Raubbau an unseren Lebensgrundlagen beenden und die Artenvielfalt schützen. Wir brauchen eine neue Friedensordnung in Europa sowie eine Stärkung des Völkerrechts und unserer Sicherheitsarchitektur. Zugleich geht es um verantwortliche Veränderung. Der ökologische Umbau der Wirtschaft darf die soziale Ungleichheit nicht verschärfen. Sozial- und Wirtschaftspolitik müssen zusammengedacht werden.

Wir wollen in dem notwendigen Reflexionsprozess gerade die vielfältigen Stimmen der Menschen im Globalen Süden und der jungen Generation hörbar machen – auf Veranstaltungen, in Publikationen und anderen Medien. Die drei großen Krisen finden im Kontext des weiteren Aufstiegs von Autokratien statt, demokratische Spielräume werden fast überall massiv eingeschränkt,

Medienfreiheit ist vielerorts weitgehend aufgehoben und die Repressionen gegen die Zivilgesellschaft sind harte Realität. Trotzdem stehen demokratische Bewegungen – auch mit unserer Unterstützung – für ihre Rechte und gegen Korruption und Repressalien ein und fordern Regierungen heraus. Wir freuen uns, dass in Chile mit dem neuen Präsidenten ein Zeichen der Hoffnung gesetzt wurde.

Wir stärken die Arbeit im Westbalkan und setzen damit ein deutliches Zeichen für eine proaktive und prodemokratische EU-Erweiterungspolitik, die gerade von jungen Menschen in der Region gewünscht wird.

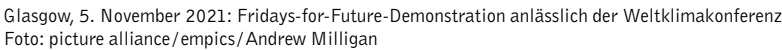
Wir sind immer öfter gefragt, in humanitären Krisen Hilfe und Unterstützung für Partnerinnen zu leisten. Ob in Afghanistan oder Myanmar und jetzt in der Ukraine – es geht hier auch um individuelle Hilfestellungen. Wir versuchen so gut es geht, Menschen aus dem Exil heraus in ihrer politischen Arbeit zu unterstützen. Strukturell stärken wir weltweit unsere Arbeit zu Migration und Flucht.

In den letzten beiden Jahren waren unsere Mitarbeitenden im In- und Ausland gewaltigen Belastungen ausgesetzt. Wir bedanken uns für das Engagement und den persönlichen Einsatz, für die Ausdauer und das produktive Miteinander in den vergangenen Jahren. Gemeinsam haben wir es geschafft, die Stiftung in den angespannten Zeiten einer Pandemie und der daraus resultierenden Probleme nicht nur arbeitsfähig, sondern auch innovationsfreudig zu gestalten sowie für Veränderungen zu stärken. Und nicht zuletzt danken wir all jenen Menschen, die sich ehrenamtlich in unseren Gremien engagieren. Ihre Unterstützung bereichert die Stiftung, macht sie vielfältig, lebendig und zusätzlich attraktiv.

Für uns beide ist dies nun der letzte Jahresbericht, denn wir geben die Verantwortung weiter an Imme Scholz und Jan-Philipp Albrecht. Wir wünschen ihnen viel Erfolg, Glück und Freude bei der Arbeit in dieser wunderbaren Institution.

Berlin, im März 2022

Dr. Ellen Ueberschär und Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung



Die Klimakrise ist kein Problem der fernen Zukunft. Bereits eine Erderwärmung um 1,5 Grad führt zu Artenschwund, zum Verlust von Ökosystemen und zu extremen Wetterereignissen wie Tornados und Überschwemmungen. All das gefährdet die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen. Eine Erwärmung um mehr als 1,5 Grad Celsius würde weitere irreversible Schäden mit sich bringen. Darum braucht es effektive Maßnahmen der Politik – und zwar jetzt! Der weltweite CO₂-Austausch muss drastisch verringert werden. Dafür braucht es einen schnellen und konsequenten Ausstieg aus allen fossilen Rohstoffen: Kohle, Öl und Gas.

Wir befinden uns in einem Klimanotstand, der ein unverzügliches Umsteuern erfordert. Noch ist es möglich, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Doch dafür braucht es eine schnelle und konsequente Umsetzung einer Transformation, die sich an ökologischer und sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechten und Demokratie ausrichtet.

Weltklimakonferenz in Glasgow: Scheinlösungen statt ambitionierter Maßnahmen ✂

Die 26. UN-Klimakonferenz (UNFCCC COP 26) fand vom 31. Oktober bis 12. November 2021 im schottischen Glasgow statt und wurde vom Vereinigten Königreich in Partnerschaft mit Italien ausgerichtet. Wegen der COVID-19-Pandemie war sie von November 2020 auf 2021 verschoben worden. Viele zivilgesellschaftliche Gruppen hatten sich wegen der pandemiebedingten fehlenden Beteiligungsmöglichkeiten für eine weitere Verschiebung stark gemacht – allerdings vergeblich. Letztlich fiel die Teilnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen aus dem Globalen Süden eher gering aus, und auch die Stiftung hatte keine eigene Delegation geschickt. Im Mittelpunkt der Konferenz standen unter anderem die nationalen Klimapläne der Mitgliedsstaaten, die dringend ambitionierter werden müssen. Auch die deutliche Anhebung der finanziellen Mittel, vor allem für den Ausgleich von Klimaschäden und -verlusten, war ein Thema, das breiten Raum bekam. Bedauerlich: Am Ende gab es zahlreiche Deklarationen, jedoch keine Beschlüsse für sofortige Maßnahmen, um eine Klimakatastrophe zu verhindern. Auch die Forderung nach Gerechtigkeit für die am stärksten von der Klimakrise betroffenen Menschen blieb unerfüllt. Zwar wurde über die fossilen Brennstoffe als Treiber der Klimakrise auf der COP ausführlich diskutiert, doch statt wirklich ihre Reduktion effektiv voranzutreiben, gaben die Vertragsstaaten lediglich Versprechen auf Netto-Null-Emissionen. Wir haben die Konferenz gemeinsam mit dem Center for International Environmental Law (CIEL) mit einem Dossier und verschiedenen Analysen begleitet.

Seminar: Mit Recht das Klima retten ✂

Effektiver Klimaschutz ist seit dem Pariser Klimavertrag von nahezu allen Staaten dieser Erde völkerrechtlich zugesagt worden. Doch es gibt ein Problem: Internationale Verträge enthalten meist keine Sanktionsmechanismen, das gilt auch für das Pariser Klimaabkommen. Versprechungen und Ankündigungen sind Mittel der Politik. Doch am Ende müssen nicht nur ambitionierte Ziele formuliert werden, es braucht auch Ergebnisse. Im Umweltrecht hat sich für die häufig mageren Ergebnisse das Wort vom «Vollzugsdefizit» eingebürgert. Um dieses Defizit nicht noch größer werden zu lassen, braucht es Instrumente, die das staatliche Handeln überprüfen und an die eigenen Maßstäbe und Ziele binden. Für den Klimaschutz können das Klimaklagen sein. Denn Nicht- oder ein nicht ausreichendes Handeln des Staates gegen den Klimawandel rechtfertigt unter Umständen den Gang vor Gericht. Vor diesem Hintergrund haben wir gemeinsam mit ClientEarth, Green Legal Impact, Germanwatch und dem AK Kritischer Jurist/innen wie im Vorjahr eine dreiteilige Online-Seminarreihe organisiert, um vor allem junge und angehende Jurist/innen für das Themenfeld der Klima- und Umweltklagen zu sensibilisieren. Die Mitschnitte in deutscher und teilweise englischer Sprache sind online verfügbar.

Auch unser Büro in Peking arbeitet zu diesem Thema. Ende Oktober unterstützte es unsere langjährige Partnerorganisation CLAPV bei einem mehrtägigen Fortbildungsworkshop zum Thema Umweltrecht und Umweltverbandsklagen. Mehr als 20 chinesische Nichtregierungsorganisationen nahmen daran teil und konnten sich über die Provinzgrenzen hinweg vernetzen. CLAPV unterstützt die Opfer von Umweltverschmut-

zung und ist der Peking University of Political Science and Law angeschlossen. Fast zeitgleich organisierte das Peking Büro einen digitalen Austausch mit einer Universität in Fuzhou, in dessen Rahmen u.a. der Bremer Jurist Prof. Gert Winter die Rolle von Gerichtsurteilen in der deutschen und europäischen Klimapolitik vorstellte.

Geoengineering – eine äußerst riskante Technologie 🦋

Geoengineering umfasst eine Vielzahl von Technologien für sehr starke bis extreme Eingriffe ins globale Klima. Das solare Geoengineering zum Beispiel zielt darauf ab, Sonnenlicht zurück ins All zu reflektieren, um den globalen Temperaturanstieg zu unterdrücken. In Wissenschaft und Politik sowie in den Medien finden solche Technologien zunehmend Beachtung. Verharmlost werden dabei die Risiken, die sie mit sich bringen – darunter zunehmende Extremwetterereignisse und potenziell verheerende Schäden für die Ökosysteme, mit Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion für Millionen von Menschen auf der ganzen Welt. Abgesehen davon kann die Illusion einer schnellen technologischen Lösung die Suche nach wirklichen Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels verzögern und damit sowohl heutige als auch künftige Generationen gefährden.

Zwei von der Stiftung mitorganisierte Podiumsdiskussionen boten im Juni eine einzigartige Gelegenheit, mehr über die Risiken und die Auswirkungen von Solar-Geoengineering und anderen Experimenten zu erfahren. In den prominent besetzten Podien diskutierten internationale Fachleute aus der Wissenschaft, der Klimabewegung und indigenen Gruppen, darunter Michael Mann, Raymond Pierrehumbert, Jennie Stephens, Tom Goldtooth, Åsa Larson-Blind, Naomi Klein, Bill McKibben, Vandana Shiva und Greta Thunberg. Wenige Monate zuvor war es uns zusammen mit unseren Partnerorganisationen in der «Hands Off Mother Earth»-Kampagne gegen Geoengineering gelungen, über Risiken eines kontroversen solaren Geoengineering-Freilandexperiments des Harvard-Forschungsprojekts SCoPEX in Schweden Aufklärung zu leisten. Das Experiment wurde eingestellt.

Studie: Künstliche Intelligenz und Klimawandel 📄

Angesichts des sich beschleunigenden Klimawandels wird auch über den Einsatz von Künstlicher Intelligenz diskutiert. Mit ihr ist die Hoffnung verbunden, die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen besser erreichen zu können. Es gibt darüber hinaus sehr konkrete Anwendungsmöglichkeiten für den Klimaschutz. Wir haben bei einer Gruppe von internationalen Spezialist/innen eine Studie zum Thema «Künstliche Intelligenz und Klimawandel» in Auftrag gegeben. Die im Mai 2021 als E-Paper erschienene Studie stellt einige

dieser Potenziale vor – zum Beispiel für die Ernährungssicherheit, die Stromerzeugung, die Mobilität – und zeigt auch, wo die Risiken liegen und wie sie vermieden werden können. Unser Büro in Hongkong hat die Studie ins Koreanische, Japanische und Chinesische übersetzen lassen.

Online-Diskussion: Parlament oder Straße – wie radikal muss junge Klimapolitik sein? 🦋

Jugendliche sind unpolitisch – diese Aussage ist spätestens seit dem Auftreten von Fridays for Future überholt. Besonders die zögerliche Klimapolitik treibt junge Menschen auf die Straße. Aber es gibt nicht nur Fridays for Future. Die politische Szene unter Jugendlichen hat sich ausdifferenziert. Klimapolitisch aktive Jugendliche und junge Menschen sind sich längst nicht mehr einig, wo der Hebel angesetzt werden muss, um die Politik umzukrempeln und die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Manche streben inzwischen politische Mandate auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene an. In einer Online-Veranstaltung im April 2021 diskutierten wir mit jungen Politiker/innen und politisch Aktiven u.a. darüber, wie radikal Klimapolitik sein muss und wie viele Kompromisse nötig sind, um politische Mehrheiten zu erreichen. Lisa Badum, MdB Bündnis 90/die Grünen, warb in ihrem Beitrag dafür, die Kräfte zu bündeln: «Wir sitzen alle in einem Boot, alle progressiven Kräfte, die beim Klimaschutz etwas erreichen wollen.» Die Diskussion war Teil des Mentoringprogramms «Generation Klima», das im Oktober mit einem ganztägigen Workshop endete.

Studie: Der Elefant im Raum – Umweltrassismus in Deutschland 📄

Der Begriff Umweltrassismus ist in den 1980er-Jahren in den USA entstanden und steht für die rassistischen Effekte ungleicher Verteilung von Umweltgütern und -risiken. Auch in Deutschland wurde zu dieser Zeit Umweltrassismus das erste Mal thematisiert. Angesichts der Klimakrise fragt eine neue Generation von Menschen, die Rassismus erfahren, ob und wie die Folgen des Klimawandels die Wirkmächtigkeit von Umweltrassismus verstärken. Damals wie heute stehen Menschen, die von Rassismus betroffen sind, vor der Herausforderung, dass Umweltrassismus in Deutschland fast gänzlich unerforscht ist. Imeh Ituen und Lisa Tatu Hey fragen in unserer Kurzstudie «Der Elefant im Raum», welche Bedeutung dieser blinde Fleck in der Wissenschaft für Schwarze, Indigene und Menschen of Colour in Deutschland hat.

Deutschland: Grundkurs «CO₂-Bepreisung» 🦋

Kaum ein Klimaschutzinstrument hat im Jahr 2021 die öffentliche Debatte so sehr geprägt wie das der CO₂-Be-

🦋 **Mitschnitt der Veranstaltung zu Geoengineering**
youtube.com/watch?v=0Vs8juLCYyQ

📄 **Studie «Künstliche Intelligenz und Klimawandel»**
boell.de/kuenstliche-intelligenz-und-klimawandel

🦋 **Webdossier «Generation Klima»**
boell.de/generation-klima

📄 **Studie «Der Elefant im Raum»**
boell.de/der-elefant-im-raum-umweltrassismus-deutschland

preisung. Grundsätzlich ist es für den Klimaschutz notwendig, dass CO₂-Emissionen einen Preis bekommen. Es ist ein wichtiger Schritt in Richtung Klimagerechtigkeit, wenn Klimaverschmutzung die Verursachenden etwas kostet und wenn diese Kosten gerecht verteilt werden. In Deutschland gibt es aktuell drei verschiedene Formen der CO₂-Bepreisung: den Europäischen Emissionshandel für die Sektoren Strom und Industrie, den nationalen Emissionshandel für Wärme und Verkehr sowie Energiesteuern. Die Ausgestaltungsvarianten und Wirkmechanismen sind umstritten. Unser dreiteiliger Online-Grundkurs «CO₂-Bepreisung» für klimapolitisch interessierte Menschen sollte helfen, das komplexe und irgendwie auch abstrakte Instrument besser verstehen und politisch einordnen zu können. Der erste Teil gab eine Einführung in und einen Überblick zu Grundannahmen, Ausgestaltungskriterien und Effekten verschiedener CO₂-Bepreisungssysteme; der zweite Teil schaute genauer auf die Anreizseite, also darauf, welche Sektoren werden wie reguliert und wie wird die Rückverteilung organisiert?; und im dritten Teil ging es um die Weiterentwicklung des EU-Emissionshandels und u.a. darum, wie verhindert werden kann, dass Emissionen ins Ausland verlagert werden.

Marokko: Die Energiewende einfach erklärt

Marokko ist klima- und energiepolitisch ein Vorreiter. Das Königreich hat sich eine ambitionierte Energiewende vorgenommen und will in Zukunft auch grünen Wasserstoff für den Export produzieren. Trotzdem ist die marokkanische Energiepolitik bislang allein Sache der Fachleute. Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich kaum an der Debatte um die künftige Energiegewinnung – auch weil es an zugänglichen und verständlichen Informationen fehlt. Unser Büro in Rabat entwickelte deshalb die Informationskampagne «Etat d'urgence énergétique»: Leicht verständliche kurze Filme erklären die Unterschiede zwischen fossilen und erneuerbaren

Energiequellen, zeigen, wofür erneuerbare Energien in Marokko verwendet werden und wie die Energiewende gelingen kann. Über die sozialen Medien erreichen die humorvoll gestalteten Beiträge eine breite Öffentlichkeit und bieten erstmals Bildungsmaterial zum Thema Energie auf Darija, dem marokkanischen Arabisch. Die Kampagne entstand in Zusammenarbeit mit lokalen Energie- und Kommunikationsfachleuten sowie Studierenden.

Japan: Zehn Jahre nach Fukushima

Am 11. März 2011 erschütterte ein starkes Erdbeben den Nordosten Japans. Rund 18.500 Menschen verloren damals ihr Leben bzw. gelten seither als vermisst. Durch das Erdbeben und den darauffolgenden Tsunami kollabierten auch mehrere Kühlsysteme im Atomkraftwerk Fukushima. Das Ausmaß der atomaren Verstrahlung ist bis heute nicht genau abzuschätzen. Eine internationale Konferenz in Tokio, getragen von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis, gedachte am 21. März 2021 der Dreifachkatastrophe von Fukushima. Organisiert wurde sie maßgeblich von Peace Boat, einer japanischen Partnerorganisation unseres Hongkonger Büros. Neben Präsenz-Veranstaltungen in Tokio gab es eine live übertragene Ortsbegehung in Fukushima sowie diverse Online-Panels – insgesamt über 75 einzelne Sessions. Mit 15.000 Online-Views allein am Konferenztag war die Veranstaltung ein großer Erfolg. Unser Büro in Hongkong konnte mit Sylvia Kotting-Uhl und Rebecca Harms auch zwei grüne Politikerinnen mit hohem Ansehen in Japan als Sprecherinnen gewinnen; auch mehrere Vertreterinnen und Vertreter von Partnerorganisationen der Stiftung, darunter Koide Hiroaki und Mycle Schneider, waren Redner. Höhepunkt der Konferenz war eine gemeinsame Erklärung von fünf früheren japanischen Premierministern gegen Nuklearenergie und für erneuerbare Energien mit dem Ziel einer klimaneutralen Gesellschaft.



Afghanistan, Oktober 2021: Ein Konvoi des Welternährungsprogramms mit Lebensmitteln. 22,8 Millionen Menschen könnten den kommenden Winter Hunger leiden – mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Foto: Victor J. Blue/The New York Times

Für eine alternative Landwirtschaft und Ernährungssicherheit

Eine Million Arten könnten bis Ende des Jahrhunderts ausgestorben sein. Der Verlust von Biodiversität gehört neben der Klimakrise zu den großen Bedrohungen unserer Lebensgrundlagen. Beides hat direkte Folgen für die globale Ernährungssicherheit. Bereits jetzt hungern gut zehn Prozent der Weltbevölkerung. Die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel erreichen immer neue Rekordstände. Es braucht klare politische Regeln und Strategien, um diesen Entwicklungen zu begegnen – und eine radikale Kehrtwende in unserem Ernährungs- und Landwirtschaftssystem.

Nachhaltige, gerechte und gesunde Ernährungssysteme sind möglich – dafür aber bedarf es politischer Strukturen, die die Bekämpfung des Hungers, eine ausgewogene Ernährung und den Schutz von Biodiversität und Klima in den Mittelpunkt stellen.

Veranstaltungsreihe «Landwirtschaft anders – unsere Grüne Woche»

Wir haben im Jahr 2021 einen Arbeitsschwerpunkt auf globale Ernährungssysteme gelegt, denn sie sind ausschlaggebend für Fragen globaler Gesundheit, Fairness und Nachhaltigkeit. Seit 2017 nehmen Hunger und Mangelernährung weltweit zu. Die Gründe hierfür liegen in der pandemiebedingten Wirtschaftskrise, in Wetterextremen und gewaltsamen Konflikten. In der Veranstaltungsreihe «Landwirtschaft anders – unsere Grüne Woche» im Januar 2021 haben wir uns intensiv mit agrar- und ernährungspolitischen Themen befasst, zum Beispiel mit der Fleischindustrie. Sie ist nicht nur von prekären Arbeitsbedingungen gekennzeichnet, sie vertreibt zudem Menschen von ihrem Land und ist verantwortlich für Waldrodungen, Pestizideinsätze und Biodiversitätsverluste. Damit ist sie einer der wesentlichen Treiber der Klimakrise. Die Veranstaltungsreihe hat Tradition. Seit mehr als fünf Jahren findet sie im Vorfeld der Internationalen Grünen Woche in Berlin statt.

Fleischindustrie: Klimaschädlich, unsozial und veränderungsresistent

Trotz der Skandale der letzten Jahre und ungeachtet des akuten Klimanotstandes zeichnet sich in der globalen Fleischindustrie keine grundlegende Veränderung ab. Im Gegenteil: Massentierhaltung, Höfesterben, Futtermittelimporte und Pestizideinsatz schreiten ungebremsst voran. Wenn die Fleischindustrie weiterwächst wie bislang, werden im Jahr 2030 jährlich knapp 360 Millionen Tonnen weltweit produziert und konsumiert. Die Folgen sind kaum vorstellbar, denn bereits jetzt werden die ökologischen Grenzen unseres Planeten überschritten. Unser «Fleischatlas 2021», den wir im Januar vorgestellt haben, gibt Einblicke in die Produktionsbedingungen der Fleischindustrie, zeigt den fatalen Missbrauch von Antibiotika in der Tierzucht auf, belegt die verheerenden Folgen des Pestizideinsatzes im Futtermittelanbau und erklärt, wieso der Fleischkonsum trotzdem weiter steigt. Dabei stehen drei Viertel der Jugendlichen der momentanen Fleischproduktion und dem entsprechenden Überkonsum kritisch gegenüber – wie eine Umfrage, exklusiv für den Fleischatlas durchgeführt, ergab. Vierzig Prozent der Befragten gaben



Fleischatlas 2021

Allein die fünf größten Fleisch- und Milchkonzerne emittieren so viele schädliche Klimagase wie der größte Ölmulti der Welt. Kaum ein Nahrungsmittel belastet unsere Umwelt und das Klima so stark wie Fleisch, besonders Rindfleisch. Unser Fleischatlas 2021 liefert Daten und Fakten zu den Problemen, die aus der industriellen Fleischindustrie entstehen.

Den Atlas gibt es auf Deutsch und Englisch. Auch eine Podcast-Reihe widmet sich dem Thema.

boell.de/fleischatlas



Armut Macht Hunger

811 Millionen Menschen hungern. Die Welternährungsorganisation geht davon aus, dass diese Zahl weiter ansteigt. Hunger und Fehlernährung sind keine zufälligen Randprodukte unserer Ernährungssysteme. Sie sind das Resultat fehlender Gesetze und bestehender Machtungleichgewichte. Sie sind ein moralisches Desaster und ein politischer und gesellschaftlicher Handlungsauftrag.

boell.de/armut-macht-hunger

an, wenig Fleisch zu essen, und 13 Prozent ernähren sich ausschließlich vegetarisch oder vegan – doppelt so viele wie im Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung.

Hunger und Fehlernährung ↗

Zehn Jahre bleiben uns noch: Bis 2030 soll es keinen Hunger mehr auf der Welt geben. Alle Menschen sollen dann in der Lage sein, sich ausreichend, ausgewogen und gesund ernähren zu können. Das haben die Staats- und Regierungschefs mit den globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) im Jahr 2015 beschlossen. Der Weg dahin ist allerdings noch weit. Ohne eine radikale Kehrtwende in unserem Ernährungs- und Landwirtschaftssystem werden im Jahr 2030 – so die Prognose der Vereinten Nationen – weiterhin rund 800 Millionen Menschen Hunger leiden. Die Situation wird sich angesichts des Krieges in der Ukraine und der steigenden Nahrungsmittelpreise vermutlich noch verschärfen. Im September 2021 fand erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen ein Gipfel statt, der sich ausschließlich mit den globalen Ernährungssystemen beschäftigte. Eine grundlegende Kurskorrektur, wie sie von zivilgesellschaftlichen Organisationen gefordert wurde, ist allerdings nicht erfolgt. Strukturelle Probleme, wie zum Beispiel ungerechte Machtverhältnisse, der beschränkte Zugang zu Land oder ein Verbot giftiger Pestizide, blieben weitgehend unbeachtet, stattdessen ging es vordergründig um technische Ansätze bei der Hungerbekämpfung. Sowohl Stimmen aus der Zivilgesellschaft als auch aus der Wissenschaft kritisierten den Gipfel daher als eine vertane Chance.

In Kooperation mit dem Berliner Thinktank TMG haben wir anlässlich des UN-Ernährungsgipfels diverse Informationsmaterialien veröffentlicht, darunter die Broschüre «Armut Macht Hunger» (mit Daten und Fakten zu den Themen Hunger und Krisen, Konflikte, Machtungleichgewichte, Fehlernährung und Ernährungsarmut in Deutschland) sowie eine gleichnamige Podcast-Reihe.

Gesund, gerecht und ökologisch – Böll.Thema

Etwa 800 Millionen Menschen hungern, zwei Milliarden Menschen haben täglich nicht genug zu essen, und ein weitaus größerer Teil kann sich keine gesunde Ernährung leisten. Kalorienreiche Lebensmittel sind ungesund, machen dick und können Krankheiten hervorrufen. Hunger und Fettleibigkeit führen in vielen Ländern der Welt nicht nur zu individuellem Leid, sondern auch zu gravierenden gesellschaftlichen Kosten. Dennoch fehlt es an politischem Willen zur Veränderung. Die Politik versagt, weil sie an Ernährungssystemen festhält, die sozial ungerecht und ökologisch nicht tragfähig sind. Wir haben eine Ausgabe unseres Magazins *Böll.Thema* diesem Thema gewidmet, erklären Hintergründe und beschreiben mögliche Alternativen, wie zum Beispiel den zivilgesellschaftlich initiierten Kipling-Gemeinschaftsgarten in Kapstadt, Südafrika. Aus einer zugemüllten Gasse wurde eine der wenigen Grünflächen in der Nachbarschaft. Die am Projekt beteiligten Familien profitieren nicht nur von den regelmäßigen Ernten, der Garten ist auch eine Begegnungsstätte und fördert das soziale Miteinander. Er liefert zudem genügend Nahrungsmittel, um in Gemeinschaftsküchen Essen für die vielen Bedürftigen zuzubereiten, deren Zahl infolge der Pandemie dramatisch angestiegen ist. Besides, urbane Gärten und Gemeinschaftsküchen, gibt es in Südafrika schon seit Jahrzehnten. In der Pandemie zeigte sich wie nie zuvor, welche wesentliche Rolle sie bei der Bekämpfung von Hunger spielen können.

Kenia: Kampagne gegen gesundheitsgefährdende Pestizide

Der Einsatz von Pestiziden steigt weltweit, obwohl die gesundheitlichen und ökologischen Folgen lange bekannt sind. Auf dem afrikanischen Kontinent werden bislang deutlich weniger Pestizide eingesetzt als in anderen Weltregionen. Dennoch geraten die 33 Millionen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern immer stärker

in den Einfluss von Pestizidunternehmen. Ihnen wird auch verkauft, was in der EU verboten ist. Seit 2018 arbeitet unser Büro in Kenia mit zahlreichen kenianischen NGOs, Wissenschaftler/innen und Abgeordneten an einem Verbot toxischer Substanzen in Pestiziden. Die gemeinsame Kampagne Toxic Business wurde vom Gesundheitsausschuss des kenianischen Parlaments aufgegriffen und die Forderungen wurden zur Überprüfung an die zuständigen Ministerien und das sogenannte Pest Control Products Board (PCPB) weitergeleitet, das die Substanzen zertifizieren muss. Im Jahr 2021 hat PCPB ein Verfahren zur Überprüfung möglicher gesundheits- und umweltschädlicher Inhaltsstoffe begonnen, die Behörde hat öffentlich zur Einreichung entsprechender Gutachten aufgerufen. Auch unser Büro in Kenia hat ein wissenschaftlich fundiertes Gutachten abgegeben, das vom PCPB anerkannt wurde. Das PCPB will nun 32 Inhaltsstoffe wissenschaftlich überprüfen. Es ist davon auszugehen, dass mindestens zwei Substanzen, aber hoffentlich wesentlich mehr nicht mehr zugelassen werden, sodass giftige Pestizide vom Markt genommen werden müssen. Das wäre ein Riesenerfolg der Kampagne, auch wenn zu befürchten ist, dass sich die Überprüfungen in die Länge ziehen und möglicherweise aufgrund politischer und wirtschaftlicher Interessen gar verschleppt werden.

«Pack aus! Plastik, Müll & ich» – unser Jugendbuch zum Thema ↗

Plastik ist überall – an der tiefsten Stelle im Ozean und auf dem höchsten Berg der Erde. Wir kommen jeden Tag damit in Berührung, essen es, schmieren es uns ins Gesicht und ziehen es an. Mehr als Zehn Milliarden

Tonnen Plastik wurden seit 1950 produziert – und der Plastikberg wächst weiter: Alles jemals produzierte Plastik wiegt bereits heute mehr als alle lebenden Tiere und Menschen zusammen. Nur ein winziger Teil davon wird recycelt. Viel zu viel wird verbrannt, landet auf Mülldeponien oder einfach in der Umwelt – und damit auch auf unseren Tellern. Plastik vergiftet entlang seines gesamten Lebenszyklus nicht nur Boden, Luft und Wasser, sondern bedroht auch die Gesundheit von Menschen und Tieren. Mit anschaulichen Grafiken, kurzen Texten und wahren Geschichten erklärt das Buch die Zusammenhänge rund um Plastik: von der Herstellung und Nutzung bis hin zur Entsorgung, vom Erdöl- oder Erdgas-Bohrloch bis hin zum Abfall in unserem Alltag. Denn Plastik ist mittlerweile überall: Rund 60 Prozent unserer Kleidung enthält Plastik, es findet sich in unserem Essen, es bedroht winzige Meerestiere, aber auch große Landtiere. Unser im Mai 2021 vorgestelltes Buch «Pack aus! Plastik, Müll & ich» gibt leicht verständlich Antworten auf 70 Fragen zum Thema Plastik. Und es macht klar, warum wir Produktion und Konsum von Plastik dringend drosseln müssen. Entwickelt haben wir das Buch zusammen mit der mehrfach ausgezeichneten Buchgestalterin Gesine Grottrian in enger Zusammenarbeit mit Jugendlichen. Es liegt auf Deutsch und Englisch vor, darüber hinaus gibt es dazu auch eine zweisprachige interaktive Website: plastic.boell.org

Dem Jugendbuch voraus ging unser «Plastikatlas». Seit er im Juni 2019 erschienen ist, veröffentlichten unsere Auslandsbüros zahlreiche weitere Versionen. Begleitet werden die Atlanten von Online-Dossiers und Videoclips auf den Webseiten der Büros.



Pack aus! – Plastik, Müll & ich

Plastik ist von großem Nutzen. Aber Plastik ist auch ein riesengroßes Problem. Die Herstellung benötigt gewaltige Mengen fossiler Rohstoffe, sein Konsum fördert die Wegwerfmentalität, weltweit ertrinken mittlerweile ganze Landstriche im Plastikmüll, in Partikelform lagert es sich in den Körpern von Mensch und Tier ein, versickert in Böden, vergiftet die Meere. Es wird Zeit, sich mit diesem Problem zu beschäftigen – und es zu lösen.

boell.de/pack-aus-plastik-muell-und-ich



Freiberg: Qualitätskontrolle an einer Produktionslinie für Solarmodule im Werk der Meyer Burger Technology AG
Foto: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild/Sebastian Kahnert

Für ein nachhaltiges Wirtschaftssystem

Die Europäische Kommission hat mit dem European Green Deal die Themen Klimaschutz, Ökologie und Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt ihrer politischen Agenda gerückt. Die EU soll mit dem ehrgeizigen Plan bis zum Jahr 2050 globaler Vorreiter beim Engagement für Klimaneutralität werden. Die Herausforderungen sind enorm. Nicht nur die europäische Wirtschaft steht vor einem umfassenden Umbau, sondern auch das Finanzsystem. Damit die Gesellschaft den notwendigen Strukturwandel mitträgt, ist es wichtig, ihn sozialverträglich zu gestalten.

Die globale Covid-19-Pandemie hat uns in drastischer Weise die Verletzlichkeit von Wirtschaft und Gesellschaft aufgezeigt. Wir wollen mit unseren Tagungen und Studien dazu beitragen, die Wirtschaft zukunftsfähig umzugestalten. Eine vorsorgende Wirtschafts- und Finanzpolitik muss sich am Wohl der Menschen orientieren und die planetarischen Grenzen beachten.

Baustelle «Zukunftsfeste Industrie» – Tagung

Die Digitalisierung und auch die Klimapolitik treiben die deutschen Schlüsselindustrien an, ihre Wertschöpfungsketten, Produkte und Geschäftsmodelle zu verändern. Auf unserer Online-Tagung «Baustelle: Zukunftsfeste Industrie #1» am 27. Mai sowie am 1. und 2. Juni 2021 diskutierten Fachleute aus Unternehmen, Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft darüber, wie zentrale Industriebereiche ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig werden können.

Die Volkswirtin und Wirtschaftsweisse Dr. Veronika Grimm hob in ihrer Keynote hervor, dass Klimaneutralität in Deutschland nur durch eine weitestgehend kohlenstofffreie Wirtschaft zu erreichen sei. Den Schlüssel dazu sieht sie in der Sektorenkoppelung, also der umfassenden Vernetzung aller Sektoren der Energiewirtschaft und Industrie. Dr. Patrick Graichen von Agora Energiewende nannte fünf Ansätze, um die Energiewirtschaft in den Dienst klimaneutralen Wirtschaftens zu stellen: massiver Ausbau der Erneuerbaren, Steigerung der Energieeffizienz, mehr direkte Elektrifizierung, grüner Wasserstoff und Carbon Capture and Storage (CCS) zur Einlagerung der Restemissionen.

Auch die Chemieindustrie ist eine Schlüsselindustrie. Chemie steckt in sehr vielen Dingen, die Menschen täglich benutzen. Deswegen ist es so wichtig, Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und schadstofffreie europäische Chemieindustrie zu schaffen. In Bezug auf Klima- und Ressourcenschutz ist die Chemieindustrie Teil des Problems, kann aber auch Teil der Lösung werden. Dafür bräuchte es ein neues Miteinander der verschiedenen Akteure und idealerweise einen «Masterplan», der die Zusammenhänge in den Wertschöpfungsketten einbezieht. Dabei ist Transformation sowohl an der Rohstoffquelle als auch bei den Energieträgern gefragt, so das Fazit einer Panel-Diskussion zum Thema.

Weitere Schlüsselindustrien, die auf der Konferenz diskutiert wurden, waren die Automobil- und die Bauindustrie. In einem umfangreichen Dossier haben wir die Tagung dokumentiert, dort findet sich auch der dreiteilige Podcast zum Thema.

Wirtschaften mit Zukunft: Ökologisch – demokratisch – sozial

Ein nachhaltiges, gerechtes, tragfähiges und demokratisch verfasstes Wirtschaftssystem wünschen sich viele Menschen in Deutschland. Und doch gibt es, je konkreter die Ziele und Wege werden, unterschiedliche Prioritäten und legitime Widersprüche in der Gesellschaft. In unserem Projekt «Wirtschaften mit Zukunft» im Verbund mit unseren Landesstiftungen wollen wir den Raum für die nötigen Debatten bieten. Das bis zum Jahr 2023 angelegte Projekt startete Ende 2021, u.a. mit einer Diskussionsveranstaltung über die Zukunft der Automobilindustrie, denn dort steht angesichts hoher Beschäftigungsanteile und Wertschöpfung viel auf dem Spiel. Kai Bliesener, Mitglied der Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität, und Christian Hochfeld, Direktor von Agora Verkehrswende, diskutierten u.a. darüber, welche Rolle das Auto in einer nachhaltig konzipierten, multimodalen Verkehrsstruktur zukünftig noch spielen kann und welche Konzepte und Strategien es aufseiten der Automobilindustrie gibt. Denn die Transformation in diesem Sektor ist bereits im vollen Gange. Fast alle Hersteller haben den Abschied vom Verbrennungsmotor eingeläutet. Während diese vergleichsweise gut aufgestellt sind, müssen sich die meist hochspezialisierten Zulieferer neu erfinden. Beschäftigte fürchten um ihre Jobs, Regionen um ihren Wohlstand. In unserem boell.brief «Transformation der Automobilindustrie» zeigen wir auf, was jetzt zu tun ist, damit die Transformation gelingt.

 Böll.Thema «Jetzt aber! Grünes Wirtschaften»
boell.de/boellthema-2021-gruenes-wirtschaften

 Dossier und Podcast «Zukunftsfeste Industrie»
boell.de/baustelle-zukunftsfeste-industrie

 boell.brief «Transformation der Automobilindustrie»
boell.de/transformation-der-automobilindustrie

 Projekt «Wirtschaften mit Zukunft»
boell.de/wirtschaften-mit-zukunft

Jenseits des Wachstums –

Vorstellung des OECD-Berichts

Seit der globalen Finanzkrise und mit zunehmendem Umwelt- und Klimabewusstsein wächst die Kritik an vorherrschenden wirtschaftspolitischen Konzepten. Der inzwischen ausgeschiedene OECD-Generalsekretär Angel Gurría hatte eine hochrangige Expertengruppe berufen, um Reformvorschläge für die Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Die zentrale Botschaft des Texts: Wachstum sei nicht als Selbstzweck zu begreifen, sondern als Mittel zum Erreichen gesellschaftlicher Ziele wie ökologische Nachhaltigkeit, Chancengleichheit und Wohlergehen.

Wir haben den Bericht ins Deutsche übersetzt und herausgegeben, um damit einen Beitrag zur Belebung der Diskussion um wirtschaftliche Konzepte für die Transformation zu leisten. Am 15. Februar wurde er in einer Videokonferenz mit über 600 Teilnehmer/innen vom Ko-Autor des Berichts, Michael Jacobs, Professor für Politische Ökonomie am Sheffield Political Economy Research Institute, vorgestellt und danach mit Dennis Snower, Mitglied des Expertenrats, Katharina Beck von Bündnis 90/Die Grünen und Christoph Schmidt vom RWI Essen diskutiert. Am Ende bestand weitgehend Konsens darin, dass sich die Wirtschaftspolitik nicht mehr am Ziel des Wirtschaftswachstums orientieren soll, sondern am menschlichen Wohlergehen und den planetaren Grenzen.

Tim Jackson: Wie wollen wir leben? – Buchvorstellung

Seit Jahrzehnten richten wir unsere Gesellschaft an der Überzeugung aus, dass «besser» auch immer «mehr» heißen muss. Doch das Streben nach ständigem Wachstum hat auch zu ökologischer Zerstörung, sozialer Instabilität und einer globalen Gesundheitskrise beigetragen. Wenn Wachstum so viele negative Seiten hat, warum verabschieden wir uns dann nicht davon? Tim Jackson stellt in seinem neuen Buch «Wie wollen wir leben? Wege aus dem Wachstumswahn» dem Mythos Wachstum seine Vision einer Wirtschaft gegenüber, die uns ohne Wachstum reicher macht statt ärmer. Das Buch lädt zum Nachdenken darüber ein, was das Leben lebenswert macht. Als Direktor des Centre for the Understanding of Sustainable Prosperity und Professor für nachhaltige Entwicklung an der University of Surrey (UK) erforscht Jackson seit über drei Jahrzehnten die moralischen, wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen von Wohlstand auf einem endlichen Planeten. Bei einer Online-Buchvorstellung im Oktober sprach er über diese Fragen mit Stiftungsvorstand Barbara Unmüßig.

Nachhaltige Finanzpolitik. Wie man in Zukunft investiert – Handlungsempfehlungen

Die Corona-Pandemie, die Anstrengungen gegen den Klimawandel, demografische Veränderungen – die finanzielle Bewältigung dieser Ausgangslagen verlangt nach einer tiefergehenden Analyse der Situation und nach neuen Wegen hin zu einer echten nachhaltigen Finanzpolitik. In dem Bericht «Nachhaltige Finanzpolitik – In Zukunft investieren» hat unser finanzpolitischer Arbeitskreis untersucht, wie eine solche Finanzpolitik erreicht werden könnte. Im Kern geht es um eine fiskalische Solidität, die investiv und grün wirkt: zum einen über eine Schuldenbremse, die mit einer investiven Defizitgrenze versehen ist, was heißt, dass Verschuldung für Netto-Investitionen grundsätzlich möglich sein sollte und ebenso aufholende Bruttoinvestitionen, solange die Wachstumsraten über dem Zins liegen. Zum anderen müssen für sehr anspruchsvolle europäische Klimaschutzvorhaben EU-Green-Bonds gemeinschaftlich finanziert werden. So kann staatliche Handlungsfähigkeit auf allen föderalen Ebenen gesichert und können Einnahmen in ausreichender und gezielter Weise generiert werden. Wir haben den Bericht in einer Online-Veranstaltung am 15. Juni 2021 unter großer Beteiligung von Wissenschaft, Politik und Fachpublikum vorgestellt. So diskutierten u.a. Jens Südekum, Michael Hüther, Franziska Gnath, Veronika Grimm, Franziska Brandner, Ramona Pop und Mark Schieritz.

Next Generation Central Banking: Klimakrise, Ungleichheit, instabile Finanzmärkte – Online-Konferenz

Seit der globalen Finanzkrise 2008 haben sich die Rolle und das Repertoire der Zentralbanken sehr verändert. Immer stärker müssen sie intervenieren, um schwerste Finanzkrisen zu verhindern. Der Einsatz von einst unkonventionell genannten Instrumenten wie der gewaltige Ankauf von Unternehmens-, vor allem aber von Staatsanleihen gehört inzwischen zur Routine. Auch im März 2020 bewiesen die Zentralbanken einmal mehr, dass in Krisenzeiten vieles von ihnen abhängt: Mit ihrem entschiedenen und weitreichenden Handeln verhinderten sie, dass die Welt infolge der Pandemie einen Zusammenbruch der Finanzmärkte erlebte.

So unabdingbar diese lose Geldpolitik zur Stabilisierung der Finanzmärkte ist, so sehr wird sie von verschiedenen Seiten kritisiert. Klimaschützer/innen werfen ihr vor, Klimarisiken nicht ausreichend zu berücksichtigen und die fossile Energiewirtschaft mit billigem Geld zu versorgen. Und manche machen sie auch verantwortlich für den Boom an den Immobilien- und Aktienmärkten und der daraus erwachsenden Vermögensungleichheit. Wie wenig die neue Rolle der Zentralbanken akzeptiert wird, zeigte u.a. das Urteil des Bundesverfassungs-

gerichts zur Europäischen Zentralbank (EZB), das im Mai 2020 ein 2015 gestartetes milliardenstarkes Anleihe-Ankaufprogramm der EZB in Teilen für verfassungswidrig erklärt hatte. Viel Stoff für Diskussion auf unserer Online-Konferenz im Februar 2021 mit prominenten Gästen, darunter der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze von der Columbia University und Claudia Buch, Vizepräsidentin der Bundesbank. Im Mittelpunkt stand die Frage: Sollten die Zentralbanken – und wenn ja, wie – politische Ziele jenseits ihres traditionellen Preisstabilitätsmandats verfolgen? Zur Konferenz haben wir drei Hintergrund-Papiere veröffentlicht, darunter eines von Jens van't Klooster mit Vorschlägen, wie das 30 Jahre alte Mandat der EZB aktualisiert werden kann, damit sie mit klaren demokratischen Leitlinien ihrer neuen Rolle in der sozial-ökologischen Transformation gerecht wird. Die Konferenz fand im Rahmen unseres Kooperationsprojekts «Transformative Responses to the Crisis» mit Finanzwende Recherche und einer großen Gruppe weiterer europäischer Partnerorganisationen statt.

Debt Relief for a Green and Inclusive Recovery – eine Initiative zur Entschuldung armer Länder ↗

Im Globalen Süden droht eine Schuldenkrise. Der 2021 vereinbarte gemeinsame Rahmen der G20 für Schuldentransaktionen reicht offenkundig nicht aus, um das auch aufgrund der Corona-Krise wachsende Schuldenproblem vieler Entwicklungs- und Schwellenländer zu lösen. Zugleich steht die Welt vor der enormen Herausforderung, einen neuen, nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschlagen, der das Klima schützt und die Arten-

vielfalt erhält. Gemeinsam mit dem Centre for Sustainable Finance an der SOAS University London und dem Boston University Global Development Policy Center starteten wir bereits 2020 die Initiative «Debt Relief for Green and Inclusive Recovery» mit einem Vorschlag, wie ein Schuldenerlass mit verstärkten Anstrengungen bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) verbunden werden könnte.

Im Juni 2021 legten wir mit dem Report «Securing Private Sector Participation and Creating Policy Space for Sustainable Development» einen präzisierten Vorschlag vor, wie die privaten Gläubiger am Erlass der Schulden beteiligt werden könnten. Der Bericht erzielte schnell Wirkung: Drei der Autorinnen und Autoren wurden im Juli vom IWF zu einer Vorstellung des Berichts eingeladen. Im Oktober veröffentlichte dann die V20, d.h. die Finanzminister des Climate Vulnerable Forum (48 Staaten mit 1,2 Mrd. Einwohner/innen), eine Stellungnahme zum Schuldenerlass, die an den Vorschlag der Initiative Debt Relief for Green and Inclusive Recovery (DRGR) angelehnt ist.

Doch das reicht nicht aus: Die internationale Gemeinschaft und insbesondere die G20 müssen sich auf eine ehrgeizigere Agenda einigen, um die Schuldenkrise zu bewältigen und den betroffenen Ländern den überlebensnotwendigen fiskalischen Spielraum für nachhaltige Krisenreaktionen zu geben. Ab Mitte 2022 werden wir im Rahmen eines Drittmittelprojekts verstärkt mit unseren Partnern zusammenarbeiten, um unsere Vorschläge auf internationaler Ebene voranzutreiben.



Debt Relief for Green and Inclusive Recovery

Die Initiative «Debt Relief for Green and Inclusive Recovery» (DRGR) schlägt einen konzertierten und umfassenden Schuldenerlass auf globaler Ebene vor, um in hoch verschuldeten Entwicklungsländern Ressourcen freizusetzen, die eine nachhaltige Erholung unterstützen, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit stärken und einen gerechten Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft fördern.

drgr.org



Istanbul, 1. Juli 2021: Demonstration gegen den Austritt der Türkei aus der sogenannten Istanbul-Konvention zum Schutz der Frauen vor Gewalt
Foto: Emanuele Satolli/contrasto/laif

Demokratie und Menschenrechte stärken

Menschenrechte werden weltweit zunehmend missachtet, im UN-Menschenrechtsrat sogar politisch missbraucht. Wer sich zivilgesellschaftlich für Menschenrechte engagiert, wird in vielen Ländern kriminalisiert. Fälle von willkürlicher Verhaftung, Folter und Umerziehung in Gefangenenlagern können kaum oder nur unter riskanten Bedingungen dokumentiert werden. Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie haben diese Möglichkeiten vielerorts weiter eingeschränkt. Das muss sich ändern. Dafür gehen Menschen weltweit auf die Straße: für Freiheit, für Vielfalt, gegen Unterdrückung.

Wir arbeiten mit unseren Partnerorganisationen in aller Welt daran, den Menschenrechten Geltung zu verschaffen und die Würde des Menschen zu schützen. Mit unseren gemeinsamen Projekten wollen wir Demokratie lebendig halten, den liberalen Rechtsstaat und die Freiheit bewahren oder durchsetzen. Hierzu gehören auch Konzepte für gerechte Verhältnisse zwischen den Geschlechtern.

Die Menschen in Afghanistan nicht vergessen

Am 15. August 2021, unmittelbar nach dem Rückzug der internationalen Truppen aus Afghanistan, übernahmen die Taliban die Herrschaft. Seitdem hat sich die humanitäre Lage im Land aufgrund verschiedener Faktoren massiv verschlechtert, die Rechte von Frauen werden sukzessive immer weiter beschnitten, und das Land sieht sich Umweltkatastrophen ausgesetzt, die ohne eine funktionierende Regierung nicht zu bewältigen sind.

Vor dem Hintergrund dieser unsicheren politischen und humanitären Lage hat die Stiftung einige ihrer (ehemaligen) Ortskräfte bei der Ausreise unterstützt. Insgesamt konnten fast 50 Personen (Ortskräfte inklusive Kernfamilien) über das Nachbarland Pakistan nach Deutschland evakuiert werden.

Doch es ist ebenso wichtig, den Teil der Zivilgesellschaft, der im Land geblieben ist, weiterhin zu unterstützen. Als das Stiftungsbüro in Kabul 2017 geschlossen wurde, wurde die Verantwortung für das Portfolio der Stiftung an die lokale Partnerorganisation The Liaison Office (TLO) übergeben; das Projekt wird seit 2020 vom Südasien-Büro in Neu Delhi koordiniert. Die Partnerorganisation vertritt die Stiftung nach wie vor und arbeitet überwiegend im Bereich Umwelt- und Ressourcenschutz. TLO hat sich in den letzten Monaten mit zahlreichen NGOs in Kabul, aber auch an anderen Orten getroffen, um Handlungsspielräume unter dem derzeitigen Regime auszuloten. Es zeigt sich dabei, dass man weiterhin im Bereich Ökologie arbeiten kann, ohne die Taliban direkt zu unterstützen. Wir stehen derzeit noch ganz am Anfang, und zunächst gilt es erst einmal, verschiedene Akteure wieder zusammenzubringen

und gemeinsam mit ihnen Aktivitäten wie Umweltkampagnen durchzuführen oder auch Artikel und kleinere Studien zu diversen Umweltthemen in Auftrag zu geben.

Weitere aktuelle Informationen zu unserer Arbeit in Afghanistan und Pakistan sind auf unserer neuen Webseite afpak.boell.org/ zu finden.

«Aufgeben hat keine Zukunft» – Scrollstory ✂

Nach wochenlangen Protesten und Demonstrationen verließ der tunesische Diktator Ben Ali am 14. Januar 2011 fluchtartig das Land. Der Tyrann war gestürzt, die erste der Revolutionen in Nordafrika und Westasien erfolgreich. Doch zehn Jahre später ist für viele Aktivist/innen in der Region der Kampf gegen autoritäre Regime, für Menschenwürde und politische Reformen noch lange nicht vorbei. Im Januar 2021 berichteten Mona Seif aus Ägypten, Ola al-Jundi aus Syrien und Ramy Khouili aus Tunesien in einer Online-Veranstaltung, warum die Revolutionen weitergehen müssen – trotz der immensen Belastungen und der teilweise gewalttätigen Repressionen durch die alten Kräfte. Sie erzählten, wie sich ihr Leben seither verändert hat, welche Kompromisse sie im Kampf um individuelle Freiheiten und Gleichberechtigung eingehen mussten, wie sich Neuanfänge ganz anders gestaltet hatten als 2011 erhofft und warum sie trotz des zunehmend mühsamen und gefährlichen Einsatzes für Demokratie, Würde und Selbstbestimmung nicht aufgeben wollen. Das Ergebnis dieses Austausches sind drei eindrucksvolle und anrührende, animierte Porträts, illustriert von Diala Brisly und präsentiert in einer Scrollstory, die stellvertretend die Demokratiebewegungen der Region würdigt.

✂ Scrollstory «Aufgeben hat keine Zukunft»

revolutions.boell.de

Die Spaltung Europas – Antworten der EU auf Demokratieabbau

Wenn es um Demokratieabbau in der EU geht, rücken vor allem Ungarn und Polen immer wieder in die Schlagzeilen. Die ungarische und polnische Regierung schränken die Freiheit der Justiz und Medien ein, kriminalisieren die Zivilgesellschaft und verletzen Frauen- und Rechte von sexuellen Minderheiten. Die Politikwissenschaftler Claus Leggewie und Ireneusz Pawel Karolewski haben in ihrem 2021 erschienenen Buch «Die Visegrád-Connection. Eine Herausforderung für Europa» die Entwicklung der letzten Jahre analysiert. Zu den Visegrád-Ländern gehören neben Polen und Ungarn auch Tschechien und die Slowakei. «State capture», die Vereinnahmung des Staates zum Zwecke des Machterhalts durch eine Riege – wenn auch unterschiedlich geprägter – Rechtspopulisten, ist aus Sicht der Autoren das Verbindende, das die vier Staaten bei allen Unterschieden eint und sie zu einem zentralen Akteur der EU macht. Zugleich hat sich eine politische und zivilgesellschaftliche Opposition herausgebildet, die sich als gesellschaftliche Gegenkraft zu den Regierungen behauptet. Bei einer Online-Buchvorstellung im Oktober diskutierten die Autoren, warum es für die EU so schwer ist, die vertraglich verankerten Werte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ihren Reihen zu schützen, und wie Opposition und Zivilgesellschaft vor Ort unterstützt werden können.

Israel und Washington: Die Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf die Demokratie, die Sicherheits-, Geo- und Entwicklungspolitik

Seit 2020 existiert der deutsch-israelische Dialog zu digitalen Technologien, in dem wir israelische und deutsche Fachleute darüber ins Gespräch bringen, wie sich digitale Technologien auf die demokratische Kultur und die Sicherheitspolitik in Israel und Deutschland auswirken. Im November 2021 veranstalteten wir in diesem Rahmen einen Online-Workshop mit vier Schwerpunktthemen: dem Einfluss sozialer Medien auf die Demokratie, den Potenzialen und Strategien zur Entwicklung demokratischer Resilienz im digitalen Zeitalter, den ethischen Perspektiven auf Künstliche Intelligenz und den geopolitischen Dimensionen der Digitalisierung am Beispiel der 5G-Debatte. Zu diesen und weiteren Themen gibt es ein umfassendes Webdossier mit Hintergrundberichten, Kommentaren und Interviews zu den (geo-)politischen, technologischen, rechtlichen und ethischen Dimensionen der Digitalisierung, wie zum Beispiel Möglichkeiten der Regulierung digitaler Medien, Datenschutz oder Ungleichheit im digitalen Raum. Denn die Covid-19-Pandemie hat noch einmal verdeutlicht, wie wichtig es ist, digitale Ungleichheit zu beseitigen. Das gilt besonders für ärmere Länder, wo große Teile der Bevölkerung, häufig Frauen, offline

bleiben. Der Zugang zu Internet und digitalen Technologien ist aber entscheidend für die Aufrechterhaltung wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten sowie für die Bereitstellung öffentlicher Güter – von der Gesundheitsversorgung bis zur Schulbildung.

Die digitale Transformation ist nicht nur ein entwicklungspolitisches Thema, sondern steht im Zentrum des geopolitischen Wettbewerbs. Die Infrastrukturinitiativen der USA und EU, «Build Back Better World» und «Global Gateway», sollen wertebasierte, demokratische und nachhaltige Alternativen zu Chinas «Belt and Road»-Initiative bieten. Für ein Gelingen der digitalen Transformation muss der Begriff Konnektivität weiter gefasst werden. Neben physischer Infrastruktur wie Datenzentren oder Tiefseekabel geht es um Kapazitäten sowie um Governance-Fragen wie Datenschutz und die ethische Anwendung von Künstlicher Intelligenz. Als Beitrag zur transatlantischen Verständigung hat unser Büro in Washington, D.C., zwei Teams mit Fachleuten aus den USA und Deutschland beauftragt, ihre Visionen für eine digitale Entwicklungsagenda – mit Fokus auf Afrika – zu entwerfen und Prinzipien für eine transatlantische Koordinierung zu formulieren. Die beiden Papiere und ein Stakeholder-Workshop mit ranghoher Beteiligung aus den USA, der EU und Afrika bestätigten den dringenden Bedarf an Investitionen in die digitale Konnektivität in Afrika sowie das gemeinsame Interesse an einem wertebasierten Ansatz. Das Projekt lieferte einen wichtigen Beitrag zur Harmonisierung der transatlantischen digitalen Agenda und brachte Akteure der Geo- sowie Entwicklungspolitik zusammen.

Chile: Wie grün ist die chilenische Regierung von Gabriel Boric?

Am 19. Dezember 2021 wurde Gabriel Boric zum Präsidenten Chiles gewählt. Er steht für den Beginn eines Systemwandels im Land. Der Wahlkampf war geprägt von dem Gefühl der Hoffnung, eine feministische und ökologische Regierung werde den Forderungen der Protestbewegungen von 2019 nachkommen. Rechte auf Bildung, Renten und Gesundheit für alle Bevölkerungsschichten sollen dem neoliberalen und extraktivistischen Wirtschaftsmodell ein Ende bereiten, das auf Privatisierungen und Freihandel setzte. Der Verfassungsgebende Konvent, der paritätisch zusammengesetzt ist und dessen 154 demokratisch gewählte Mitglieder eine neue Verfassung sowie Vorschläge für soziale und ökologische Standards erarbeiten, gibt die programmatischen Schwerpunkte für die neu gewählte Regierung vor. Verschiedene unserer Partnerorganisationen (u.a. FIMA/SCAC und Red Chilena contra la Violencia Doméstica y Sexual) hatten Vorschläge für ökologische und geschlechterpolitische Kriterien einer Verfassung vorgelegt, die nun aufgegriffen wurden.

 Webdossier «German-Israeli Tech Policy Dialog»

il.boell.org/en/german-israeli-tech-policy-dialog

Webdossier «Beyond Connectivity»

us.boell.org/en/beyond-connectivity

Viele Amtsträger der aktuellen Regierung haben in der Vergangenheit mit unserem Büro in Chile zusammengearbeitet, wie z. B. die aktuelle Frauenministerin, der Landwirtschaftsminister oder auch der Staatssekretär im Umweltministerium. Größte Herausforderungen werden die gesellschaftliche Versöhnung und die Überwindung der Politikverdrossenheit im Land sein. Den Beginn einer grünen Regierungs-Agenda hat Gabriel Boric mit der Unterzeichnung des Escazú-Abkommens eingeleitet: Dieses Abkommen soll Informations- und Mitbestimmungsrechte sowie den Zugang aller zu Gerichten garantieren.

Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger/innen in Zentralamerika

Ob Verbot von Menschenrechtsorganisationen, jahrelange Untersuchungshaft ohne Aussicht auf faire Verfahren oder Verfolgung von friedlichem Protest – das sind nur einige Facetten der drastisch zunehmenden Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger/innen in Zentralamerika. Was diese Kriminalisierung von anderen Übergriffen gegen sie unterscheidet, ist der gezielte Einsatz von Gesetzen. Dadurch erlangen Repressalien einen Anschein von Legitimität: Menschenrechtsverteidiger/innen bekommen die Allmacht des Staates und großer Unternehmen zu spüren. Wir haben im Jahr 2021 mit mehreren Veranstaltungen

die besondere Bedrohungslage von Menschenrechtsverteidiger/innen in Zentralamerika ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. So berichteten bei einer Online-Diskussion im März Menschenrechtsverteidiger/innen aus Guatemala und Honduras von der Lage in ihren jeweiligen Ländern.

Auf der Tagung «Krisen der Rechtsstaatlichkeit» im September diskutierten die Teilnehmenden, darunter der ehemalige aus Guatemala geflüchtete Sonderstaatsanwalt für Korruptionsbekämpfung, die Chancen der Wiedereinführung von regionalen Mechanismen zur Korruptionsbekämpfung und die Relevanz wirtschaftlicher Sanktionen. Hervorgehoben wurde dabei die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft als wichtiger Teil möglicher Lösungsansätze.

Kolumbien: «Die Freiheit verteidigen» – Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen

Im Zuge der Demonstrationen gegen eine geplante Steuerreform inmitten der Pandemie kam es in Kolumbien zwischen April und Juni 2021 wochenlang zu einem unverhältnismäßigen Gewalteinsatz durch staatliche Sicherheitskräfte. Zahlreiche Demonstrierende wurden getötet, verletzt, festgenommen und misshandelt. Unser Büro in Kolumbien unterstützte renommierte Menschenrechtsorganisationen wie das Comité de Solidaridad con los Presos Políticos (CSPP)



Kolumbien, 13. Mai 2021: Mauricio Villa auf der Beerdigung seines Sohnes Lucas Villa Vasquez, der während eines Protests gegen die Regierung von acht Kugeln getroffen wurde und seinen Verletzungen erlag. Foto: picture alliance/dpa/Juan Pablo Otalvaro

und INDEPAZ sowie das unabhängige Medienkollektiv Cuestión Pública bei der Dokumentation der schweren Menschenrechtsverletzungen. Diese Berichte wurden u.a. der Interamerikanischen Menschenrechtskommission überreicht. Das CSPP begleitete im Rahmen der Kampagne «Defender la Libertad» («Die Freiheit verteidigen») die Demonstrationen und bot rechtliche Unterstützung für Opfer von Menschenrechtsverletzungen an. Diese Arbeit unserer Partnerorganisation wurde Ende Oktober mit dem Menschenrechtspreis der schwedischen Diakonie international gewürdigt.

Mexiko: Erfahrung und Erinnerung – ein Register von Opfern von Menschenrechtsverbrechen

Täglich verschwinden in Mexiko gewaltsam Menschen, und immer mehr Angehörige machen sich mit Schaufeln und Stangen selbst auf die Suche nach verscharrten Körpern. An die 100.000 Personen sollen offiziell in den letzten 15 Jahren verschwunden sein, sicher sind es mehr. Schwere Menschenrechtsverletzungen – durch den Staat oder das Organisierte Verbrechen – sind aber nicht nur ein Phänomen der Jahre des ab 2006 intensivierte «Kriegs gegen die Drogen», sondern werden mindestens seit den 1960er-Jahren verübt. Unser Büro in Mexiko hat ein Register von Initiativen, Kollektiven, Organisationen und Individuen erstellt, die Erinnerungsarbeit zu gewaltsamem Verschwindenlassen und anderen schweren Menschenrechtsverbrechen in Mexiko leisten. Das Register wird bald online gehen und soll 2022 den Opferverbänden und anderen Organisationen und Individuen vorgestellt und ihnen als politisches Instrument zur Verfügung gestellt werden.

Förderung junger Feministinnen – Global Feminist Pitch

Mit unserem Global Feminist Pitch wollen wir jungen Feministinnen die Möglichkeit geben, sich einige Zeit intensiv Themen wie Transfeminismus, reproduktive Gerechtigkeit, geschlechtsspezifische Gewalt, Sexismus und LGBTIQ+-Rechten zu widmen. Im Jahr 2021 ging es bei dem Projekt «Feminist Resilience and Resistance on Social Media» darum, ihre feministische Resilienz und ihren Widerstand auf Social-Media-Kanälen sichtbar zu machen. Zehn Feministinnen aus Indien, Brasilien, Somalia, Bosnien und Herzegowina, Malawi, Marokko und Nepal haben für sechs Monate an ihren acht Projekten gearbeitet: Podcasts, Blogs, Websites, Online-Plattformen und Social Media Accounts sind entstanden. In zwei Workshops konnten sie viel von der preisgekrönten Bloggerin und Gründerin von Ms Afropolitan, Minna Salami, und der Diversity-Trainerin und politischen Analystin Asanda Ngoasheng über digitale Medien, politische Kommunikation und digitale Advocacy lernen.

Dank des Global Feminist Pitch trugen die Projekte der jungen Feministinnen zur globalen feministischen Debatte bei, denn einige der Projekte weckten auch Interesse anderer Organisationen.

Gegen Hass, sexualisierte Gewalt und Diskriminierung in sozialen Medien

Die meisten Online-Netzwerke nutzen Algorithmen, um Inhalte oder Produkte zu empfehlen oder um Beiträge zu bewerten und zu moderieren. Die Einstellungen des Algorithmus bestimmen darüber, wie große Internet-Plattformen die Nutzerinnen und Nutzer behandeln, d.h., wie sie entscheiden, welche Inhalte und Werbung sie sehen und wie ihre Beiträge gefiltert werden. Sobald Inhalte gelöscht wurden, ist es sehr schwierig, die Entscheidungen der Plattformen anzufechten, da die Regeln dafür unklar und willkürlich sind. In vielen Fällen bleibt zum Beispiel Hassrede online, die sich gegen marginalisierte Gruppen richtet. Das hat schwere Folgen für die Meinungsfreiheit im Internet.

Auf der ganzen Welt gibt es Bemühungen, Diskriminierung und Hassrede in sozialen Medien durch Regulierung zu unterbinden. Die EU bemüht sich in ihrem geplanten Digital Services Act (DSA) um mehr Transparenz bei der Inhaltsmoderation und klarere Haftungsregeln für illegale Inhalte. Auch in den USA gibt es entsprechende Diskussionen. Dennoch gibt es nach wie vor keinen Konsens darüber, wie Minderheiten vor legalen, aber schädlichen Inhalten geschützt werden können. Mit zwei Positionspapieren und einer virtuellen Veranstaltung beförderten unsere Büros in Brüssel und Washington, D.C., einen transatlantischen Austausch über Hass und intersektionelle Diskriminierung im Netz.

Die Frauenrechtsorganisation Association Concerning Sexual Violence Against Women (ACSVAW, mit ihrer Schwesterorganisation «Rainlily»), die von unserem Büro in Hongkong unterstützt wird, wendet sich gegen sexuelle Gewalt, wie sie durch das nicht-einvernehmliche Teilen und Verbreiten sexualisierter Abbildungen im Internet massenhaft ausgeübt wird. ACSVAWs Vorgehen: Sie schafft öffentliches Bewusstsein für das Problem, z. B. durch Aufklärungskampagnen auf großen Werbeflächen im öffentlichen Nahverkehr; sie stellt Beratungs- und unterstützende Dienstleistungen für Opfer und Betroffene bereit; und sie hilft Internet-Providern bei der Löschung von Abbildungen auf einschlägigen Webseiten. ACSVAW arbeitet zugleich auch mit Parlamentarier/innen im Legislative Council zusammen und hat so zu einer Gesetzesreform beigetragen: Seit Herbst 2021 gilt die Verbreitung solcher Abbildungen in Hongkong als Straftat.



Kassia – eine postfeministische Oper Abbildung: kainkollektiv/Hannah Busch

«KASSIA – The New Istanbul Convent(ion)»

Das Projekt «KASSIA – The New Istanbul Convent(ion)» war eine Kooperation mit dem künstlerischen «kainkollektiv» aus Bochum. Gemeinsam mit dem Frauenmuseum Istanbul und den polnischen Kuratorinnen und Kuratoren von Pracownia Kuratorska entwickelten sie 2021 eine Serie von acht interdisziplinären digitalen Konferenzen.

Inspiziert durch das von der Äbtissin Kassia im 9. Jahrhundert in Konstantinopel gegründete Frauenkloster, das ein «female empowerment space» war, arbeiteten sie an Themen wie der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt und der Bedeutung verschiedener feministischer Alltagspraktiken für deren Umsetzung. Beteiligt an den Konferenzen waren u.a. auch die Kulturwissenschaftlerin Mithu Sanyal, die Choreografin Sasha Waltz und der Komponist Burak Özdemir sowie die Musikerinnen Sara Bigdeli Shamloo und Annalyzer. So sind durch das Projekt «KASSIA» neue transnationale, feministische Erzählungen entstanden, die 2022 in ein virtuelles Ausstellungsprojekt eingehen, das ebenfalls in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung umgesetzt werden soll.

Griechenland: Abbau negativer Geschlechterstereotypen

Im Jahr 2021 berichteten griechische Medien über insgesamt 17 Fälle von Femiziden, also der Tötung von Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts. Darüber hinaus lag Griechenland in der EU-Rangliste für die Gleichstellung der Geschlechter viele Jahre in Folge auf dem letzten Platz. Aufgrund dieser besorgniserregenden Trends erstellte unser Büro in Thessaloniki in Zusammenarbeit mit der Gender Alliance Initiative einen Bildungsleitfaden für Erwachsene zur Schulung in Geschlechterdemokratie und Geschlechtergleichstellung in Griechenland. Das Material ist nun auch in sechs Videos erhältlich, die eine Reihe von Übungen enthalten. Des Weiteren gibt es vier dramatisierte Geschichten, die von der Theatergruppe «Life after Death» produziert wurden und den Sexismus im Alltag kritisch darstellen. Sie laden die Zuschauer/innen dazu ein, über die Reproduktion von Geschlechterstereotypen in ihrem Büro, an ihrem Mittagstisch, auf der Straße, also so ziemlich überall, nachzudenken und dagegen vorzugehen. Beide Videoreihen sind mit englischen Untertiteln verfügbar.

Gunda Werner Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie



Berlin, Oktober 2021: Performance «Beautiful Bastard» des syrischen Künstlers Rafat Alzakout Foto: Stephan Röhl

«Beautiful Bastard» – Installation in Berlin

Vom 16. bis 24. Oktober 2021 war in Berlin-Wedding die vom GWI unterstützte Installation «Beautiful Bastard» zu sehen. Die Installation verband die künstlerische Auseinandersetzung des syrischen Künstlers Rafat Alzakout mit Exil, Identität, Alpträumen und die Erfahrungen des Lockdowns mit der Notwendigkeit, sich den öffentlichen Raum in Berlin neu zu erschließen und die Stadt wieder als «Draußenstadt» zu nutzen. Gemeinsam mit der Szenografin Lena Loy hatte er vor diesem Hintergrund draußen eine Installation mit kleiner Bühne aufgebaut. Entstanden ist ein eigener Kunstraum, der Menschen einlud, ästhetische Erfahrungen jenseits klassischer Kunst- und Kulturräume wie Museum, Theater oder Galerie zu machen. Die Installation wurde erweitert durch die Tanz-Performance «disrupted nights» mit dem syrischen Musiker Ali Hasan und dem iranischen Tänzer Kaveh Ghaemi. Auch dabei ging es um Erfahrungen von Identitätsverlust und -gewinn im Exil, die Notwendigkeit, sich neue Körper in einer neuen Stadt zu erfinden. Hier spielten Fragen von Gender-Konstruktionen und insbesondere queere Männlichkeitsentwürfe eine besondere Rolle.

Antifeminismus auf dem Weg durch die Institutionen – Publikation

Männer und Frauen, die antifeministische Positionen vertreten, melden sich seit Mitte der 2000er-Jahre lautstark in der Öffentlichkeit zu Wort. Sie halten die Gleichstellung von Frauen und Männern für längst erreicht und ignorieren andere Geschlechtsidentitäten und Lebensweisen völlig. Angriffe gegen Frauen-, Geschlechter- und Gleichstellungspolitiken finden aktuell in einem anderen Kontext als noch vor 15 Jahren statt. Die Akteurslandschaft hat sich verändert, ebenso manche Inhalte und Strategien. Antifeministische und maskulinistische Gruppierungen geben sich Namen, die positive Konnotationen haben, und stellen sich als seriöse gleichstellungspolitische Organisationen dar. So verschleiern sie ihre eigentlichen Anliegen und Ziele, die oftmals der Gleichstellungspolitik zuwiderlaufen. Die vom GWI im Oktober 2021 herausgegebene Publikation «Antifeminismus auf dem Weg durch die Institutionen» bietet gleichstellungspolitisch Aktiven zahlreiche Informationen sowie Kriterien und Leitfragen, mit denen antifeministische Gruppierungen besser eingeordnet und eingeschätzt werden können.

Männlichkeiten und Männlichkeitsbilder – Gesprächsreihe ✂

Weltweit ist ein Erstarken national-völkischer, neu-rechter Politiken zu beobachten. Dieser politische Megatrend bedient sich, wenn auch regional in ganz unterschiedlicher Ausprägung verschiedener zum Teil rassifizierender Zuschreibungen ethnischer, kultureller, nationaler, geschlechtlicher oder religiöser Gruppenidentitäten. In der politischen Auseinandersetzung wird von neu-rechten Aktivist*innen eine Politik der Ausgrenzung und Abwertung dieser als «Andere» oder «fremd» markierten Gruppen forciert. Erklärungsmuster und Deutungsangebote für die Abkehr von Demokratie und die Hinwendung zu autoritären Strukturen und rechten Ideologien variieren. Die Gesprächsreihe «Männlichkeiten und Männlichkeitsbilder» ging der Frage nach, warum rechte Weltanschauungen insbesondere für Männer so attraktiv zu sein scheinen. In sechs Veranstaltungen diskutierten die vielen Teilnehmenden mit Expert*innen darüber, welche Männlichkeitskonstruktionen im Rechtspopulismus und Rechtsextremismus dominant sind, welche Dynamiken der Entstehung bzw. Ausbreitung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen bei Arbeiter*innen vorherrschen sowie die möglichen ökonomischen und kulturellen Ursachen.

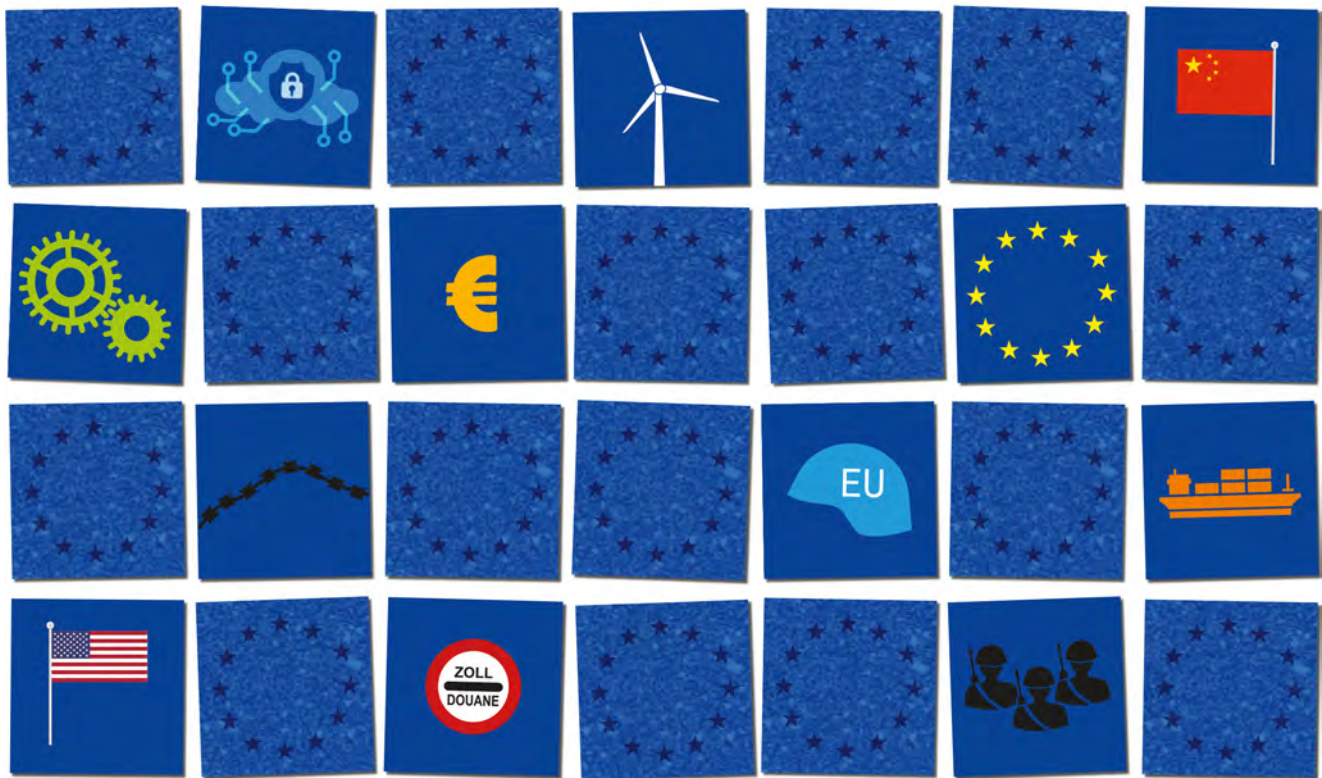
Reproduktive Gerechtigkeit und sexuelle Selbstbestimmung – Webdossier ✂

Mit einem Webdossier zu reproduktiver Gerechtigkeit und sexueller Selbstbestimmung nahm das GWI den 150. Jahrestag des §218 StGB zum Anlass, um kritisch und aus intersektionaler Perspektive auf 150 Jahre Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und auf den entsprechenden feministischen Widerstand zu blicken. Die Debatte um eine eventuelle Neuregelung ist längst entflammt, und so bringt das Dossier die nötigen Hintergrundinformationen, historischen Bezüge und aktuellen feministischen Kontroversen aus klassismus- und ableismus-kritischer Perspektive zusammen. In diesem Zusammenhang ist auch ein Blick ins Ausland sinnvoll, um aus feministischen Erfolgen etwa in Argentinien und Mexiko zu lernen. Begleitet wurde das Dossier durch einen Fokus §218 in der Gender-Mediathek und einen Workshop auf dem Kongress «150 Jahre §218» an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Demokratie braucht Feminismus

Das Gunda-Werner-Institut (GWI) in der Heinrich-Böll-Stiftung nimmt mit seiner geschlechterpolitischen und feministischen Bildungsarbeit Herrschaftsstrukturen und Dominanzverhältnisse zwischen den Geschlechtern und allgemein in den Blick. Die feministische Bildungsarbeit des GWI zielt auf eine gerechte, gewaltfreie und geschlechterdemokratische Gesellschaft und setzt intersektionale gesellschaftspolitische Impulse für die grüne Politikentwicklung. Die Schwerpunkte sind: feministische Öffentlichkeiten stärken, Antifeminismus bekämpfen, Feminismen für die Einwanderungsgesellschaft, sexuelle Selbstbestimmung, reproduktive Gerechtigkeit und feministische Netzpolitik.

gwi-boell.de



Titelbild unserer Außenpolitischen Jahrestagung 2021 Collage: Heinrich-Böll-Stiftung

Die Zukunft Europas gestalten

Seit über einem Vierteljahr herrscht Krieg in Europa. Die Europäische Union ist gefordert, der Ukraine gegen den russischen Aggressor zu helfen: durch Hilfeleistungen, finanzielle Unterstützung, Sanktionen gegen Russland und einem baldigen Importstopp für Gas und Öl aus Russland. Aber die anfängliche Einigkeit der EU-Staaten in dieser Angelegenheit bröckelt. Und auch die gefährdete Rechtsstaatlichkeit in einigen EU-Staaten ist ein ungelöstes Problem für die Union. Der geplante European Green Deal kommt auch nicht so schnell voran wie gehofft. Weiterhin gilt: Deutschland muss sich mehr in der und für die EU engagieren.

Wir wollen Wege aufzeigen, wie das europäische Projekt weiterentwickelt und die Rechtsstaatlichkeit gesichert werden kann. Die ökonomische Transformation und die Digitalpolitik bleiben so wichtig wie eine Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten, gleich ob Vereinigtes Königreich, Nordafrika oder die Balkanländer. Wir setzen uns auch für eine Verbesserung der transatlantischen Beziehungen ein.

Außenpolitische Jahrestagung: Zwischen Hard und Soft Power – die Europäische Union in der neuen Großmachtkonkurrenz

Die Welt erlebt eine Rückkehr der Großmachtpolitik. Als Reaktion darauf mehren sich die Forderungen nach mehr strategischer Souveränität der Europäischen Union. Doch wie kann sich die EU in einer rauerer Welt behaupten und gleichzeitig ihren grundlegenden Werten treu bleiben? Und was können Grüne dem Konzept einer europäischen strategischen Souveränität oder gar einer strategischen Autonomie der EU abgewinnen? Diesen Fragen gingen wir auf unserer 21. Außenpolitischen Jahrestagung nach, die vom 14. bis 29. Januar 2021 stattfand. Prominente Gäste waren u.a. Anna Lena Baerbock, damals Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, Jana Puglierin vom European Council on Foreign Relations, Justyna Gotkowska vom Center for Eastern Studies in Warschau und Martin Quencez vom Pariser Büro des German Marshall Fund of the United States. In den Panels ging es insbesondere um die europäische Nachbarschaftspolitik, um Digitalpolitik und Geoökonomie sowie die transatlantischen Beziehungen. Mit der Amtsübernahme von Joe Biden gibt es neue Hoffnung für deren Wiederbelebung und die Chance einer Verbreiterung der transatlantischen Kooperation, auch in den Bereichen Klima- und Digitalpolitik und Verteidigung demokratischer Grundwerte. Daher haben wir auf der Tagung junge Menschen aus Nordamerika und Europäischer Union zusammengebracht und mit ihnen diskutiert, wie ein progressiver Transatlantizismus im 21. Jahrhundert aussehen könnte.

Allgemein herrschte Unsicherheit, inwieweit die EU mit Krisen in ihrer östlichen und südlichen Nachbarschaft fertigwerden kann. Einig war man sich darüber, dass die EU es besser machen, kohärenter handeln und ein glaubwürdigerer Machtmakler sein könnte.

Im Vorlauf zur Tagung haben wir eine kleine Umfrage in Auftrag gegeben, um ein Stimmungsbild zu einigen der zentralen Fragen der Jahrestagung zu erhalten. Über tausend Bundesbürger/innen wurden zu ihren Einstellungen zu China, der Globalisierung und der militärischen Verteidigung von Menschenrechten befragt. Dabei zeigte sich ein gemischtes Bild, was darauf hindeutet, wie breit das Meinungsspektrum bei Grundsatzfragen deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik ist. Für die EU bedeutet die Uneinigkeit ihrer Bürger/innen bei strategischen Kernfragen, dass es zur europäischen strategischen Souveränität noch ein weiter Weg sein wird. Die Jahrestagung haben wir in einem umfassenden Online-Dossier dokumentiert und zudem ein E-Paper veröffentlicht, das alle wichtigen Webbeiträge zur Tagung zusammenfasst.

Neue Ideen für eine grüne Sicherheitspolitik – das Forum Neue Sicherheitspolitik

Unser 2019 gegründetes Forum Neue Sicherheitspolitik haben wir weiter ausgebaut, es vereint inzwischen 39 grünnaher sicherheitspolitische Expert/innen aus Thinktanks, Universitäten, der Bundestagsfraktion sowie Regierungsinstitutionen. Unser Ziel ist es, neue Themen der grünen Außen- und Sicherheitspolitik mit einer möglichst breiten Expertenbasis kritisch zu diskutieren. Im Jahr 2021 fanden sieben Fachgespräche statt, unter den Gästen waren u.a. der ehemalige US-Botschafter Steven Pifer und die grüne Europa-Abgeordnete Hannah Neumann. Diskutiert wurden Rüstungs- und Strategiefragen, die im Zentrum der deutschen und europäischen Außenpolitik stehen. In der sicherheitspolitischen Podcast-Reihe des Forums Neue Sicherheitspolitik ging es 2021 um Syrien, China, die östliche Nachbarschaft der EU, Afrika und Libyen. Im Mittelpunkt stand die Frage der Krisenprävention und der strategischen Vorausschau.

Die ukrainische Zivilgesellschaft sucht ihren Weg – Diskussionsveranstaltung

Die Bedrohung der Souveränität der Ukraine durch Russland war schon lange eine Konstante für das Land. Nach den von der Zivilgesellschaft getragenen demokratischen Aufstandsbewegungen von 2004 und 2014 («Orangene Revolution» und «Revolution der Würde») präsentierte sich die Ukraine zum 30. Jubiläum ihrer Unabhängigkeit im Sommer 2021 mit Stolz auf das Erreichte. Selbst unter den Bedingungen des andauernden Krieges im Osten des Landes im Donbass gelang trotz mancher Rückschläge die demokratische Konsolidierung auf Basis einer wachen und aktiven Zivilgesellschaft und mit einem selbstbewussten Parlament – so das Fazit einer Online-Diskussion mit Vertreter/innen von Partnerorganisationen der Stiftung, wie Natalia Gozak, Geschäftsführerin des Zentrums für Umweltinitiativen «Ecoaction», Ivan Verbitskiy vom Thinktank CEDOS oder der Philosophin und Publizistin Tamara Slobina. Ein Videoclip in unserem Ukraine-Dossier dokumentiert das Resümee über drei Jahrzehnte der lebendigen Zivilgesellschaft in der Ukraine.

Belarusische Partner im Exil und der Krieg in der Ukraine

In Belarus haben die Welle von Repressionen gegen die Zivilgesellschaft nach der Niederschlagung der Protestbewegung von 2020 und die zwangsweise Auflösung von hunderten Nichtregierungsorganisationen zur Unterbrechung der Aktivitäten mit unseren belarusischen Partnern geführt. Einer Reihe von aus dem Land gedrängten Aktivistinnen und Aktivisten konnte zunächst in Kiew Unterstützung für einen Neuanfang angeboten werden. Für sie bedeutete der Beginn der russischen Invasion im Februar 2022, ihren Lebensmittelpunkt zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit überstürzt verlassen zu müssen. Das ukrainische Team der Stiftung, das sich überwiegend an sichereren Orten im Westen des Landes befindet, bemüht sich, langjährige Partner auch unter Kriegsbedingungen so gut es geht zu unterstützen.

Grünes Russland-Forum: Für das Überleben der russischen Zivilgesellschaft

Seit Ende 2020 haben die Repressionen gegen die unabhängige Zivilgesellschaft in Russland erneut zugenommen. Die Verabschiedung neuer bzw. die Verschärfung bestehender Gesetze zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit, zur Kontrolle unabhängiger Medien und insbesondere zur Diskreditierung oder zum Verbot international vernetzter zivilgesellschaftlicher Organisationen wurden zunächst vor allem als Maßnahme zur Unterdrückung jeder politischen Opposition im Vorfeld der Duma-Wahlen im September verstanden. Schnell

jedoch wurde deutlich, dass die Repressionen weitaus langfristiger ausgerichtet sind. Im November 2021 reichte die russische Generalstaatsanwaltschaft beim Obersten Gericht einen Verbotsantrag gegen unsere langjährigste Partnerorganisation Memorial ein, dem im Januar 2022 schließlich entsprochen wurde.

Über diese Entwicklungen standen und stehen die Heinrich-Böll-Stiftung, die grüne Bundestagsfraktion und Memorial sowie andere russische Partner in einem stetigen Austausch. Dem dient seit einigen Jahren schon das «Grüne Russland-Forum». An den Online-Treffen im März und im November 2021 nahmen zahlreiche Organisationen aus verschiedenen russischen Regionen, befreundete deutsche NGOs und Abgeordnete aus Bundestag und Europaparlament teil. Als Online-Format wird es auch nach dem Verbot von Memorial in Russland und der erzwungenen Schließung des Moskauer Büros der Heinrich-Böll-Stiftung seine Bedeutung in den nächsten Jahren sicher noch ausbauen, um mit den Partnerinnen und Partnern im Exil und in Russland über die Entwicklungen im Land zu diskutieren und politische Schritte zu beraten, durch die das Überleben der russischen Zivilgesellschaft bis zum Ende der «bleiernen Zeit» unter dem System Putin gesichert werden kann.

Europapolitische Jahrestagung: Nachhaltig aus der Pandemie – European Green Deal lokal denken

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie sind enorm. Es wird nun darauf ankommen, den wirtschaftlichen Neuaufbau sozial gerecht und ökologisch nachhaltig zu gestalten. Klima, Energie und Umwelt müssen zusammengedacht werden mit Digitalisierung, Arbeit und Sozialem. Deutschland als bevölkerungsreichstes und wirtschaftsstärkstes Land in Europa wird eine zentrale Rolle in diesem Kraftakt um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa spielen müssen. Der EU-Wiederaufbaufonds ist dafür ein erster Schritt, um dem European Green Deal einen Schub zu verleihen. Auf unserer Europapolitischen Jahrestagung 2021 im Mai ging es vor allem um die Frage, welche europapolitischen Prioritäten die neue Bundesregierung nach den Bundestagswahlen im Herbst 2021 setzen sollte. Im Fokus stand dabei die lokale Dimension des European Green Deal. Kommunen und lokale Initiativen gelten als Treiber einer sozial-ökologischen Transformation vor Ort und machen jetzt schon in vielen Bereichen einen Unterschied. Benedict Jávör, Repräsentant der Stadt Budapest, betonte die bedeutende Rolle der Städte im Kampf gegen den Klimawandel: «Die Stimmen der Städte werden auf internationaler Ebene mehr gehört als je zuvor. Dies ist wichtig, weil Städte 50 Prozent der Weltbevölkerung stellen und über 60 Prozent der Treibhausgase verursachen. Sie können einen wesent-

lichen Beitrag bei der Reduzierung der CO₂-Emissionen leisten.» Die stellvertretende Bürgermeisterin von Helsinki, Sanna Vesikansa, beschrieb, wie die finnische Hauptstadt mit 140 lokalen Projekten und Maßnahmen in enger Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt eine Vorreiterrolle bei der Erreichung der Klimaziele eingenommen hat. Um zu zeigen, wie es gehen kann, haben wir auf der Tagung und in einem dazugehörigen Podcast lokale Initiativen aus den Bereichen Zero Waste, Urban Space und soziale Finanzierungsmodelle vorgestellt.

Selbstverständlich europäisch!? – Studie

Mit der Bundestagswahl 2021 endete die Kanzlerschaft von Angela Merkel – und damit auch eine Epoche der deutschen Europapolitik. Unsere in Kooperation mit dem Progressiven Zentrum erstellte Studie «Selbstverständlich europäisch!» untersucht, welche Erwartungen die Bürgerinnen und Bürger an die zukünftige Europapolitik der Bundesregierung haben. In der Corona-Krise hat erstmals eine deutsche Bundesregierung eine gemeinsame Schuldenaufnahme in der EU unterstützt, um Investitionen zu finanzieren, die Europa aus der Krise führen sollen. Die Umfrage zeigt, dass die Deutschen dieses aktive und kooperative Verhalten Deutschlands begrüßen. Bei der Frage, ob eine gemeinsame Kreditaufnahme auch in Zukunft prinzipiell möglich sein soll, sind die Menschen gespalten. Da der Bedarf an Investitionen aufgrund der sozial-ökologischen Transformation nicht abreißen wird und die Menschen dem sozialen Zusammenhalt in der EU eine hohe Priorität einräumen, sollte die Bundesregierung eine ehrliche und sachliche Debatte über die Fiskalpolitik einleiten, die sich traditioneller Zerrbilder («Trans-

ferunion») und Mythen («Deutschland haftet für alle anderen Länder») entledigt. Die Klimakrise, globale Migrationsbewegungen, Digitalisierung oder die nächste Gesundheitskrise kann Europa nur dann meistern, wenn es handlungsfähig ist. Die als Langzeitstudie angelegte Untersuchung erhob im dritten Jahr die Einstellungen im Land zu Deutschlands Rolle in der EU.

Die EU auf dem Weg zur Klimaneutralität – Online-Dossiers

Am 14. Juli 2021 legte die Europäische Kommission ihre Vorschläge zur Umsetzung des EU-Klimagesetzes vor: das sogenannte «Fit-for-55»-Paket. Es gilt als Startschuss für eine der wichtigsten EU-Debatten der nächsten Jahre: Wie kann die EU ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent reduzieren, und wie kann sie bis 2050 klimaneutral werden? In einem Online-Dossier erklärt unser Brüsseler Büro die EU-Pläne zur CO₂-Minderung in den Sektoren Energie, Mobilität, Landwirtschaft, Industrie und vielen weiteren.

Auch unser Büro in Thessaloniki führte im letzten Jahr mehrere Projekte zu diesem Thema durch. In einem umfangreichen Online-Dossier stellte es Informationen, Analysen und Empfehlungen hinsichtlich eines Green Deal für Griechenland zusammen. Der Schwerpunkt lag auf den Themen Energie und Klima, Kreislaufwirtschaft, Bürgerbeteiligung, Landwirtschaft, Mobilität, Resilienz der Städte und der Rolle der lokalen Behörden. Bei einer Online-Veranstaltung Ende des Jahres diskutierten Teilnehmende aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft die Dringlichkeit eines interdisziplinären Ansatzes für einen griechischen Green Deal. Schließlich formulierte ein Policy Brief der



European Mobility Atlas 2021

Nachhaltiger Verkehr und Mobilität sind der Schlüssel zur Bewältigung der Klimakrise und zur Erreichung der Ziele des Europäischen Green Deal. Der Verkehr ist bislang für fast 30 Prozent der CO₂-Emissionen in der Europäischen Union verantwortlich. Der von unserem Büro in Brüssel herausgegebene «European Mobility Atlas 2021» beleuchtet nachhaltige Mobilität in der EU mit Fallbeispielen, Infografiken und Kartenmaterial.

eu.boell.org/European-Mobility-Atlas

Stiftung politische Empfehlungen für eine sozial- und geschlechtergerechte Umsetzung des Green Deal.

European Mobility Atlas 2021: Lösungen für eine nachhaltige Mobilität

Gut ausgebaute Fahrradwege in Kopenhagen, Elektrobusse aus Polen, kostenloser Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in Wien und Luxemburg – die Diversität europäischer Mobilität ist beeindruckend, aber vielfältig sind auch die Baustellen der europäischen Verkehrswende. Als politisches Problemkind verursacht der Verkehrssektor immer noch ca. ein Drittel aller CO₂-Emissionen der Union. Problematische Arbeitsbedingungen im Fernlastverkehr, die Entsorgung von alten PKWs und Schiffen sowie langanhaltende Ungerechtigkeiten bei der Kostenverteilung im Verkehrssektor bilden nur den Anfang einer Liste mit großen Herausforderungen. In unserem englischsprachigen «European Mobility Atlas 2021» stellen wir Lösungen vor, die bereits heute umsetzbar sind: Ausbau des Schienenverkehrs, Verkehrsvermeidung durch bessere ÖPNV-Angebote und weniger Autos in Städten. Pop-up-Radwege während der Covid-19-Pandemie und die Digitalisierung machen Hoffnung. Den «European Mobility Atlas 2021» gibt es auch auf Italienisch, Spanisch und Tschechisch.

Visionen für ein digitales Europa 2025 – Konferenz

Europa wird immer digitaler. Handel, Wirtschaft, Verwaltung und der politische Diskurs sind zu großen Teilen ins Internet gewandert. Jetzt kommt es darauf an, das digitale Europa am Gemeinwohl zu orientieren. Wer hegt die (Informations-)Macht der Gatekeeper wie Facebook, Google und Amazon ein? Wer bestimmt die politischen Diskussionen im Netz? Was geschehen muss, um die Digitalisierung sozial gerecht zu gestalten, wurde im Oktober 2021 während der Konferenz «Visionen für ein digitales Europa 2025» diskutiert. Partner der Veranstaltung waren iRights.Lab, das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer und die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Der Schutz von Grundrechten im digitalen Raum muss genauso wie im analogen Raum gewährleistet sein: Bürgerinnen und Bürger brauchen Schutz vor staatlicher Kontrolle, Hass, Diskriminierung und Zensur. Die EU und ihre Mitgliedstaaten setzen hier die Leitplanken, um Plattformgiganten einzuhegen. Das Zusammendenken der Bereiche Digitalisierung und Umweltschutz bietet auch große Chancen für den European Green Deal. Dabei darf Digitalisierung jedoch kein Treiber von weiterem Ressourcenverbrauch sein. Ein digitales Europa der Zukunft muss außerdem demo-

kratisch sein. Starke Institutionen sind maßgeblich, damit Bürgerinnen und Bürger ihre Ansprüche auf Teilhabe auch durchsetzen können. Die Digitalisierung muss Selbstbestimmung schützen und ermöglichen. Das betrifft den Zugang zu Daten und Dienstleistungen, genauso wie zu sozialen Räumen.

Plattform «Moving Cities – eine andere Migrationspolitik ist möglich»

Die Bemühungen um eine Reform und Verschränkung nationaler und EU-Migrationspolitiken stecken seit Jahren in einer Sackgasse. Doch Flucht und Migration ist eine unabänderliche politische Realität, auf die dringend mit angemessenen Strategien reagiert werden muss. Dass das geht, machen über 700 Städte und Kommunen in Portugal bis Polen bereits vor. Sie unterstützen eine solidarische Migrationspolitik, haben Willkommenspolitiken eingeführt und schreiten mit innovativen Lösungsansätzen zur Integration voran. Unsere im Oktober 2021 online gegangene Plattform «moving-cities.eu» gibt einen Überblick in sieben Sprachen über bereits aktive Städte und Netzwerke in ganz Europa, stellt fortschrittliche Städte und deren Strategien näher vor und listet inspirierende lokale Ansätze in verschiedenen Bereichen auf. Zum Launch der Plattform organisierten wir zusammen mit der Seebücke, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und unterstützt von der Robert-Bosch-Stiftung und dem Stiftungsfonds Zivile Seenotrettung die Konferenz «Moving Cities».

Büroeröffnung in Albanien

Im Oktober 2021 haben wir in der albanischen Hauptstadt Tirana unser drittes Büro auf dem Westbalkan feierlich eröffnet. Mit dem neuen Büro unterstreichen wir einen wesentlichen strategischen Schwerpunkt unserer europapolitischen Arbeit: das entschiedene Engagement für eine proaktive und prodemokratische Erweiterungspolitik der EU gegenüber der Region. Albanien hat – so wie Nordmazedonien – in den letzten Jahren erhebliche Reformschritte eingeleitet bzw. umgesetzt, wurde aber entgegen vorheriger Versprechungen seitens der EU mehrfach durch Vetos verschiedener Mitgliedsstaaten ausgebremst. Eine weitere Verzögerung von Beitrittsverhandlungen würde die schon beschädigte Glaubwürdigkeit der EU weiter verringern und den Westbalkan in einem gefährlichen politischen Vakuum geopolitischer Rivalitäten und innenpolitischer Fragilität gefangen halten. In Albanien hat sich die Stiftung in den ersten Monaten ihrer Präsenz bereits als hochwillkommener «Hub» für Initiativen und engagierte jüngere Menschen, vor allem aus der partizipativen Stadtentwicklung, der unabhängigen Bildungs- und Kulturszene sowie der Umweltpolitik etablieren können.



Gedenktafeln, Statuen, Triumphbögen, Inschriften – ein alter Hut? Mit Denkmälern in Ost- und Südosteuropa beschäftigte sich das Europäische Geschichtsforum im Mai 2021. Illustration: Arinda Craciun

Europäisches Geschichtsforum: Denkmäler in Ost- und Südosteuropa neu denken ↗

Denkmäler sind mehr als nur in Basalt und Beton gegossene Erinnerung, sie sind Bezugspunkte für Verehrung und Verachtung, Spielball politischer Interessen und gezielter Manipulationen. Und immer wieder bringen sich Bürgerinnen und Bürger kreativ ein und machen deutlich, wie sie selbst erinnern wollen – mit Fotos, Kreuzen oder auch mal mit der Spraydose. Auf unserem 10. Europäischen Geschichtsforum im Mai 2021 haben wir uns zusammen mit Mitarbeitenden von Museen, Medien und Nichtregierungsorganisationen aus Ost-, Südost- und Westeuropa mit Denkmälern in Ost- und Südosteuropa beschäftigt. Wie gingen die neuen (alten) Nationalstaaten mit der Veranschaulichung ihrer Geschichte um? Welche Bilder wurden in

Stein gemeißelt, welche gestürzt? Diskutiert wurde auch darüber, ob ein alternativer Umgang mit strittigen Denkmälern möglich und erfolgreich sein kann. Mit dabei waren u.a. die Literatur- und Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann sowie Iryna Kashtalian von der Geschichtswerkstatt Leonid Lewin in Minsk. Mit Workshops und live gezoomten Stadtführungen in Potsdam, Jerewan, Skopje und Moskau bot die Veranstaltung ein hohes Maß an Interaktion und Vernetzung gerade für Menschen, die in ihren von nationalistischer Geschichtspolitik dominierten Gesellschaften oft sehr auf sich allein gestellt sind. Das Thema erwies sich als sehr aktuell, da in Ost- und Südosteuropa ebenso wie in Deutschland Debatten über Denkmäler aktuell sind und gerade auf lokaler Ebene eine Menge an Aktivismus und zivilem Engagement beobachtet werden kann.



Grünwald (Oberbayern), April 2022: Ehrenamtliche geben in einem Tafelladen Lebensmittel an Bedürftige und ukrainische Flüchtlinge aus.
Foto: picture alliance/SZ Photo/Sebastian Gabriel

Für eine offene Gesellschaft und gerechte Teilhabe

Der Zusammenhalt der Gesellschaft basiert auf einem starken sozialen Netz und auf Strukturen, die allen Menschen Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen. Die nächsten Jahre werden von Veränderung und Modernisierung geprägt sein. Ob die rasant sich verändernde Arbeitswelt oder der demografische Wandel – Zukunftsfragen müssen angepackt und gelöst werden. Vor allem der ökologische Umbau muss sozial gerecht, ausgewogen und abgesichert sein. Das Soziale der Gesellschaft wird nur gelingen, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam Lösungen aushandeln.

Mit unserer Arbeit wollen wir dazu beitragen, die Gesellschaft demokratisch, ökologisch und sozial nachhaltig zu gestalten. Unser Ziel ist eine offene und inklusive Gesellschaft. Auch deshalb hat die Stiftung die neue Gemeinschaftsaufgabe «Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung» ins Leben gerufen – damit das Thema Teilhabe in unserer Arbeit breiten Raum einnimmt!

InfrastrukTour – mit dem Infrastrukturatlas unterwegs

Wir alle leben von intakten Infrastrukturen. Aber erst, wenn sie schlecht funktionieren oder ganz fehlen, wird uns das bewusst. Mit unserem «Infrastrukturatlas» verschafften wir öffentlichen Einrichtungen wie Kitas, Schwimmbädern oder Theatern schon im Jahr 2020 die nötige Aufmerksamkeit. Im Herbst 2021 ging es dann auf Tour. Was der Atlas in 19 Beiträgen mit vielen Infografiken als Querschnitt unseres gesellschaftlichen Lebens und Arbeitens illustriert, wurde nun durch Besuche, Gespräche und Debatten an ausgewählten Orten konkret – darunter die Fachhochschule in Neubrandenburg, das Haus des Handwerks in Stralsund oder der FC Schalke 04 in Gelsenkirchen. Im Fokus standen gesellschaftlich bedeutsame Mittelzentren, deren wissenschaftliche Einrichtungen oder Handwerksbetriebe wichtige Akteure der regionalen Entwicklung und Wertschöpfung sind, oder auch Vereine, die den sozialen Zusammenhalt in strukturschwachen Räumen erhalten.

«Gemeinsam stark: Amt & Zivilgesellschaft» – Gesprächsangebote für und mit Aktive(n) vor Ort

Gute Entwicklungen und eine demokratisch-partizipative Kultur entstehen dort, wo zivilgesellschaftlich Aktive sich austauschen, kommunikative Brücken bauen und Lösungsansätze ausprobieren. Dies gilt nicht nur, aber gerade auch für ländliche Räume, in denen lokal angepasste Ideen von immenser Bedeutung sind. In unserer Seminarreihe «Gemeinsam stark: Amt & Zivilgesellschaft» haben wir Aktive aus Initiativen und Vereinen mit engagierten Bürgermeister/innen und Verwaltungen zusammengebracht, um Erfahrungen mit positiver kommunaler und regionaler Zusammenarbeit auszuwerten. Damit wollen wir einen Kulturwandel vom Verwalten hin zu einer Kultur des Ermöglichens unter-

stützen, getragen von engagierten Menschen vor Ort – sei es aus der Zivilgesellschaft, Politik oder Verwaltung. Das geschah über das Jahr verteilt in einer Reihe von Seminaren in Kooperation mit fünf Landesstiftungen, dem Deutschen Institut für Urbanistik sowie dem Thünen-Institut für Regionalentwicklung. Den Abschluss bildete ein Arbeitsgespräch zur «Demokratiepolitik der Länder». Die insgesamt sehr positive Resonanz bestärkt uns darin, den Ansatz des guten Regierens und der gelingenden Ko-Produktion zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft vor Ort weiterzuverfolgen.

#SoBuntWieDasVolk – Gesprächsreihe

Der Kampf um Repräsentation steht im Zentrum der Demokratiegeschichte. Diskriminierte und unterrepräsentierte Teile der Bevölkerung streiten für ihre Anliegen und ihren Platz in Parlamenten und Institutionen. Historisch hat es sich ausgezahlt, viel wurde erreicht. Die Demokratie ist pluralistischer geworden, die Bürgerinnen und Bürger selbstbewusster und anspruchsvoller. Gerade deshalb nehmen wir heute deutlicher wahr, welche Defizite noch bestehen, welche auch neu hinzugekommen sind und welche Herausforderungen einer vielfältigen repräsentativen Demokratie noch vor uns liegen. Das Verhältnis von Repräsentation und demokratischer Teilhabe in Geschichte und Gegenwart ist Thema der Gesprächsreihe «#SoBuntWieDasVolk», die in lockerer Folge stattfindet. Den Auftakt machte der damalige grüne Bundesvorstand Robert Habeck, der mit der Journalistin Cerstin Gammelin entlang seines Buchs «Von hier an anders» über notwendige und mögliche Veränderungen in der Demokratie diskutierte. Bei weiteren Terminen im Jahresverlauf sprach Ellen Ueberschär mit dem Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller über die richtigen Spielregeln für die liberale Demokratie und Anna Lührmann erörterte mit der Historikerin Claudia Gatzka am Beispiel der Rolle der

Wahlkreisabgeordneten die Frage von Podium, Publikum und «Augenhöhe» früher und heute.

Beleidigt und bedroht – Studie

Das kommunalpolitische Ehrenamt ist von zentraler Bedeutung für die Demokratie. Vor Ort wird demokratische Beteiligung in besonderer Weise erfahrbar, vor Ort lebt und belebt politisches Engagement die Demokratie. Die lokale Ebene ist für alle die zentrale Ebene der Begegnung mit Staat, Verwaltung und eben demokratischer Repräsentation. Doch die Herausforderungen sind zahlreich und die Mandatsübernahme ist oft unpopulär, denn Engagement vor Ort ist ehrenamtlich, arbeitsreich und bisweilen schwer mit Familie und Beruf zu vereinbaren. Die Situation wird verschlimmert durch verbale und tätliche Gewalterfahrungen, die oftmals zum Alltag von Politikerinnen und Politikern gehören, die in Gemeinden und Kommunen ehrenamtlich engagiert sind. Die Publikation «Beleidigt und bedroht» präsentiert Ergebnisse einer qualitativen Studie über Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Kommunalpolitikerinnen und -politikern. Die Untersuchung zeigt, dass Gewalterfahrungen bislang meist als Individualerfahrung wahrgenommen werden, obwohl sie gerade dies nicht sind. Es ist daher an der Zeit, das Problem wahrzunehmen und anzugehen.

Rechter Terror – Dossier

Rechte Gewalt und rechtsextreme Organisationen haben eine lange Geschichte in der Bundesrepublik ebenso wie die Unterschätzung, bisweilen auch Verharmlosung, in Politik, Behörden und Gesellschaft. Nach den rechtsterroristischen Anschlägen in Kassel, Halle und Hanau ließ sich nicht mehr verkennen, dass auch Deutschland ein Extremismusproblem hat, das bisweilen auch in die eigentlich sicherheitsgarantierenden Amtsstuben reicht. Zum ersten Jahrestag des Anschlags von Hanau, bei dem am 19. Februar 2020 ein 43-jähriger Rassist in Hanau zehn Menschen ermordete und sich selbst tötete, haben wir mit Expertinnen und Experten aus Politik, Justiz und Sicherheitsbehörden im Rahmen einer Online-Veranstaltung Bilanz gezogen und darüber diskutiert, welche Sicherheitskonzepte die vielfältige Gesellschaft braucht. Für unser umfangreiches Webdossier zum Thema haben wir u.a. Künstler/innen und Aktivist/innen gebeten, in Videostatements ihre Forderungen an die Politik zu stellen.

Ergänzend dazu setzte sich das in Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung veröffentlichte Dossier «Rechter Terror – Warum wir eine neue Sicherheitsdebatte brauchen» intensiver mit den historischen und politischen Dimensionen rechter Gewalt in Deutschland auseinander. Das Dossier, das im Juni 2021 digital und

als Sammelband erschien, gibt Impulse für die notwendige Debatte, wie Sicherheit für alle in der pluralen Gesellschaft gewährleistet werden kann.

Wie viel Emotion braucht die Demokratie und wie viel verträgt sie? – Konferenz «Grüne Erzählung»

Mit der jährlichen Konferenz «Grüne Erzählung» haben wir eine Plattform geschaffen, auf der wichtige Fragen grüner Politik vertieft und kontrovers diskutiert werden können. Im Juni 2021, bei der mittlerweile achten «Grünen Erzählung», stand das Thema «Emotionen» auf der Tagesordnung. In dem Spannungsbogen zwischen Pandemie auf der einen und dem absehbaren Ende der Ära Merkel auf der anderen Seite, zwischen Erneuerungswillen und Veränderungsmüdigkeit fand die Konferenz sehr großen Zuspruch, trotz und wegen ihrer rein digitalen Durchführung. So diskutierten etwa Robert Habeck, die Ökonomen Adam Tooze und Jens Südekum sowie die Neurowissenschaftlerin Maren Urner, wie in diesen schwierigen Zeiten eine Erzählung der sozialökologischen Transformation auch emotional gelingen kann. Der zweite Tag bot vielfältige Möglichkeiten zu Gesprächen und Diskursen in kleinen, dialogorientierten Formaten u.a. mit Heinz Bude, Hadija Haruna-Oelker, Cem Özdemir und Luisa Neubauer. Es ging dabei um die Frage, welche Kräfte Mut für politische Gestaltung entfalten, und weitere Themen wie Emotionen im Wahlkampf, politische Stimmungen in der Pandemie, Hass im Netz wie auch in der Kommunalpolitik.

60 Jahre Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei

Am 30. Oktober 1961 schlossen die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei ein bilaterales Anwerbeabkommen, das beide Gesellschaften bis heute nachhaltig prägt. Die Menschen, die als sogenannte Gastarbeiter zum Arbeiten nach Deutschland kamen, um dann nach getaner Arbeit möglichst schnell wieder in ihre Heimat zurückzukehren, glaubten ihrerseits auch an eine schnelle Rückkehr. Die Idee einer Bundesrepublik als Einwanderungsland – mit umfassenden Integrationsangeboten und einer echten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – war noch fern. Doch es kam anders: Viele blieben, holten ihre Familien nach und bauten sich ein Leben in «Gurbet», in der Fremde, auf. Aus den «Gastarbeitern» wurden «Mitbürger und Mitbürgerinnen», und mittlerweile ist die Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, in der Gesellschaft angekommen.

Unter dem Titel «60 Jahre zuhause in Almanya» setzten wir uns anlässlich des Jubiläums mit den politischen, künstlerischen und sozioökonomischen Implikationen der deutsch-türkischen Einwanderung

 Studie «Beleidigt und bedroht»

boell.de/beleidigt-und-bedroht

 Webdossier «Rechter Terror»

heimatkunde.boell.de/rechter-terror

 Sammelband «Rechter Terror»

heimatkunde.boell.de/sammelband-rechter-terror

 Webdossier zur «Grünen Erzählung»

boell.de/die-gruene-erzaehlung

auseinander, mit vielfältigen, teilweise von unserem Istanbul-Büro ins Türkische übersetzten Angeboten wie einem umfangreichen Dossier, einer Veranstaltung und einem Podcast. Zentrales Anliegen war, die unterschiedlichen Generationen über die Frage von Zugehörigkeit, Sichtbarkeit und Teilhabe miteinander ins Gespräch zu bringen.

Sozial und Bildungspolitik zusammen denken

Noch immer hängt Bildungserfolg in Deutschland besonders stark vom Elternhaus ab. Vorschläge, wie dies zu ändern sei, gibt es viele. Sicher ist nur, dass die Förderung der Lernerfolge von Kindern, die geringere Chancen von zuhause mitbringen, in den Mittelpunkt der schulischen Aktivitäten gehören. Neben klarer Leistungsorientierung und individueller Unterstützung braucht es einen Unterricht, der die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler positiv aufgreift und entsprechende Lernangebote macht. Dazu gehört eine Schulkultur, die Lernerfolge systematisch in den Blick nimmt, auswertet und daraus Schlussfolgerungen zieht mit klaren Zielen und Maßnahmen, wie die Ergebnisse verbessert werden können. Die bildungspolitischen Maßnahmen der Länder und Kommunen allein reichen nicht aus, um den Bildungserfolg der «Risikogruppen» signifikant zu erhöhen. Deshalb haben wir das Wissenschaftszentrum Berlin mit einem Rechtsgutachten beauftragt, um zu zeigen, welche rechtlichen und finan-

ziellen Möglichkeiten bestehen, mit denen sich – unter den gegebenen verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten – ein stärkeres sozialpolitisches Engagement des Bundes für die Bildung in schwieriger sozialer Lage erreichen lässt. Unser böll.brief «Bessere Bildungschancen für sozial benachteiligte junge Menschen» untersucht den finanziellen Mehraufwand aufseiten des Bundes, der durch die Stärkung und den Ausbau der Bildungs- und Teilhabeleistungen entstünde. Ein weiterer böll.brief («Neue Lernkultur für alle Schulen!») beschreibt, wie die Verantwortlichen vor Ort ihre Schulen verändern können, welche Unterstützung sie dafür brauchen und welche Rahmenbedingungen Politik und Verwaltung dafür schaffen müssen.

In einer Studie zum Thema Bildungsgerechtigkeit haben wir anhand von sieben Städten die Infrastrukturen für Bildung, Freizeit, Gesundheit und Kultur untersucht. Kinder können sich die Verhältnisse, in denen sie aufwachsen, nicht aussuchen. Deshalb hat der Staat eine besondere Verpflichtung, gerade ärmeren Familien unter die Arme zu greifen und Bedingungen zu schaffen, die Kindern und Jugendlichen ein gutes Leben ermöglichen. Unsere Studie hat gezeigt, dass Infrastrukturen zwar ausreichend vorhanden sind, aber sie sind nicht bedarfsgerecht verteilt. Hier muss noch einiges getan werden, um die Versorgung und die Teilhabechancen gerade von Kindern und Jugendlichen aus ärmeren Familien zu verbessern.



Selbstbestimmt im Netz – Unterrichtsmaterialien

Unsere Welt digitalisiert sich zunehmend, kaum ein Lebensbereich wird dabei ausgelassen. Mit unserer Unterrichtsreihe «Selbstbestimmt im Netz» wollen wir Schülerinnen und Schüler dazu befähigen, ihre Rechte zu kennen, sich im Netz souverän zu bewegen und den digitalen Raum selbstbestimmt zu gestalten. In drei Lernreisen zu den Themen «Fake News», «Datenspuren» und «Digitale Spiele» vermitteln wir wichtige Kompetenzen für die digitale Welt.

boell.de/selbstbestimmt-im-netz

-  [Webdossier «60 Jahre Anwerbeabkommen»](https://boell.de/anwerbeabkommen-Deutschland-Tuerkei)
boell.de/anwerbeabkommen-Deutschland-Tuerkei
-  [Rechtsgutachten «Bildungschancen verbessern»](https://boell.de/2021/04/07/bildungschancen-verbessern)
boell.de/2021/04/07/bildungschancen-verbessern

-  [Studie «Eine Stadt – getrennte Welten?»](https://boell.de/2021/04/07/eine-stadt-getrennte-welten?)
boell.de/2021/04/07/eine-stadt-getrennte-welten
-  [boell.briefs zu Bildung](https://boell.de/boellbrief)
boell.de/boellbrief

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Die 16 Landesstiftungen im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftung sind selbstständige Vereine; sie arbeiten aber untereinander und mit der Bundesstiftung eng zusammen. Mit ihrer Bildungsarbeit wollen sie die politische Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger schärfen, zu bürgerschaftlichem Engagement anregen und die Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Leben verbessern. Die Landesstiftungen organisieren selbst oder in Kooperation mit Projektpartner/innen Veranstaltungen unterschiedlichster Art – von klassischer politischer Bildungsarbeit (Seminare, Tagungen etc.) bis hin zu Planspielen und Ausstellungen. Hier eine kleine Auswahl an Projekten aus dem Jahr 2021:

Studie

Baden-Württemberg: Quellen des «Querdenkertums». Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg

Die Querdenken-Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen hat ihren Ursprung in Baden-Württemberg. Das zog viele Fragen nach sich: Wie kann es sein, dass Menschen, die augenscheinlich aus der Mitte der Gesellschaft kommen, in schöner Harmonie neben anderen mit Reichsbürgerfahnen marschieren? Warum ist diese Bewegung gerade in Baden-Württemberg entstanden und so fest verankert? Die Studie «Quellen des «Querdenkertums»» der Soziologen Prof. Dr. Oliver Nachtwey und Dr. Nadine Frey (Universität Basel) im Auftrag der Landesstiftung Baden-Württemberg analysierte die besonderen Merkmale der Querdenken-Bewegung in Baden-Württemberg und die Gründe, warum diese Bewegung gerade in Baden-Württemberg so stark verwurzelt ist.

Fachtagung

Berlin: Bildung braucht Empowerment!

Schon zum zweiten Mal fand in Kooperation mit dem Bildungsteam Berlin Brandenburg die digitale Fachtagung zu antimuslimischem Rassismus statt. In diesem Jahr widmete sie sich insbesondere den Themen Bildung und Empowerment. Zunächst führte Prof. Dr. Karim Fereidooni in allgemeine Rassismusbegriffe ein und verdeutlichte die Notwendigkeit einer aktiven rassismuskritischen Haltung, da wir alle rassistisch sozialisiert wurden. In Kleingruppen beschäftigten sich Teilnehmende u.a. mit vielfaltsorientierter und diskriminierungskritischer Arbeit in Schule und Hort, mit Anlaufstellen für Diskriminierungsschutz und antimuslimischem Rassismus in der Grundschule.

Makro-Reihe

Bremen: OIKOS. Welt & Wirtschaft # 1–10

Im Rahmen des Verbundprojekts «Wirtschaften mit Zukunft» hat die Heinrich-Böll-Stiftung Bremen die zehnteilige Veranstaltungsreihe OIKOS aufgelegt. «Oikos» ist die gemeinsame sprachliche Wurzel von «Ökonomie» und «Ökologie» und fokussiert uns auf die Kernfrage: Wie geht nachhaltiges Wirtschaften, wie können Ökologie und Ökonomie wieder in eine auch sozial tragfähige Balance gebracht werden? Mit Themen wie «Das Meer», «Der Wald», «Die Arten» verfolgten die Teilnehmenden dabei einen explizit makroperspektivischen Ansatz. Es ging also um die großen Ökosysteme, deren wirtschaftliche Übernutzung und Zerstörung, um den Wachstumsdruck und die Wohlstandserwartung. Wichtig bleibt dabei die Frage: Welche Alternativmodelle gibt es, wie etwa funktioniert eine Vereinbarkeit von Moorvernässung und neuen Formen der Landwirtschaft?

Digitale Fachtagung

Hamburg: Bauen, Wohnen, Sanieren in Hamburg – Transformation sozial-ökologisch gestalten

Wohnen ist eines der Grundbedürfnisse des Menschen. Wie kann es gelingen, günstigen Wohnraum gerade in Großstädten mit einer ökologischen Gestaltung von Gebäuden und Quartieren zusammenzubringen? Umwelt- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften setzen sich verständlicherweise primär für die Belange ihrer Mitglieder ein, erkennen aber seit einigen Jahren, dass Ökologie, Ökonomie und Soziales zusammengedacht werden müssen. Die Tagung hatte das Ziel, die verschiedenen Sichtweisen im Dialog auszuloten, um schrittweise eine gemeinsame Perspektive auf die Zukunft des Wohnens und Bauens zu entwickeln und politische Forderungen zu diskutieren.

**Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz,
Sachsen-Anhalt: Grüne Fakten to go**

Face the facts – die Klimakrise ist da und wir müssen jetzt mit aller Kraft politisch, aber auch persönlich aktiv werden, um die Erderhitzung zu begrenzen. In unserer Schaufenster-Ausstellung «Grüne Fakten to go» präsentierten wir gemeinsam mit dem Katapult-Verlag auf 15 Plakaten Fakten in anschaulicher und übersichtlicher Form. Wir zeigten zum Beispiel, wie viele funktionierende Althandys ungenutzt in deutschen Haushalten liegen (und wie sie einer guten Nutzung zugeführt werden können). Bisher war die Ausstellung u.a. in Bitterfeld, Dessau-Roßlau, Greifswald, Halle, Hamm, Magdeburg, Mainz, Neubrandenburg, Quedlinburg, Schwerin und Trier. Weitere Ausstellungsorte sind geplant.

Open Space

**Nordrhein-Westfalen: Resonanz erzeugen für das
«Gute Leben für alle»**

Zum 30-jährigen Stiftungsjubiläum luden wir auf einer Open-Space-Veranstaltung dazu ein, sich über Zukunftsfragen auszutauschen, um mehr Resonanz zu erzeugen. Der Begriff «Resonanz» (angelehnt an Hartmut Rosa) bezeichnet eine Subjekt-Objekt-Beziehung als schwingendes System, in welchem sich beide Seiten wechselseitig anregen. Als ergebnisoffene Methode ermöglichte sie, unterschiedliche Ideen und Anliegen zu formulieren und sich Visionen des «Guten Lebens für alle» anzunähern. Diese Konferenzmethode rief bei den Teilnehmenden den Wunsch nach mehr milieuübergreifenden Kontakten und einer Stärkung des gegenseitigen Verständnisses hervor, das der NRW-Stiftung als Auftrag für die zukünftige Arbeit mitgegeben wurde.

Lesung mit Kammerkonzert

Saarland: «Ich hatte einst ein schönes Vaterland ...»

«Ich hatte einst ein schönes Vaterland ...», dichtete Heinrich Heine 1832 im Pariser Exil. Roman Knižka und das Bläserquintett OPUS 45 wählten diese Worte als Leitspruch ihres literarischen Kammerkonzerts anlässlich des Festjahres «1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland». Knižka trug u. a. Texte von Moses Mendelssohn, Rahel Levin Varnhagen, Ludwig Börne und Mascha Kaléko vor. 1955 begab sich Letztere in New York an Bord eines Schiffes, das nach Deutschland fuhr: «Einmal möchte ich es noch sehen, jenes Land, / Das in fremde Welten mich verbannt», dichtete sie damals, 17 Jahre nach ihrer Emigration in die USA. Die szenische Lesung wurde begleitet vom Bläserquintett OPUS 45, das u.a. Werke von Felix Mendelssohn-Bartholdy, Alexander Zemlinsky, Jacques Ibert, Endre Szervánszky, Pavel Haas und György Ligeti zu Gehör brachte.

Sachsen: 30 Stunden Runder Tisch

30 Jahre nach dem Manifest «Ohne Frauen ist kein Staat zu machen» von Ina Merkel sind die Forderungen nach Frauenquoten in der Politik und nach Gleichstellung der Haus- und Erwerbsarbeit usw. noch immer aktuell. Diese Aktualität nahm das partizipatorische Happening «30 Stunden Runder Tisch», produziert und geleitet von Elisa Ueberschär und Tanja Krone, auf dem Marktplatz in Leipzig auf. Die Teilnehmenden performten 30 Stunden gemeinsam Texte der ostdeutschen Frauenbewegung 1989/90. Gelesen wurden Manifeste, Interviews, Gespräche und Gedichte. Zudem gab es Zeitzeuginnengespräche. Etwa 600 Menschen waren dabei, 150 Menschen lasen Texte vor, Radio Blau zeichnete die 30 Stunden auf.

Empowerment

Schleswig-Holstein: WIR STIMMEN!

In der politischen und zivilgesellschaftlichen Landschaft sind Migrantinnen und Migranten sowie Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit nach wie vor unterrepräsentiert. Die Veranstaltung konzentrierte sich auf die Förderung migrantischer Partizipation. In regelmäßigen Schulungen identifizierten migrantische Gruppen ein für sich relevantes Thema, wie z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Arbeitsmarktintegration oder Sport. Ziel war und ist, die Hürden für gesellschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten zu senken und sie zu ermächtigen, sich selbstständig in Gruppen zu organisieren.

Gesprächsreihe

Thüringen: Weimar for Future

Die Klimakrise ist menschengemacht, eine Folge unseres Lebensstils. Zugleich hat sie weitreichende Folgen für unsere demokratische Gesellschaft, unseren Alltag. Auch die notwendigen Gegenmaßnahmen sind kultureller Natur: Veränderungen unseres westlichen Lebensstils, ein Ausstieg aus der Wachstumsspirale, der Übergang zu gemeinwohlorientierten Wirtschaftsformen und gerechteren globalen Verhältnissen. Wir gingen in der Gesprächsreihe mit unterschiedlichen Referentinnen und Referenten wie dem Autor Fabian Scheidler, Dr. Kira Vinke vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und Charlotte Hitzfelder vom Konzeptwerk Neue Ökonomie der Frage nach, welche demokratischen Institutionen, welche Eigentumsformen, welche zivilgesellschaftlichen Organisationsformen, welche künstlerischen und medialen Begleitungen es braucht für die notwendige sozial-ökologische Transformation.

Kunst und Kultur

Kunst kann gesellschaftliche Entwicklungen vordenken, durchspielen oder kritisch beobachten. Sie löst Emotionen aus, wirft Fragen auf und weist oft über das Alltagsgeschehen hinaus – kurzum: Sie bereichert unser Gemeinwesen. Die Stiftung fördert Kunst und Kultur als Ausdrucksformen gesellschaftlicher Selbstverständigung.



Jüdisches Leben in Deutschland ist vielfältig, wie die sechs Episoden der Mini-Serie «#systemrelevant» zeigen.
Foto: Stephan Röhl

1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland – Kurzfilme der Reihe #systemrelevant

Die Filmemacherin Yael Reuveny fragt seit vielen Jahren nach dem Alltag, den Lebenswegen und den Überzeugungen von Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik. Sie porträtiert die Vielfalt jüdischen Lebens. In ihrer gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung entwickelten Mini-Serie #systemrelevant stehen acht Jüdinnen und Juden im Zentrum, die in Berufen der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Infrastruktur arbeiten: in Kitas und Schulen, Krankenhäusern und Impfzentren, bei der Bahn, der Polizei und der Bundeswehr. Wie blicken sie auf Deutschland? Wie haben sie die Pandemie erlebt? Empfinden sie sich selbst als «systemrelevant»? Und was soll das überhaupt heißen? Die Mini-Serie #systemrelevant mit ihren sechs Episoden ist einer unserer Beiträge zum Festjahr «1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland».

Deutsch-Israelische Literaturtage 2021

Alles auf Anfang? – so lautete das Motto der Deutsch-Israelischen Literaturtage im Jahr 2021. Vom 1. bis zum 4. September diskutierten Autorinnen und Autoren aus Deutschland und Israel am Deutschen Theater und im Literaturhaus Berlin, wie sich Krisen auf unser Zusammenleben auswirken, und stellten dabei ihre neuen Werke vor. Um Ausnahmezustand ging es z.B. bei einer Lesung mit Lizzie Doron und Antje Rávik Strubel. Im Anschluss diskutieren die beiden Autorinnen darüber, wie man eine Veränderung herbeiführen kann, wenn sich alles schon verloren anfühlt, und welche Kräfte dann mobilisiert werden können. Odeh Bisharat und Dmitrij Kapitelman sprachen nach ihrer Lesung über das Thema Neubeginn. Wo fängt man an, wenn einem der richtige Ort dazu fehlt? Denn ein Neubeginn gestaltet sich umso schwieriger dort, wo man sich nicht zugehörig fühlen kann. Die Deutsch-Israelischen Literaturtage sind eine Kooperation von Goethe-Institut und Heinrich-Böll-Stiftung.

Ein neuer Heinrich Böll – Neuübersetzung wichtiger Texte ins Spanische

Schon zum 100. Geburtstag Heinrich Bölls im Jahr 2017 hat unser Büro in Mexiko ein Buch mit fünf neu übersetzten Erzählungen des Nobelpreisträgers herausgegeben. In der Folgezeit entwickelte sich eine Zusammenarbeit mit der staatlichen Kultur- und Buchorganisation Fondo de Cultura Económica (FCE): 2021 erschienen «Der Zug war pünktlich» und die Erzählung «Die Waage der Baleks». Beide Texte sind auf Spanisch seit vielen Jahren vergriffen, die Übersetzungen zudem nicht immer von angemessener Qualität. «Der Zug war pünktlich» wurde in mehreren Veranstaltungen vorgestellt, u.a. einer im Hauptzelt der Buchmesse in Mexiko-Stadt auf dem Platz vor der Kathedrale. Für die Veranstaltung der Stiftung konnte – sehr bereichernd und in exzellentem Spanisch – René Böll aus Köln zugeschaltet werden. Er berichtete u.a. über seine Kindheitserinnerungen, über jene Jahre, in denen Böll den Roman niederschrieb. Der FCE hat Niederlassungen in den USA, in Spanien und diversen lateinamerikanischen Hauptstädten, darunter unsere Bürostandorte Bogotá und Santiago de Chile, wo die neuen Bücher jetzt auch vorliegen. Somit stehen wichtige Texte Heinrich Bölls jetzt wieder 440 Millionen spanischen Muttersprachler/innen zur Verfügung. Eine Fortsetzung der Zusammenarbeit ist geplant.

«Flaneuse – Envisioning a City for All» – ein Projekt aus Nigeria

Frauen sehen sich im öffentlichen Raum der Wirtschaftsmetropole Lagos tagtäglich mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Gerade im öffentlichen Nahverkehr sind sexuelle Belästigungen und Gewalt weit verbreitete Phänomene und Spiegel einer Gesellschaft, die nach wie vor stark von Geschlechterungleichheit und Gender-Stereotypen geprägt ist. Dennoch sind die meisten Frauen in Lagos – von Marktfrauen, Studentinnen hin zu Berufsanfängerinnen, die sich kein eigenes Auto leisten können – auf die Nutzung des Nahverkehrs angewiesen.

Unterstützt von unserem Büro in Nigeria, ging eine Gruppe junger Fotografinnen und Filmemacherinnen unter Anleitung der nigerianischen Künstlerinnen Adeola Olagunju und Olajumoke Sanwo in dem Projekt «Flaneuse – Envisioning a City for All» den negativen Erlebnissen von Frauen nach. Die hieraus hervorgegangenen Kunstprojekte in Form von Kurz- und Dokumentarfilmen, Portraits und Fotoserien verstehen sich als Beitrag zur (Selbst-) Bewusstseinsbildung für Frauen, um die Alltäglichkeit solcher Übergriffe nicht mehr als Normalität zu sehen. Sie zeigen aber auch, wie Frauen durch Soli-

darität und das Entstehen füreinander die Hoheit über den öffentlichen Raum wiedererlangen können. Um eine breitere Debatte in Lagos anzustoßen, stellten die Künstlerinnen und Partnerorganisationen ihre Arbeiten in kleinen selbstorganisierten Kunstaktionen in Stadtvierteln oder im Rahmen lokaler Kunstfestivals vor. Als Wanderausstellung sollen die Filme und Fotos nun in verschiedenen Ministerien gezeigt und im Rahmen von Veranstaltungen mit Vertreterinnen der Stadtregierung nach Lösungen gesucht werden.

100 Jahre Beuys – Dossier, Publikation, Podcast

Joseph Beuys war und bleibt ein einflussreicher Künstler mit brillanten wie umstrittenen Ideen, ein Künstler, der sich der Politik zuwandte, der provozierte und gleichzeitig ein leidenschaftlicher Lehrer war. Wir haben anlässlich seines 100. Geburtstages 2021 fünf zeitgenössische Künstlerinnen und Künstler aus Ost und West gefragt, was sie mit Joseph Beuys verbindet und wie sie heute auf Person und Werk schauen. Entstanden ist ein vielschichtiges Dossier mit Stellungnahmen, die zwischen Hochachtung und Distanz changieren.

In einem Podcast kann man Ausschnitte aus sehr interessanten Debatten mit Joseph Beuys hören und etwas über sein Leben erfahren, über das der Dokumentarfilmer Andres Veiel spricht. Die Dresdner Künstlerin Christine Schlegel erzählt, wie Beuys in der DDR wahrgenommen wurde, und die Grünen-Politikerin Claudia Roth gibt Auskunft über seine politische Wirkung, die bis ins Heute reicht.

Unsere Publikation «Den Menschen denken – Zu Heinrich Böll und Joseph Beuys» geht den Gemeinsamkeiten und dem Trennenden der weltweit bekanntesten deutschen Künstler der Nachkriegszeit nach. Böll bekam im Jahre 1972 den Nobelpreis für Literatur; Beuys war mit seinen Installationen die prägende Figur mehrerer Documenta-Ausstellungen. Dass beide Künstler bei aller Unterschiedlichkeit vieles gemeinsam hatten, sogar einmal zusammen an einem Projekt arbeiteten – das ist bisher weitgehend unbekannt. Böll und Beuys sahen einander als unabhängige und inspirierende Künstler, die gegenseitige Sympathie verband und der Glaube an die stupenden Möglichkeiten künstlerischer Betätigung: Beide wollten mit ihrer Kunst die Welt zu einem besseren Ort machen. Auch davon handelt diese Publikation.

Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

Das Heinrich-Böll-Haus in der Nordeifel, eine denkmalgeschützte Hofanlage aus dem 18. Jahrhundert, wurde 1966 von der Familie Böll erworben und bis zum Tod Heinrich Bölls vor allem in den Sommermonaten bewohnt. Seit 30 Jahren dient das Haus nunmehr als Rückzugsort für Künstler/innen und Schriftsteller/innen. In bewährter Zusammenarbeit mit der Stadt Düren und dem Land Nordrhein-Westfalen konnten bisher über 200 Gäste aus Asien, Afrika, Lateinamerika sowie Ost- und Südosteuropa eingeladen werden. Vielfach aus bedrängten politischen Verhältnissen kommend, finden sie hier für eine bestimmte Zeit die notwendige Ruhe für ihre Arbeiten. Die Heinrich-Böll-Stiftung ist Teil eines weltweiten Netzwerkes von Institutionen, die politisch verfolgten Schriftstellerinnen und Schriftstellern Hilfe anbieten.



Amir Cheheltan Foto: picture alliance/dpa/Rolf Vennenbernd

Unsere Gäste 2021

Meriam Bousselmi, geboren 1983 in Tunis, ist eine arabisch-französischsprachige Autorin, Regisseurin, Rechtsanwältin, Dozentin, Forscherin und Brückenbauerin. In ihrer künstlerischen Arbeit verbindet sie die unterschiedlichsten Formen des Erzählens: literarische Texte, Theaterinszenierungen und performative Installationen. Sie reflektiert anhand verschiedener ästhetischer Formen die gegenwärtigen politischen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse, indem sie Genres überschreitet und sich mit Tabuthemen auseinandersetzt (www.meriambousselmi.com).

Amir Cheheltan, geboren 1956 in Teheran. Bereits während seiner Studienzeit machte er sich mit seinem zweiten Erzählband einen Namen als Schriftsteller. Er veröffentlichte zahlreiche Romane, die u.a. ins Englische, Deutsche, Italienische, Norwegische, Litauische, Arabische und Hebräische übersetzt

wurden. Darin thematisiert er den Alltag im Iran vor dem Hintergrund der wechselhaften Geschichte und des Zusammenspiels von Religion, Staat und Moderne (www.cheheltan.net).

Fariba Vafi, geboren 1963 in Täbriz, Provinz Ost-Aserbaidschan, Iran. Ihr erster Kurzgeschichtenband wurde 1986 veröffentlicht. Danach folgten zwölf Romane und Erzählbände, die mehrere Auflagen erfuhren und mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet wurden. Vafis Erzählungen sind Mikrokosmen; in ihrer beinahe beiläufigen Poetik erfasst sie Emotionen und Strukturen, die fast immer auch politisch sind. Einige ihrer Werke wurden in mehrere Sprachen übersetzt, u.a. ins Englische, Türkische, Armenische, Französische, Spanische und Norwegische. Auf Deutsch erschienen bis heute drei Romane: «Kellervogel», «Traum von Tibet» und «Tarlan».

📌 Bewerbungen für Stipendien an:

Stefan Knodel
Heinrich-Böll-Haus-Langenbroich e.V. Stadt Düren
52348 Düren
E-Mail: boell-haus@dueren.de

Studienwerk – Rückenwind für junge Talente

Wir fördern Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland. Neben einem Stipendium fördern wir auch «ideell», d. h., wir bieten individuelle Beratung und Qualifizierung, regen zur politischen Debatte an und unterstützen unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten darin, sich selbst zu organisieren und zu vernetzen.

Unser Ziel ist es, Talente zu entdecken und die persönliche, politische und berufliche Entwicklung unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten zu fördern. So wollen wir zukünftige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnen, die unsere Überzeugungen teilen und sich weltweit für die Ziele der Stiftung einsetzen: für mehr Demokratie, Solidarität, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte.

Wir kombinieren in unserer Nachwuchsförderung den Leistungsgedanken mit dem Prinzip Chancengerechtigkeit. Neben sehr guten Schul- bzw. Studienleistungen, die im biografischen Kontext bewertet werden, erwarten wir von unseren Stipendiatinnen und Stipendiaten, dass sie Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, sich gesellschaftlich engagieren und sich für Politik interessieren.



Unsere 2021 neu aufgenommenen Stipendiat/innen nach dem Einführungsseminar am 8. April 2022
Foto: Stephan Röhl

Von 2.056 Bewerbungen, die das Studienwerk in den beiden Auswahlverfahren zum 1. September 2020 und 1. März 2021 erreicht haben, wählte das Studienwerk in einem dreistufigen Auswahlverfahren 390 Stipendiat/innen neu aus.

Insgesamt förderten wir 1.517 Personen, davon 1.302 Studierende und 215 Promovierende. Bestimmte Zielgruppen haben wir besonders im Blick: 63 Prozent der Geförderten sind Frauen, 14 Prozent studieren an Fach-, Kunst- oder Musikhochschulen und 29 Prozent der Studienstipendiat/innen (davon 47 Prozent Frauen) belegen MINT-Fächer. Auch unter den Promotionsstipendiat/innen promoviert ein Viertel der Geförderten in einem MINT-Fach, darunter 57 Prozent Frauen. Von den 85 Geförderten, die seit 2015 als Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind, stammen 63 aus Syrien

und 22 aus anderen Ländern wie z.B. Afghanistan oder aus dem Iran.

Mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) konnten 1.403 Stipendiat/innen unterstützt werden, davon 186 Promovierende. Von diesen BMBF-Geförderten haben 27 Prozent eine Migrationsgeschichte und 36 Prozent sind Erstakademiker/innen.

Über Mittel des Auswärtigen Amtes konnten 114 Stipendiat/innen aus 38 Ländern (außerhalb der EU) in Deutschland gefördert werden, darunter 29 Promovierende. Die größten Gruppen internationaler Stipendiat/innen (nach Staatsangehörigkeit) kommen aus Syrien (11), Ägypten (10), Russland (9), aus der Ukraine (9), aus Brasilien (8) und aus der Türkei (8).

Ideelle Förderung: Beratung – Qualifizierung – Vernetzung

Mit unserem Veranstaltungsprogramm, dem Herzstück der ideellen Förderung, regen wir zur politischen Debatte an, vermitteln Schlüsselkompetenzen, befähigen zum interdisziplinären Dialog, bereiten auf den Beruf vor und unterstützen das gesellschaftliche Engagement unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten. Selbstorganisation und selbstständiges Denken zu fördern sowie Gestaltungskompetenzen zu vermitteln, ist uns ein besonderes Anliegen; das Veranstaltungsprogramm wird für und mit unseren Stipendiat/innen konzipiert.

2021 stand das Veranstaltungsprogramm noch ganz im Zeichen der Pandemie. Viele Stipendiat/innen absolvierten ihr Studium ausschließlich online. Immerhin konnten sich die Hochschulgruppen vor Ort treffen, auch wenn die meisten anderen Veranstaltungen des Begleitprogramms wieder digital stattfinden mussten.

Schwerpunkte im Veranstaltungsprogramm 2021

Anstelle der unter Stipendiat/innen besonders beliebten Sommerakademie «Campus» haben wir vom 16. bis 26. August 2021 ein digitales Sommerprogramm angeboten, diesmal zum Oberthema «Freiheit im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Solidarität» mit mehr als 500 Teilnehmenden. Den Auftakt bildete eine Fishbowl-Diskussion zum Thema «Freiheit» mit Dr. Ellen Ueberschär, Vorstand der Stiftung, und Dr. Katia Backhaus, Journalistin und Autorin aus Bremen. Stipendiat/innen führten selbst konzipierte Seminare u.a. zu den Themen «Frauen und Freiheit», «Grundrechte zwischen individuellen Freiheitsrechten und staatlichen Schutzpflichten» und «Freiheit durch Theater?» durch. Andere präsentierten eine Lesung zu Texten von Heinrich Böll mit Bezug zum Oberthema.

Die Online-Reihe «Politik im Fokus», in der Stipendiat/innen mit Expert/innen aus dem weltweiten Netzwerk der Stiftung zu aktuellen politischen Themen ins Gespräch kommen, wurde auch in 2021 fortgesetzt, z.B. mit Layla Al-Zubaidi, Leiterin des Auslandsbüros Hongkong, zu digitalen Innovationen in Ostasien oder mit Kirsten Krampe, Referatsleiterin Afrika, zur Genfer Flüchtlingskonvention.

Fortgesetzt wurden auch digitale Seminare zur Bekämpfung von Fake News oder zur Auseinandersetzung mit politisch Andersdenkenden, z.B. zu Themen wie «Gegenargument online – Hate Speech widersprechen» oder «Gewaltfreie Kommunikation: Wie spreche ich mit politisch Andersdenkenden?».

In der Reihe «Nachgefragt: Digitalisierung» fanden zwei Veranstaltungen zum Thema «Digitalisierung und Nachhaltigkeit» mit Vérane Meyer, Referentin digitale Ordnungspolitik in der Stiftung, und mit Anna Brehm,

Policy Fellow der Stiftung, statt sowie zum Thema «Diskriminierung und Algorithmen» mit Dr. Shirin Riazzy von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.

Studienstipendienprogramm «Medienvielfalt, anders»

Im Rahmen dieses Programms fördern wir Nachwuchsjournalist/innen mit Migrationsgeschichte/ People of Colour (PoC) und unterstützen sie darin, sich auf den Berufseinstieg vorzubereiten. Wir arbeiten hier mit Partnern wie dem RBB, der taz oder ZEIT.online. Im Jahr 2021 wurden Workshops zur «Guten Interviewführung» oder ein «Blog-Workshop» mit dem Schwerpunkt «Reportage» angeboten (siehe medienvielfalt.boellblog.org/).

Selbstorganisierte Arbeitsgruppen

Zehn Arbeitsgruppen, die sich vor allem mit Schwerpunktthemen der Stiftung beschäftigen, bilden einen festen Bestandteil unseres Veranstaltungsprogramms. Im Jahr 2021 waren dies die AGs: «China», «Digitaler Wandel», «Gender* und Feminismus», «Kunst und Transformation», «Landwirtschaft», «Ostwärts», «Politisches Theater», «Polizei und Innere Sicherheit», «Quo vadis, EU?» und «Theorie, Gesellschaft, Politik». Neben diesen regelmäßig tagenden Arbeitsgruppen haben sich Stipendiat/innen in «Ad-hoc-Gruppentreffen» mit verschiedenen politischen Themen befasst, z.B. mit dem Militärputsch in Myanmar im Gespräch mit Aktivist/innen und dem Leiter unseres dortigen Büros, Axel Harneit-Sievers.

Berufseinstieg und Vernetzung

Wir unterstützen den Berufseinstieg unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten, die kurz vor dem Studienabschluss stehen. In der Reihe «Leadership» fanden zwei Workshops statt: «Im Engagement Verantwortung übernehmen und Wandel gestalten» sowie ein «Karrieretraining für People of Colour (PoC), Menschen mit Migrationshintergrund und für internationale Stipendiat/innen».

In unserer Reihe zum Thema «Wissenschaftsbasierte Politikberatung», die sich vornehmlich an Promovierende und Master-Studierende richtet, haben wir einen Workshop zur Erstellung von Policy Papers angeboten. Stipendiat/innen gewinnen in diesem Programm ein differenziertes Bild der wissenschaftsbasierten Politikberatung in ihren verschiedenen Nuancen, können dafür zentrale Skills erwerben und ein Netzwerk untereinander aufbauen.

Wir wollen unsere Stipendiat/innen von Förderbeginn an mit den unterschiedlichen Programmeinheiten der Stiftung in Kontakt zu bringen und ihnen die Teilnahme an Konferenzen der Stiftung und ihrer Landes-

stiftungen ermöglichen. An der Konferenz «Was ist die grüne Erzählung von ... Politik und Emotionen?» am 14./15. Juni 2021 nahmen mehr als 50 Stipendiat/innen teil. Auch die Reihe «Böll Global» mit Berichten und Analysen zur weltweiten Pandemie und zu aktuellen internationalen Entwicklungen aus den Auslandsbüros der Stiftung stieß auf reges Interesse. Stipendiat/innen diskutierten hier zu «Impfstoffgeopolitik und ihre Folgen», über «die aktuelle humanitäre und politische Lage in Syrien» und über «Chancen von und Hürden für Klimaklagen».

Der Alumni-Salon am 13. November widmete sich mit Vorträgen und Diskussionsrunden der Zukunft der Europäischen Union. Dr. Ellen Ueberschär, Vorstand der Stiftung, Dr. Sergey Lagodinsky, MdEP, und Prof. Gabriele Abels, Vertrauensdozentin von der Universität Tübingen, diskutierten mit Dr. Christine Pütz, Referentin EU der Stiftung, und rund 100 Teilnehmenden aus dem In- und Ausland über die Zukunft der EU als Wertegemeinschaft und Staatenverbund.

Promotionsförderung

Beim Promovierendenforum, der zentralen Veranstaltung für unsere Promotionsstipendiat/innen, ging es um das Thema «Wissenschaft und Gesellschaft».

65 Promovierende nahmen daran teil und gingen u.a. der Frage nach, wie wissenschaftliche Ergebnisse am besten an die Gesellschaft kommuniziert werden und mit welchen besonderen Herausforderungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Hinblick auf gesellschaftliche Krisen wie die Klimakrise oder auch die Corona-Pandemie konfrontiert sind.

In dem Forschungscluster zur sozial-ökologischen Transformation arbeiten derzeit 47 Promovierende aus unterschiedlichen Fächern zu Nachhaltigkeitsfragen. Mehrere Kooperationspartner unterstützen das Cluster, darunter das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (d.i.e.), das Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC), das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin. Besondere Highlights im Begleitprogramm des Forschungsclusters waren der Workshop «Sozial-ökologische Transformation quo vadis? Bedarfsaufnahme und Ausblick» zu Fragen des Ausstiegs aus fossilen Energieträgern und zum Zusammenhang von Wasser, Landwirtschaft und Umweltschutz sowie das Seminar «Transformation auf transdisziplinären Wegen» in Kooperation mit dem Leibniz Zentrum für Marine Tropenforschung.

Unsere Alumni



Foto: Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

Dr. Julia Leininger war von 2000 bis 2007 sowohl Studien- als auch Promotionsstipendiatin und promovierte zu Demokratieförderungspolitik in Afrika und Lateinamerika an der Universität Heidelberg. Sie arbeitete als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung und leitet seit 2014 am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (d.i.e.) die Abteilung «Transformation politischer (Un-)Ordnung». Ihre Forschungsschwerpunkte sind u.a. Demokratieförderung, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Szenarien für eine nachhaltige Zukunft. Sie lehrt an den Universitäten Duisburg-Essen und Heidelberg sowie in dem Postgraduiertenkurs des DIE.

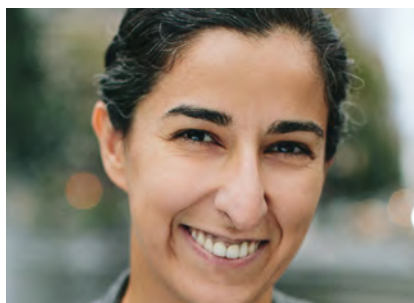


Foto: Cole Sigmon

Dr. Seda Gürses forscht zu Technologien zur Verbesserung der Privatsphäre, zu Datenschutz-technik und Softwareproduktion sowie an den Schnittstellen der Informatik zu Themen der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie. Nach Stationen in Princeton und New York ist Seda derzeit außerordentliche Professorin an der Fakultät für Technology, Policy and Management an der TU Delft. Außerdem ist sie Mitbegründerin des Institute for Technology in the Public Interest und erforscht Wege, die sicherstellen, dass Fortschritte bei den digitalen Technologien dem öffentlichen Interesse dienen. Gefördert wurde sie mit einem Studienstipendium von 2000 bis 2003.



Foto: Kathrin Schierl

Dr. Reinhard von Wittken promovierte von 2017 bis 2019 mit einem Stipendium der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema nachhaltiges Unternehmertum und war als Promotionsstipendiat Mitglied des «Forschungsclusters zur sozial-ökologischen Transformation». Seit 2019 arbeitet er in München bei der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften als Referent für das Thema Circular Economy. Als Policy Fellow der Stiftung beteiligte er sich 2021 an der konzeptionellen Weiterentwicklung der Reihe «Wissenschaftsbasierte Politikberatung» und setzte sich für den Ausbau des Netzwerks wissenschaftsbasierter Politikberatender ein.

GreenCampus – Politik erfolgreich machen!

Wir qualifizieren ehrenamtlich aktive und professionelle Gestalterinnen und Gestalter in der Politik – auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Unter dem Dach von GreenCampus vereinen wir dazu das Weiterbildungsprogramm der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen: vom Politikmanagement-Seminar vor Ort und Workshops in Berlin über Online-Seminare bis hin zur Online-Plattform KommunalWiki. ↗



Grafik: Bente Schipp

Aufgrund der anhaltenden Planungsunsicherheit durch die Corona-Pandemie haben wir unser digitales Weiterbildungsangebot ausgebaut. So fanden 85 Prozent aller Seminare zur politischen Weiterbildung in Bundesstiftung und Landesstiftungen 2021 online statt.

Gleichzeitig wurden Themen der digitalen (Selbst)-Organisation für politisch aktive Menschen immer wichtiger: Das spiegelte sich in der steigenden Nachfrage nach unseren Angeboten und dem konstant sehr guten Feedback wider.

Themen unseres Online-Angebot waren u.a.:

- Virtuelle Präsenz: Sprechen, Argumentieren, Präsentieren
- Deep Work: Konzentriert und glücklich arbeiten
- Agile Methoden
- Training für neue Führungskräfte; Konflikte erkennen und bearbeiten
- Hate Speech und Antifeminismus online entgegen-treten
- Schreiben und Sprechen in der Klimadebatte
- Kommunaler Haushalt in Corona-Zeiten
- Von Offline zu Online: Veranstaltungen planen
- Krisenkompetenz

↗ Das gesamte Programm und aktuelle Angebote unter greencampus.de

Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv Grünes Gedächtnis dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Es ist das Gedächtnis der Partei und zugleich der Ort, an dem Transparenz hergestellt wird. Die Archivbestände werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzfristen der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt.



Dreharbeiten zum Film «PETRA KELLY – Not For Nothing» über Petra Kelly im Archivmagazin Foto: Birgit Schulz (Bildersturm)

Archivarbeit begreiflich machen

Durch die Pandemie war es dem Archiv nicht – wie in den Vorjahren – möglich, Besuchsgruppen zu empfangen oder einen Tag der offenen Tür anzubieten. Daher haben wir bevorzugt auf digitalem Weg den Dialog mit Bestandsbildner/innen gesucht, aber auch einige Vortermine durchgeführt. Einen intensiven Austausch gab es aufgrund der Bundestagswahl vor allen Dingen mit der grünen Bundestagsfraktion, mit der mehrere Workshops zur Archivierung durchgeführt wurden. Zusätzliche Aufmerksamkeit für unsere Arbeit und unsere einmaligen Quellen erhoffen wir uns durch die Publikation der Memoiren von Helmut Lippelt, die das Archiv mit seinem Nachlass übernommen und für eine Publikation bearbeitet hat.

Überlieferung sichern und bewahren

Im Jahr 2021 haben wir rund 40 Bestände und Teilbestände übernommen. Hierbei handelte es sich vor allem um Nachlieferungen verschiedener Fraktionen, Landesverbände und um Unterlagen von Politiker/innen, aber auch um die erstmalige Übernahme von Akten des sächsischen Landesverbands. Durch ein temporäres Lager am Archivstandort Eldenaer Straße ist zudem eine Sicherstellung weiterer Aktenlieferungen gewährleistet.

Quellen zur grünen Geschichte zugänglich machen

Das Archiv Grünes Gedächtnis steht allen Interessierten offen. Am Beginn einer wissenschaftlichen Recherche steht in der Regel eine erste telefonische oder schrift-

liche Kontaktaufnahme. Im Jahr 2021 bearbeitete das Archiv wie auch im ersten Pandemiejahr 300 Anfragen. Zu den Serviceleistungen des Archivs gehören u.a. die Vorabrecherche in unserer rund 80.000 Einträge umfassenden Archivdatenbank, die Ermittlung und digitale Bereitstellung einzelner Dokumente, wie z. B. Gründungsprotokolle von Kreisverbänden, oder auch die Klärung von Bildrechten.

Herausfordernd waren für das Archivteam verschiedene Anfragen zur medialen Aufbereitung des Lebens von Petra Kelly anlässlich ihres 75. Geburtstags 2022. Als Beispiel sei hier die umfassende Betreuung des Filmprojekts von kimmel & metz filmproduktion «PETRA KELLY – Not for Nothing» genannt. Hierfür haben wir unzählige Akten, Fotografien und audiovisuelle Materialien zur Verfügung gestellt. Zusätzlich fand ein Teil der Dreharbeiten im Magazin statt, wo mit Eva Quistorp, Otto Schily und Lukas Beckmann Vertreter/innen der Gründungsgrünen zum Interview geladen waren.

Pandemiebedingt eröffnete der Lesesaal erst im Juni unter Berücksichtigung eines umfassenden Hygienekonzepts. Zunächst war ein Besuch an zwei Tagen pro Woche möglich, mittlerweile steht der Lesesaal an drei Tagen in der Woche für die Nutzung zur Verfügung.

Öffnungszeiten des Lesesaals

(nach vorheriger Anmeldung):

Montag, Dienstag & Mittwoch von 10-13 Uhr und 14-17 Uhr

Aktuelle Hinweise finden Sie unter: boell.de/archiv

Preisverleihungen

Die Heinrich-Böll-Stiftung vergibt verschiedene Preise und beteiligt sich als Partnerin an weiteren Ehrungen. Die wichtigsten Preise sind der Anne-Klein-Frauenpreis, der Friedensfilmpreis, der 2021 pandemiebedingt nicht vergeben wurde, und der Hannah-Arendt-Preis.



Candaş Arın
Foto: Mareliber_Caner Özkan/CC-BY-NC-ND 4.0



Jill Lepore
Foto: Dari Michele

Anne-Klein-Frauenpreis 2021 an Candaş Arın

Die Anwältin aus Istanbul setzt sich seit über 40 Jahren für die Rechte und die Selbstbestimmung von Frauen ein. Sie ist Mitbegründerin des ersten unabhängigen türkischen Frauenhauses des Vereins Mor Çatı (Lila Dach) und hat in unzähligen Verfahren für Frauen gestritten, denen Gewalt angetan wurde. Mit ihrem Engagement hat sie dazu beigetragen, dass die Türkei 2012 als erstes Land die sogenannte Istanbul-Konvention ratifiziert hat. Das «Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt» ist der erste europäische Vertrag, der die Verhinderung und Bestrafung von Gewalt gegen Frauen und von häuslicher Gewalt zum Ziel hat. Doch im März 2021 hat Präsident Erdoğan per Erlass entschieden, dass die Türkei aus dem internationalen Abkommen wieder ausscheidet. Die Konvention «untergrabe das traditionelle Familienbild» und leiste «Genderwahn» Vorschub, so die Argumentation. Der Kampf geht also weiter. Die Jury würdigte den persönlichen Mut der Preisträgerin und ihr hartnäckiges Eintreten für das Recht aller Frauen auf ein gewaltfreies, selbstbestimmtes Leben. Der Anne-Klein-Frauenpreis wurde zum zehnten Mal vergeben und ist mit 10.000 Euro dotiert. Der Preis wurde bei einem Online-Festakt am Abend des 5. März 2021 überreicht. Die Laudatio hielt die deutsch-türkische Lyrikerin und Dokumentarfilmerin Dilek Mayatürk.

Hannah-Arendt-Preis an Jill Lepore

Die US-amerikanische Historikerin ist Hochschullehrerin für Geschichte in Harvard und Essayistin. Sie präsentiert die Geschichte der Vereinigten Staaten nicht einseitig als eine Geschichte mächtiger Regierungen, sondern als eine Geschichte von Konflikten und Dynamiken zwischen diversen Gruppen und Fraktionen, z.B. den Engländern, anderen Kolonialmächten, den versklavten Menschen, Frauen oder den verschiedenen ethnischen Gruppen der Siedler. Überdies zeigt sie auf, inwiefern die Nachwirkungen der Amerikanischen Revolution die amerikanische Politik bis heute beeinflussen. Nach der Überzeugung der Jury gelingt es Jill Lepore, eine politische und ganzheitliche Darstellung der Amerikanischen Geschichte zu präsentieren; nicht etwa, um gleichsam «Mastermind-Urteile über das Vergangene zu fällen, sondern um die Gegenwart für eine breite Öffentlichkeit verständlicher werden zu lassen», heißt es in der Jury-Begründung.

Der Hannah-Arendt-Preis wird von der Stadt Bremen und der Heinrich-Böll-Stiftung vergeben und ist mit 10.000 Euro dotiert. Er wurde am 3. Dezember 2021 vom Vorstand des «Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken e.V.», vom Bremer Senat und von der Heinrich-Böll-Stiftung im Bremer Rathaus verliehen.



Teilnehmende in Präsenz und auch online zugeschaltet – Veranstaltungsalldag in Pandemiezeiten. Foto: Stephan Röhl

Stiftungsmanagement

Die Stiftung hat die andauernde pandemische Lage genutzt, um die Digitalisierung auf allen Handlungsfeldern effektiv voranzutreiben. Ob bei Veranstaltungen, Fortbildungen oder bei der internen Organisation – überall stehen modernste digitale Instrumente zur Verfügung oder sind in Umsetzung begriffen. Wir haben damit die Chancen der neuen Kommunikations-, Bildungs- und Arbeitswelt effektiv genutzt und insbesondere auch neue Zielgruppen erschlossen. Die damit verbundenen Herausforderungen, wie z. B. die Arbeit auf Distanz, konnten wir vor allem durch das Engagement unserer Mitarbeitenden und Gremien hervorragend meistern.

Dabei sind zwei Themen beispielhaft hervorzuheben:

Abteilung Organisation und Wissen

Wir haben die Arbeitsfelder Organisationsentwicklung, Wissensmanagement und Weiterbildung in unserer neuen Abteilung Organisation und Wissen unter der Leitung von Christian Neuner-Duttenhofer zusammengeführt. Durch die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen sind damit die Voraussetzungen geschaffen,

die Entwicklung von Mitarbeitenden zu unterstützen und Organisationsstrukturen sowie Geschäftsprozesse optimal weiterzuentwickeln. Als moderne Organisation legen wir Wert auf eine lebendige Betriebskultur, schlanke Arbeitsabläufe und deren digitale Optimierung.

Neubauprojekt Karl-Marx-Allee

Auf dem Weg zum Aufbau eines weiteren Standorts in der Karl-Marx-Allee sind wir mit der Unterzeichnung des Erbbaurechtsvertrags Ende 2021 einen entscheidenden Schritt weitergekommen. Damit ist ein wichtiger rechtlicher Grundstein gelegt, der es uns erlaubt, intensiv in die weiteren Planungen einzusteigen. Entstehen soll ein moderner Veranstaltungsort im Zusammenspiel mit den bereits bestehenden Orten: der Beletage der Stiftungszentrale und unserem Archiv Grünes Gedächtnis in der Eldenaer Straße. Seit dem Umzug in die Schumannstraße im Jahr 2008 sind wir personell stetig gewachsen, auch unsere Bildungsangebote haben wir kontinuierlich ausgebaut. Wir freuen uns darauf, den zusätzlichen Standort in der Karl-Marx-Allee ab 2024 für die Gestaltung moderner Veranstaltungs- und Bildungsformate nutzen zu können.

Qualifizierung

Mit einem internen Weiterbildungsprogramm wappnen wir unsere Mitarbeitenden für die beruflichen Herausforderungen. Im Jahr 2021 gab es zahlreiche interne Angebote: von IT-Kursen über rechtliche Themen bis zum journalistischen Schreiben. Ein neues Training zur Umsetzung unserer Gemeinschaftsaufgabe «Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung» mit dem Schwerpunkt «Vielfalt stärken – Gemeinsam gegen Rassismus» ist erfolgreich gestartet. In diesem Rahmen findet regelmäßig ein Einführungsworkshop zur Gemeinschaftsaufgabe für neue Mitarbeitende statt. Hier wird neben einem geschichtlichen Abriss der Gemeinschaftsaufgabe und einem Input zu den Begrifflichkeiten ein erster Austausch zur Umsetzung im eigenen Arbeitsbereich ermöglicht. Im Grundlagenworkshop «Let's talk about Rassismus – rassismuskritisch denken und handeln» erhalten unsere Mitarbeitenden erste Einblicke; der Vertiefungsworkshop «Vielfalt gestalten» und ein Empowermentangebot für Menschen mit Rassismuserfahrung runden das Angebot ab.

Unser internes Angebot im Jahr 2021 war zu 100 Prozent digital (87 Seminare und Schulungen live-online oder als eLearning). Besonderen Anklang fanden Seminare zur Moderation vor der Web-Kamera, zum Einsatz von Videotools und zur oben beschriebenen Gemeinschaftsaufgabe. Fast 60 Mitarbeitenden ermöglichten wir darüber hinaus die Teilnahme an externen Weiterbildungsangeboten, um Fachkenntnisse zu erwerben oder durch individuelles Coaching den Herausforderungen des Arbeitsalltags besser begegnen zu können.

	Teilnehmenden-tage*	Teilnehmende gesamt
Rechtliches	105	267
Organisation	6	29
IT-Kenntnisse	90	189
Gender und Diversity	110	178
Kommunikation	148	97
Individuelle Weiterbildungen	99	57
Weiterbildungen gesamt	557	817

* Anzahl der Teilnehmenden × Seminartage
(Hier werden mehrtägige Seminare mit eintägigen und kürzeren verrechnet.)

Organe des Vereins

Die **Mitgliederversammlung** ist das oberste Beschlussfassungsorgan der Stiftung. Sie setzt sich aus 49 Personen zusammen, davon je vier Personen aus der Bundespartei und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, je eine Person der Landesstiftungen und 25 weitere Personen aus dem Kreis der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung, von denen eine Person dem Europäischen Parlament oder der Europäischen Grünen Partei angehört. Die Wahlperiode für die Mitgliedschaft beträgt vier Jahre.

Der **Vorstand** ist hauptamtlich tätig und umfasst aktuell zwei Personen. Jedes Vorstandsmitglied wird für die Dauer von fünf Jahren von der Mitgliederversammlung gewählt. Das Vorschlagsrecht steht dem Aufsichtsrat zu. Der Vorstand ist im Rahmen der Beschlüsse der Mitgliederversammlung für die Verwirklichung der Ziele der Stiftung verantwortlich. Er ist insbesondere dafür verantwortlich, dass die Verwendung des Stiftungsvermögens und von dritter Seite zufließenden Vermögenswerten durch die Stiftung und ihre Einrichtungen zweckentsprechend und wirtschaftlich erfolgt. Für die Ausführung der laufenden Verwaltung des Vereins ist der **Geschäftsführer** verantwortlich.

Der **Aufsichtsrat** führt die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstands. Er besteht aus neun Personen, davon sieben aus den Reihen der Mitgliederversammlung und zwei hauptamtlich Mitarbeitende, die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden.

Gremien des Vereins

- Fachbeirat Gemeinschaftsaufgabe «Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung»
- Fachbeirat Nord-Süd
- Fachbeirat Europa/Transatlantik
- Fachbeirat Studienwerk

Fachbeiräte beraten die Stiftung bei der Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Die Fachbeiräte werden vom Aufsichtsrat auf drei Jahre berufen. Der Mitgliederversammlung steht ein Vorschlagsrecht zu. Die Fachbeiräte berichten der Mitgliederversammlung jährlich über ihre Arbeit.

Eine Sonderstellung hat der in der Satzung festgeschriebene Fachbeirat «Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung». Er wird von der Mitgliederversammlung gewählt und ist ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Vorschlagsrecht haben Mitglieder der Mitgliederversammlung und des Aufsichtsrats. Er setzt sich aus mindestens 12 und höchstens 15 Personen zusammen. Die Frauenquote beträgt mindestens 80 Prozent.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020

Folgend das Prüfurteil des unabhängigen Abschlussprüfers Mazars GmbH & Co. KG vom 28. Oktober 2021: «Wir haben den Jahresabschluss des Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Berlin – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Heinrich-Böll-Stiftung e. V., Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 geprüft. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Vereins zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat. Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir darauf hin, dass im Berichtsjahr keines der in den konsolidierten Jahresabschluss einbezogenen Auslandsbüros durch einen gesetzlichen Jahresabschlussprüfer nach dem jeweiligen Landesrecht einer Jahresabschlussprüfung unterzogen worden sind. Gemäß den in 2016 und 2017 überarbeiteten Richtlinien des BMZ und des AA für die Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der politischen Stiftungen können Kosten für unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in Projektländern künftig nur noch in begründeten Ausnahmefällen oder im Falle entsprechender landesrechtlicher Vorschriften übernommen werden. Der Verein hat diese Büros einer internen Prüfung unterzogen, von deren Wirksamkeit wir uns überzeugt haben.»

TuWas-Stiftung

Die TuWas-Stiftung für Gemeinnützige wurde 2013 mit großem ehrenamtlichem Engagement der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung gegründet. Im Jahr 2021 förderte TuWas das Theaterstück «Was haben wir gelacht» über die Belagerung Sarajevos während des Bosnienkrieges, das als Teil des Radar-Ost-Festivals 2021 des Deutschen Theaters Berlin im Oktober gezeigt wurde. Das Stück wurde auf der Grundlage von Anekdoten aus dem Bosnienkrieg entwickelt und von Luk Perceval mitinszeniert; auch die Heinrich-Böll-Stiftung selbst hat das Projekt gefördert. Nachtkritik stufte das Stück als «die ästhetisch aufwändigste und zugleich gelungenste Produktion» des Festivals ein.

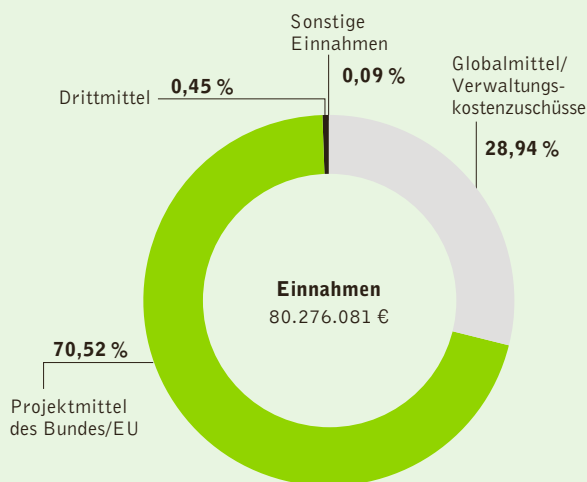
Seit 2019 besorgt TuWas die Geschäfte für die Stiftung Frauen in Europa. Gemeinsam fördern wir kleine und große Projekte im In- und Ausland. Verschiedene mehrjährige Projekte sind auch im Jahr 2021 weitergelaufen, darunter die Veranstaltungsreihe «Starke Frauen Europas» in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung. Neu hinzugekommen ist u.a. die Förderung des internationalen Literaturfestivals Berlin im September. TuWas und die Stiftung Frauen in Europa haben hier das Special «Words of Love and Hate: Frauenhass vs. Female Empowerment» unterstützt – für 2022 ist bereits vereinbart, dieses sehr erfolgreiche Special fortzusetzen.

Ihre Spenden und Zustiftungen ermöglichen uns die Unterstützung weiterer wichtiger Projekte!

Finanzielle Rahmenbedingungen der Stiftungsarbeit

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist als eingetragener Verein beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg registriert und vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Ihre Arbeit finanziert sich zum überwiegenden Teil aus öffentlichen Zuwendungen. Der zentrale Baustein unserer Finanzierung sind die sogenannten Globalmittel, die der Bundestag im Haushalt des Bundesministeriums des Innern für die Arbeit politischer Stiftungen zur Verfügung stellt. Über die Verwendung der Globalmittel kann die Stiftung zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben weitgehend frei entscheiden. Mit ihnen werden z. B. Seminare, Tagungen und Kolloquien durchgeführt oder Forschungsvorhaben finanziert. Globalmittel sind für die Stiftung von besonderer Bedeutung, weil mit ihnen auch allgemeine Verwaltungskosten finanziert werden können – wie etwa Personalkosten der Dienstleistungsabteilungen und die Unterhaltung unserer Bürogebäude. Zusätzlich erhält die Stiftung Projektmittel, die nur für den jeweils vereinbarten Zweck verausgabt werden dürfen (z. B. für die Auslandsarbeit oder die Studien- und Promotionsförderung). Die Projektmittel werden durch Verwaltungskostenzuschüsse (VKZ) ergänzt, die ähnlich wie Globalmittel eingesetzt werden können.

Neben den öffentlichen Zuwendungen hat der Verein Heinrich-Böll-Stiftung auch Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Weiterbildungsakademie Green Campus.



Einnahmen

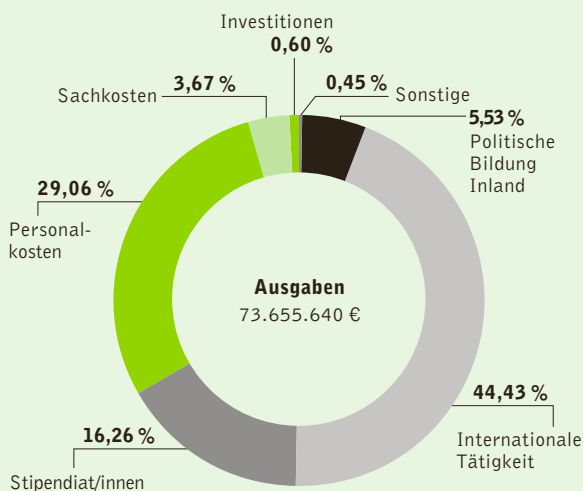
Die Einnahmen der Stiftung betrugen 2021 insgesamt ca. 80,3 Millionen Euro. Das entspricht einem Anstieg von ca. 9 Prozent gegenüber 2020, der insbesondere auf höhere Einnahmen aus Mitteln für die internationale Arbeit und die Studien- und Promotionsförderung in Deutschland zurückzuführen ist. Auch die Einnahmen aus Drittmitteln im internationalen Bereich entwickelten sich positiv, insbesondere für die Arbeit zum Klimawandel.

Transparenz

Es ist uns besonders wichtig, über die Verwendung der uns zur Verfügung stehenden Mittel transparent zu informieren. Wir gehen daher über die gesetzlich vorgeschriebenen Berichtspflichten hinaus. So haben wir uns der Initiative Transparente Zivilgesellschaft angeschlossen und uns zur Einhaltung eines Verhaltenskodexes zur Verhinderung von Korruption verpflichtet. Zudem erstellen wir freiwillig einen finanziellen Jahresbericht in Anlehnung an die Vorgaben des Handelsgesetzbuches, den wir von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigen lassen.

Finanzieller Jahresbericht

Bei der hier veröffentlichten Übersicht der jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Stiftung handelt es sich um vorläufige Zahlen, von denen sich die endgültigen aber nur geringfügig unterscheiden werden. Der endgültige Bericht mit Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung kann erst erstellt werden, nachdem die Jahresabschlüsse unserer Büros im Ausland erstellt. Er wird voraussichtlich im September 2022 auf unserer Website veröffentlicht werden: boell.de/stiftungs-leitbild-initiative-transparente-zivilgesellschaft



Ausgaben

Etwa zwei Drittel der Ausgaben der Stiftung (ca. 48,78 Millionen Euro) flossen 2021 in die inhaltliche Arbeit und die Studien- und Promotionsförderung. Dieser Anteil wächst auf ca. 87 Prozent, wenn die Personalkosten der inhaltlich arbeitenden Mitarbeitenden berücksichtigt werden. Die verwaltungsbezogenen Sachausgaben sind leicht gesunken, ebenso die Ausgaben für Investitionen und Sonderprojekte, was auf die Pandemiesituation im Jahr 2021 zurückzuführen ist.

Vorläufige Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2021*

Berichtsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 (Stand: 29. März 2022)

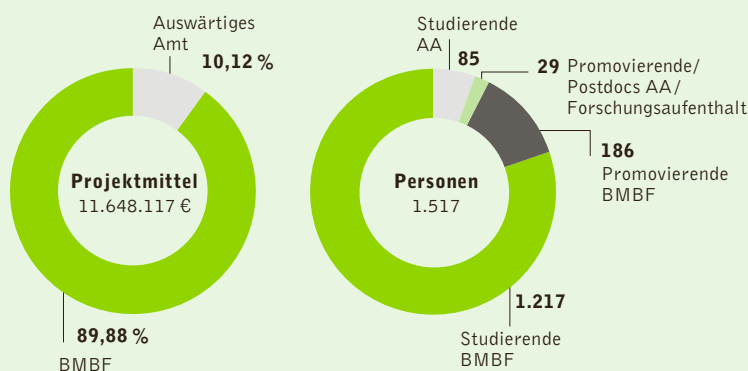
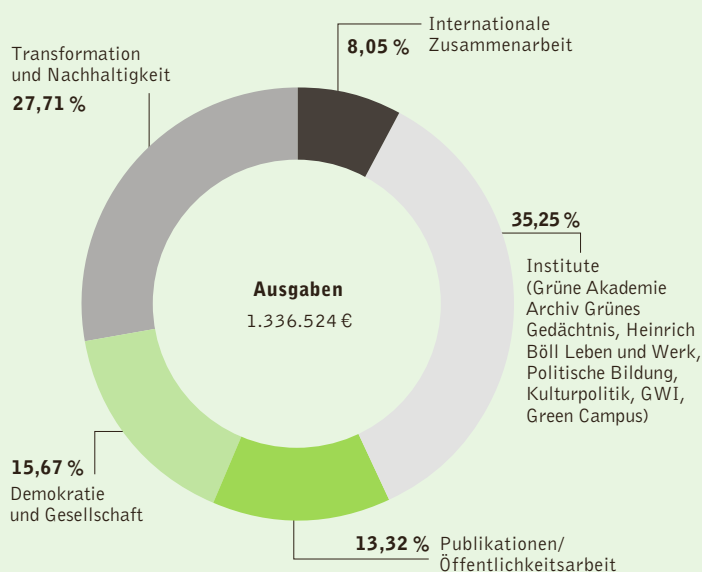
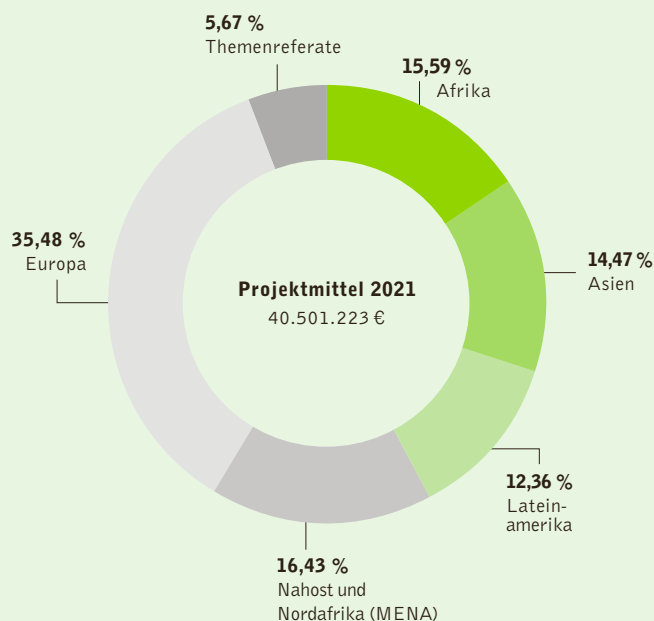
	2021	2020
	Vorläufiges Ergebnis	
Einnahmen Globalmittelhaushalt**	22.885.595	19.883.153
Einnahmen Mittel für Investitionen	347.988	248.324
Projektmittel		
Internationale Zusammenarbeit	40.501.223	38.314.597
BMZ	33.527.235	32.446.466
AA	6.698.061	5.707.715
EU	—	—
Sonstige/Drittmittel IZ	275.927	160.416
Studienwerk	12.312.322	11.042.059
BMBF	11.130.561	10.062.316
AA	1.181.762	979.683
Sonstige	—	60
Inland	4.156.797	4.061.884
BMI	4.074.043	3.971.722
Drittmittel	82.754	90.162
Sonstiges	72.155	104.878
Summe der Einnahmen	80.276.081	73.654.895
Fachausgaben	1.336.524	1.504.649
Weiterleitungen an die Landesstiftungen	2.737.519	2.467.073
Projektmittelausgaben		
Internationale Zusammenarbeit	32.726.720	31.266.213
Studienwerk	11.978.679	10.783.313
EU	—	—
Drittmittel	202.393	70.014
Personal (Gehälter inkl. Leitungen Auslandsbüros)	21.405.226	20.207.325
Sachausgaben	2.705.537	2.911.990
Investitionen	435.475	508.499
Sonstiges	127.566	84.458
Summe der Ausgaben	73.655.640	69.803.534
Mittelübertrag ins Folgejahr	6.620.441	3.851.361
Vereinseinnahmen	262.268	305.047
Vereinsausgaben	230.425	202.487
Vereinsergebnis	31.843	102.560

* Alle Zahlen in Euro

** Einschließlich des Mittelübertrags aus dem Vorjahr

BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; AA: Auswärtiges Amt; IZ: Internationale Zusammenarbeit;

BMBF: Bundesministerium für Bildung und Forschung



Internationale Zusammenarbeit 2021

Die Projektmittel für die Internationale Zusammenarbeit (IZ) betrugen 2021 rund 40,5 Millionen Euro, eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr um rund 2 Millionen Euro. Berichtet wird hier über die überwiegend durch die Abteilung IZ bewirtschafteten Mittel.

Im Jahr 2021 wurden ca. 1,36 Millionen Euro mehr als im Vorjahr an Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aus dem Titel 04 für entwicklungswichtige Vorhaben weltweit eingesetzt, insgesamt rund 32,15 Millionen Euro. Für Klimaschutzmaßnahmen in den Regionen Europa, Asien und Lateinamerika standen im Vergleich zum Vorjahr ca. 80.000 Euro mehr zur Verfügung, insgesamt rund 637.000 Euro.

Mit den Mitteln für die Sonderinitiativen wurde im Raum MENA das Projekt «Fluchtursachen bekämpfen» im Libanon weitergefördert, ebenso «Eine Welt ohne Hunger», eine Sonderinitiative in Kenia, und die «Sonderinitiative Flucht Türkei». Insgesamt standen für die Sonderinitiativen im Vergleich zum Vorjahr ca. 396.000 Euro weniger zur Verfügung.

Die Stiftung erhielt vom Auswärtigen Amt (AA) rund 6,7 Millionen Euro zur Förderung gesellschaftspolitischer Vorhaben. Die Förderung der Stiftung mit AA-Sondermitteln für Aktivitäten in Tunesien und Marokko und für Aktivitäten in Belarus betrugen in 2021 rund 711.600 Euro.

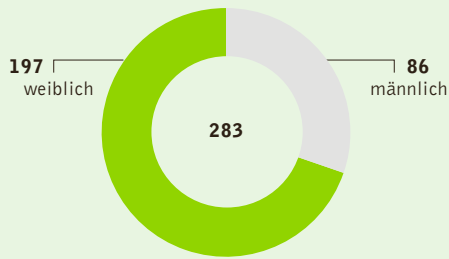
Politische Bildung Inland

Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Stiftung insgesamt 1.336.524 Euro aus Globalmitteln und Drittmitteln verausgabt. Diese Gelder flossen in die Projektarbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Dossiers). Außerdem wurden Fachmittel für Projekte der Weiterbildungsakademie Green-Campus und der Grünen Akademie sowie für die Herausgabe von Büchern verausgabt. Zudem leitete die Stiftung im Jahr 2021 rund 2,74 Millionen Euro für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.

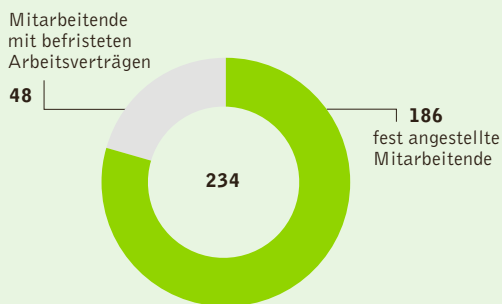
Stipendien und Projektmittel des Studienwerks

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung erhält Zuwendungen aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und aus dem Auswärtigen Amt (AA). Im Jahr 2021 konnten insgesamt 1.517 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden, davon 1.302 Studierende und 215 Promovierende. 375 deutsche und internationale Studierende und Promovierende konnten 2021 neu in die Förderung aufgenommen werden.

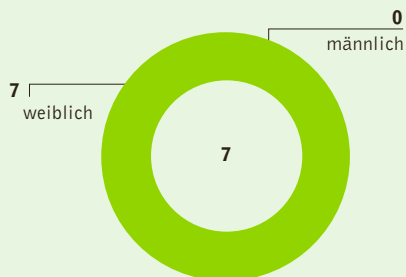
Inlandsbeschäftigte und ins Ausland entsandte Mitarbeitende



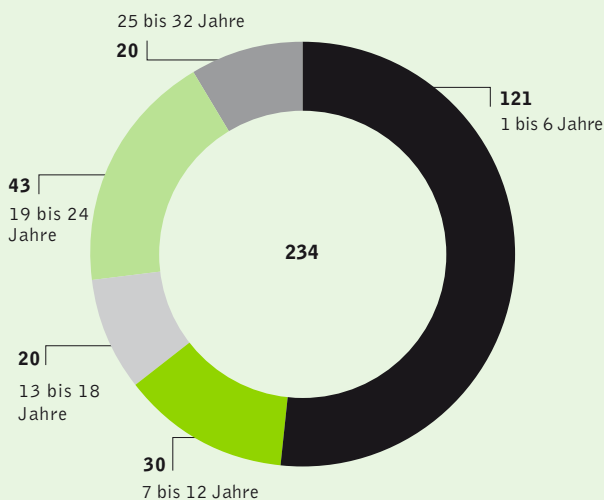
Beschäftigungsverhältnis der Inlandsbeschäftigten



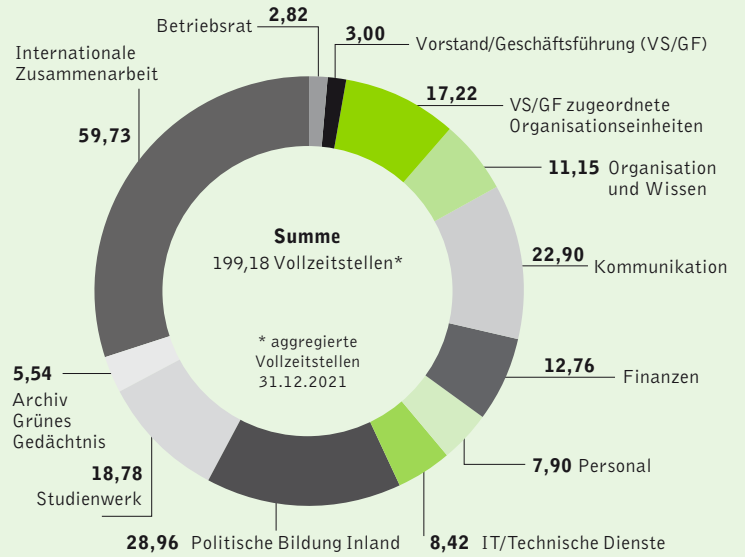
Inanspruchnahme der Elternzeit



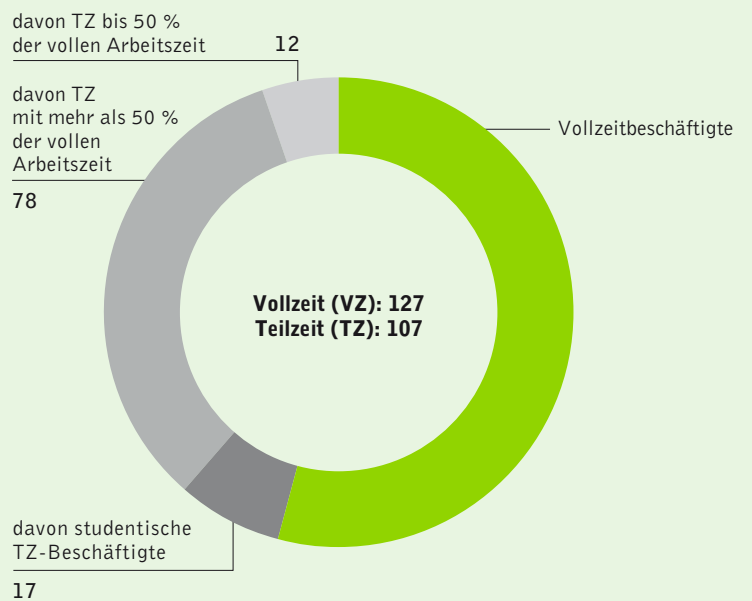
Betriebszugehörigkeit der Inlandsbeschäftigten



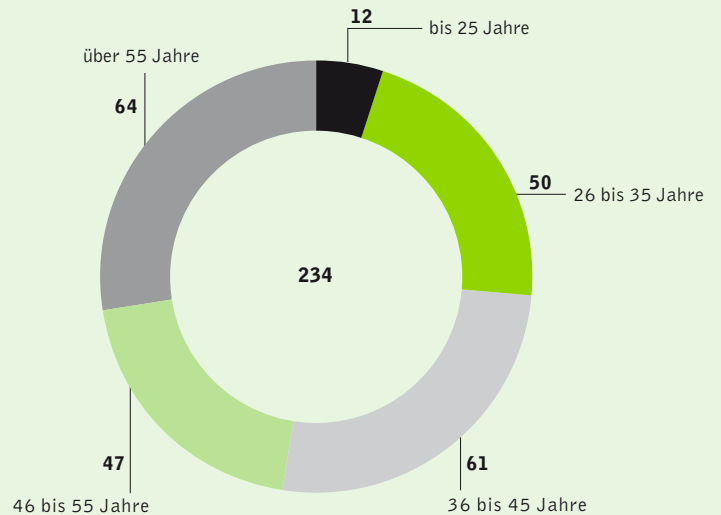
Inlandsbeschäftigte (Vollzeitäquivalente) nach Abteilungen



Arbeitszeit der Inlandsbeschäftigten



Altersstruktur der Inlandsbeschäftigten



Beschäftigte im Berichtszeitraum (bis Stand: 1. Juni 2022)

Vorstand *Vorstand:* Barbara Unmüßig, Dr. Ellen Überschär, Dr. Imme Scholz (ab 04/22), Jan Philipp Albrecht (ab 06/22); Nina Locher, Dr. Alexandra Sitenko, Carmen Herzog, Jennifer Richter, Kathrin Klaua, Tanja Nikoleizig, Henriette Winkler

Geschäftsführung *Geschäftsführer:* Steffen Heizmann; Sandra Jackson, Clemens Niederlag, Jan Bührke, Ünay Özkan, Bert Bloß, Dietmar Harmel

Gunda-Werner-Institut *Leitung:* Henning von Bergen, Dr. Ines Kappert; Francesca Schmidt, Derya Binigik, Julia Hartleb, Helen Lessing, Katharina Klappheck, Kiara Lohmann

Internationale Zusammenarbeit *Leitung:* Dr. Antonie Katharina Nord; Claudia Sarfert, Lisa Karoline Ruppel, Jessica Ehlebracht **Internationale Themenreferate** *Leitung:* Layla Al-Zubaidi; Louisa Reeh **Internationale Politik** Jörg Haas, Sarah Ribbert, Helena Hoffmeister **Internationale Umweltpolitik** Lili Fuhr, Linda Schneider, Kristin Funke, Annette Kraus, Björn Ecklundt **Internationale Agrarpolitik** Dr. Christine Chemnitz, Inka Dewitz, Hagen Döcke **Außen- und Sicherheitspolitik** Giorgio Franceschini, Milena Grünwald **Einheit Global Support for Democracy** Manfred Hornung **Internationale Demokratie** Lara Wodtke **Globale Einheit für Feminismus und Geschlechterdemokratie** Jana Prossinger, Joanna Barelkowska

Regionalreferate **Regionalreferat Afrika** Kirsten Krampe, Elisabeth Massute, Beate Adolf, Maria Kind, Nicola Egelhof *Einheit Horn von Afrika:* Ulf Terlinden, Ali Nobil Ahmad **Büro Dakar:** Usha Ziegelmayr **Büro Kapstadt:** Katrin Seidel **Büro Nairobi:** Joachim Paul **Büro Abuja:** Jochen Luckscheiter **Regionalreferat Naher Osten und Nordafrika** Dr. Bente Scheller, Anja Hoffmann, Jennifer Richter, Johannes Gunesch, Bauke Baumann, Sandra Nenninger, Birgit Arnhold **Büro Tel Aviv:** Dr. Steffen Hagemann, Oz Aruch, Renate Eisape **Büro Palästina und Jordanien:** Dorthe Siegmund, Lara Kirchner **Büro Tunis:** Dr. Heike Löschmann, Fabian Hepp **Büro Rabat:** Bauke Baumann **Büro Beirut:** Anna Fleischer, Sara Stachelhaus **Regionalreferat Asien** Jost Pachaly, Katrin Altmeyer, Christina Sadeler, Dr. Paul Joscha Kohlenberg, Dr. Ruth Streicher, Ella Soesanto, Felix Speidel **Büro Yangon:** Florian Reinold **Büro Bangkok:** Lea Gölitz, Thorsten Volberg **Büro Neu-Delhi:** Marion Regina Mueller, Sarah Weiß **Büro Phnom Penh:** Ana Paula Assubuji **Büro Peking:** Oliver Lutz Radke **Büro Hongkong:** Axel Harneit-Sievers **Regionalreferat Ost- und Südosteuropa** Walter Kaufmann, Robert Sperfeld, Gudrun Fischer, Nina Happe, Katja Giebel, Ulla Niehaus, Petra Zimmermann **Büro Belgrad:** Simon Ilse **Büro Moskau:** Dr. Stefanie Harter **Büro Kiew:** Johannes Voswinkel **Büro Tbilissi:** Sonja Katharina Schiffer **Büro Sarajevo:** Judith Brand **Büro Tirana:** Dr. Mehmet Gökhan Tuncer **Regionalreferat Lateinamerika** Ingrid Spiller, Julia Scherf, Evelyn Hartig, Mareike Bödefeld, Julia Ziesche, Caroline Kassir **Büro San Salvador:** Dr. Ingrid Wehr **Büro Mexiko-Stadt:** Dr. Dawid Bartelt **Büro Bogotá:** Florian Huber **Büro Rio de Janeiro:** Annette von Schönfeld **Büro Santiago de Chile:** Gitta Cullmann **Regionalreferat EU/Nordamerika** Marc Oliver Berthold, Dr. Christine Pütz, Claudia Rothe, Sabine Hämmerling, Sinem Vardar, Georg McCutcheon **Büro Brüssel:** Eva van de Rakt, Manfred Hornung **Büro Istanbul:** Kristian Brakel, Julia Bartmann **Büro Paris:** Dr. Jens Althoff **Büro Prag:** Adéla Jurečková **Büro Thessaloniki:** Michalis Goudis, Neda Noraie-Kia **Büro Warschau:** Joanna Maria Stolarek **Büro Washington:** Bastian Hermisson

Steuerung und Evaluierung *Leitung:* Claudia Simons; Christiane Dilger, Margarete Tanzmann, Kirsten Dagane, Tanja Reith, Barbara Assheuer, Ina Bogusz, Simone Zühr, Nataliya Pryhorynska, Charlotte Grosse

Inland *Leitung:* Dr. Sebastian Bukow; Petra Stegemann, Barbara Heitkämper **Programmlinie Demokratie und Gesellschaft** *Leitung:* Dr. Roman Schmidt **Demokratie** Dr. Anne Ulrich, Eike Botta-Venhorst **Migration und Diversity** Mekonnen Mesghena, Andrea Meinecke, Liese-Lotte Schulz **Politik- und Parteienforschung** Dr. Stefanie John, Jana Heyde **Zeitdiagnose und Diskursanalyse** Ole Meinfeld, Christine Weiß **Zeitgeschichte** Dr. Roman Schmidt, Solveig Bartusch **Programmlinie Transformation und Nachhaltigkeit** *Leitung:* Ute Brümmer **Bildung und Wissenschaft** Philipp Antony, David Handwerker **Digitale Ordnungspolitik** Véréane Meyer **Kommunalpolitik und Stadtentwicklung** Sabine Drewes, Anke Bremer **Ökologie und Nachhaltigkeit** Dr. Stefanie Groll, Rita Hoppe **Sozialpolitik** Dorothee Schulte-Basta, Tmnit Zere **Wirtschaft und Finanzen** Ute Brümmer, Monika Steins **Weitere Arbeitseinheiten:** Kulturpolitik und Neue Medien Christian Römer, Karin Lenski **Heinrich Böll: Leben und Werk (Köln)** Dr. Jochen Schubert, Markus Schäfer **Grüne Akademie** Ole Meinfeld **Politische Bildung** Michael Stognienko **Politische Bildung Brandenburg** Jana Mittag, Julia Hartleb **Archiv Grünes Gedächtnis** Wiebke Winkler, Michael Panitz, Anna Hoff, Anne Vechtel, Eva Sander, Dorothea Kuhnert, Julia Bresgott

Studienwerk *Leitung:* Dr. Ulla Siebert; Kathrin Hohmann-Mehring **Finanzen** Malgorzata Lewandowska **Studienförderung** Anja Schleich, Christine Dietz, Dr. Robert Schulz, Dr. Jeanette Kördel, Kevin Szczekalla, Dr. Judith Lehmann, Nicola Evard, Sabrina Hoffmann, Rafael Klabisch, Angelika Walenciak, Clemens Chowdhury, Mirjam Wüstnienhaus, Elena Mikhaylova **Promotionsförderung** Dr. Sevilay Karaduman, Angelika Steinborn **Auswahl und Alumni** Dr. Janina Bach, Luisa Riemer, Manuela Hillerkus, Iris Längert, Stefanie Gerber

Kommunikation *Leitung:* Annette Maennel; Marita Wenzel **Presse** Michael Alvarez Kalverkamp, Vera Lorenz **Online-Redaktion** Lukas Fischer, Peggy Marquardt, Stephan Gürtler, Mirja Brückner, Sarah Grzondziel **Digitale Bildungsformate** Jonas Witsch, Madlen Geidel **Lektorat** Bernd Rheinberg, Susanne Dittrich, Lamine Hane **Marketing/Layout** Elke Paul, Lisa Kreutzer, Magdalena Augustyniak **Adressverwaltung** Sabine König **Tagungsbüro** Eva Klakl, Julia Reiter, Antonia Götte, Martin Sommer, Lena Frisch, Philipp Straub, Nicole Bott

Finanzen, IT und Technische Dienste *Leitung:* Britta Thiel **Haushalt und Finanzen** *Leitung:* Britta Thiel, Thea Gronemeier **Haushalt und Bilanzierung** Raphaelle Chapon, Sudeepa Aich, Ellen Deuse, Munkhzul Togmid **Operative Finanzbuchhaltung** Silke Richter, Valerian Rautenberg, Florian Remmers, Hans-Jörg Wilhelm, Toni Peschel **IT/Technische Dienste** *Leitung:* Gunter Holley **Technische Dienste** Christian Mühlbach, Antje Voigt, Laura Blumenthal **IT-Systeme global** Mark Wittner **IT-Systeme zentral**

Organisation und Wissen *Leitung:* Christian Neuner-Duttenhofer **Organisationsentwicklung und Wissensmanagement** Valerie Pohl, Benedikt Göller, Lou Herbst, Uta Hergert, Ulrike Cichon, Naomi Weiß **GreenCampus – Externes Weiterbildungsprogramm** Maria Pajonk, Johanna Teuffel, Laura Dittmann **GreenCampus – Internes Weiterbildungsprogramm** Paulina Berndt, Lea Prölß **Kommunalpolitische Weiterbildung** Wolfgang Pohl

Personal *Leitung:* Petra Nibbe **Personalmanagement** Cornelia Wähn-Bochr, Svetlana Kuzjaev, Katja Legde, Viola Kochanek

* Beschäftigte, die mit der Nennung ihres Namens einverstanden sind.

Gremien (Stand 31. Dezember 2021)

Mitgliederversammlung

Gesine Agena
 Jan Phillip Albrecht – MdEP
 Ferda Ataman
 Bettina Backes
 Sarah Bast
 Carlos Becker
 Martin Berger
 Tanja Berger
 Dr. Franziska Brantner – MdB
 Agnieszka Brugger – MdB
 Marius Busemeyer
 Reinhard Bütikofer – MdEP
 Katharina Dröge – MdB
 Carolin Emcke
 Stephan Ertner
 Kübra Gümüşay
 Rebecca Harms
 Joachim Heinlein
 Anna Heyer-Stuffer
 Andrea Hoops
 Michael Kellner
 Ulrich Khuon
 Oliver Krischer – MdB
 Katrin Langensiepen – MdEP
 Lotte Leicht
 Sylvia Löhrmann
 Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe
 Alexander Müller
 Klaus Müller
 Hannah-Katharina Nadj
 Mona Neubaur
 Dr. Tamara Or
 Anja Piel
 Andreas Rade
 Krista Sager
 Jamila Schäfer
 Dirk Scheelje
 Norbert Schellberg
 Gertrud Schmidt
 Ute Schmidt
 Prof. h.c. Dr. Imme Scholz
 Reiner Scholz
 Ulrich Schreiber
 Julia Schulze Wessel
 Stefan Tidow
 Dr. Gerhard Timm
 Prof. Dr. Sabine Toppe
 Antje von Broock
 Henriette Wägerle

Stipendiatische Vertreter/innen

Leroy Brünner
 Johanna Holzer

Aufsichtsrat

Dr. Christine Chemnitz
 Nina Happe
 Andrea Hoops
 Anna Heyer-Stuffer
 Michael Kellner
 Oliver Krischer
 Sylvia Löhrmann
 Alexander Müller
 Gerhard Timm

Gemeinschaftsaufgabe Teil- habe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung

Gesine Agena
 Dr. Kristin Bergmann
 Dr. Laura Dornheim
 Dr. Dan Ghattas
 Kübra Gümüşay
 Lou Herbst
 Özcan Karadeniz
 Filiz Keküllüoğlu
 Prof. Dr. Gritt Klinkhammer
 Prof. Dr. Ilse Lenz i. R.
 Stefanie Lohaus
 Terry Reintke
 Andrea Schirmacher
 Dr. Dag Schölper
 Malti Taneja
 Dr. Iris Werner

Koordinationsgremium des Freundeskreises

Marie Luise von Halem
 Klaus Linsenmeier

Mitglieder Grüne Akademie

Prof. Dr. Gabriele Abels
 Tarek Al-Wazir – MdL
 Birgitt Bender
 Prof. Dr. Mechthild Bereswill
 Felix Beutler
 Marianne BIRTHler
 Prof. Dr. Ingolfur Blühdorn
 Prof. Dr. Angelo Bolaffi
 Franziska Brantner, MdB
 Prof. Dr. Christina von Braun
 Prof. Dr. Claudia von Braunmühl
 Sandra Brunsbach
 Prof. Dr. Hubertus Buchstein
 Prof. Dr. Heinz Bude
 Reinhard Bütikofer – MdEP
 Prof. Dr. Marius Busemeyer
 Prof. Dr. Thomas Christaller
 Dr. Anna Christmann – MdB
 Prof. Dr. Dr. Michael Daxner
 Prof. Dr. Simone Dietz
 Dr. Thea Dückert
 Dr. Petra Eggert
 Rainer Emschermann
 Jan Engelmann
 Anke Erdmann
 Stephan Ertner
 Prof. Dr. Philipp Felsch
 Prof. Dr. Rainer Forst
 Georgia Franzius
 Ralf Fücks
 Anna Katharina Gebbers
 Kai Gehring – MdB
 Karsten Gerlof
 Prof. Dr. Arnim von Gleich
 Stephanie Gleißner
 Adrienne Goehler
 Cristina Gómez Barrio
 Prof. Dr. Stefan Gosepath
 Prof. Dr. Sigrid Graumann
 Melanie Haas
 Dr. Robert Habeck – MdB
 Rebecca Harms – MdEP a. D.
 Dr. Dietrich Herrmann
 Prof. Dr. Lisa Herzog
 Dr. Paula Marie Hildebrandt
 Imma Hillerich
 Richard Hilmer
 Prof. Dr. Jeanette Hofmann
 Andrea Hoops
 Prof. Dr. Rahel Jaeggi
 Pico Jordan
 Arne Jungjohann
 PD Dr. Otto Kallscheuer
 Karena Kalmbach
 Petra Kirberger
 Johannes Kode
 Michael Knoll
 Silke Krebs
 Prof. Dr. Regina Kreide
 Prof. Dr. Georg Krücken
 Prof. Dr. Rainer Kuhlen
 Prof. Dr. Bernd Ladwig
 PD Dr. Susanne Lanwerd
 Dr. Adriana Lettrari
 Andrea Lindlohr
 Niombo Lomba
 Prof. Dr. Bertram Lomfeld
 Prof. Dr. Reinhard Loske
 Dr. Linda-Marie Ludwig
 Dr. Willfried Maier
 Nicole Maisch
 Christoph Meertens
 Ole Meinefeld
 Prof. Dr. Christoph Menke
 Christin Melcher
 Sebastian Metzger
 Prof. Jan Christoph Minx, PhD
 Prof. Dr. Christoph Möllers
 Johannes Moes
 Claudia Müller – MdB
 Dr. Ella Müller
 Prof. Dr. Jochen Müller
 Dr. Melanie Müller
 Rita Müller-Hilmer
 Dr. Michael Münter
 Dr. Carsten Neßhöver
 Mona Neubaur
 Dr. Gero Neugebauer
 Prof. Dr. Christian Neuhäuser
 Prof. Dr. Frank Nullmeier
 Dr. Ralph Obermaier

Prof. Dr. Claus Offe
 Prof. Dr. Konrad Ott
 Michael Pelke
 Prof. Dr. Arnd Pollmann
 Dr. Andreas Poltermann
 Ramona Pop
 Prof. Dr. Ulrich K. Preuß
 Prof. Dr. Lothar Probst
 Prof. Dr. Dr. Franz J. Radermacher
 Prof. Dr. Juliane Rebentisch
 Prof. Dr. Andreas Reckwitz
 Dieter Rulff
 Prof. Dr. Thomas Rixen
 Krista Sager
 Philipp Sälhoff
 Prof. Dr. Thomas Saretzki
 Manuel Sarrazin – MdB
 Prof. Dr. Birgit Sauer
 Joscha Schmiere
 Prof. Dr. Thomas Schramme
 Dr. Christine Schwarz
 Dr. Simone Schwanitz
 Dr. Kirsten Selbmann-Lobbedey
 Prof. Dr. Sandra Seubert
 Peter Siller
 PD Dr. Rudolf Speth
 Prof. Dr. Tine Stein
 Prof. Dr. Richard Stöss
 Prof. Dr. Grit Straßenberger
 PD. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
 Dr. Niko Switek
 Rena Tangens
 Dr. Thorsten Thiel
 Dr. Michael Thöne
 Stefan Tidow
 Dr. Ellen Ueberschär
 Prof. Dr. Berthold Vogel
 Sybille Volkholz
 Mathias Wagner – MdL
 Prof. em. Helmut Wiesenthal
 Prof. Dr. Michael Zürn

Fachbeirat Europa /Transatlantik

Dr. Eltje Aderhold
 Dr. Annegret Bendiek
 Dr. Franziska Brantner, MdB
 Reinhard Bütikofer, MdEP
 Prof. Dr. Burak Çopur
 Dr. Sabine Fischer
 Tobias Flessenkemper
 Lucas Güttenberg
 Roderick Kefferpütz
 Dr. Kai-Olaf Lang
 Audrey Mathieu
 Michael Schreyer
 Dr. Daniela Schwarzer
 Stefanie Sifft
 Michal Sutowski
 Viola von Cramon, MdEP

Fachbeirat Nord-Süd

Dr. Muriel Asseburg
 Dr. Achim Brunnengräber
 Anna Cavazzini
 Kristina Dietz
 Pegah Edalatian
 Prof. Dr. Ulf Engel
 Thilo Hoppe
 Uwe Kekeritz
 Dr. Katrin Kinzelbach
 Dr. Michael Krempin
 Lotte Leicht
 Daniel Mittler
 Melanie Müller
 Dr. Imme Scholz
 Dr. Anja Senz

Fachbeirat Studienwerk

PD Dr. Stefan Bösch
 Dr. Gabi Elverich
 Dr. Nadin Fromm
 Kai Gehring – MdB
 Prof. Dr. Kristina Giesel
 Dr. Eva Gümbel
 Dr. Maja Hußner, LL.M.
 Dr. Claudia Maicher, MdL
 Prof. Dr. Peer Pasternack
 Krista Sager
 Prof. Dr. Thomas Saretzki
 Dr. Simone Schwanitz
 Katja Stamm
 Dr. Falko Ueckerdt

Stipendiatische Vertreter/innen

Susanne Klimroth
 Ranran Ji

Auswahlkommission Studienwerk

Prof. Dr. Gabriele Abels
 Prof. Dr. Hartmut Aden
 Dr. Alaa Alhamwi
 Prof. Dr. Viola Balz
 Wolfgang Baum
 Dr. Thilo Becker
 Dr. Florian Bernstorff
 Prof. Dr. Andrea Blunck
 Dr. Manuela Böhm
 Paula Bradish
 Prof. Dr. André Brodacz
 Prof. Dr. Holger Buck
 Prof. Dr. Stephan Bundschuh
 Dr.-Ing. Karsten Burges
 Dr. Sebastian Büttner
 Dr. Johannes Dafinger
 Dr. Marco Dräger
 Dr. Matthias Falke
 Prof. Dr. Anke Fesenfeld
 Prof. Dr. Juliane Filser
 Dr. Angela Francke
 Dr. Nadin Fromm
 Johannes Geibel
 Dr. Mareike Gronich
 Prof. Dr. Gerd Gröninger
 Prof. Dr. Jan Christoph Heemann-Minx
 Marie Heidenreich
 Prof. Dr. Julius Heinicke
 Dr. Jutta Helm
 Prof. Dr. Isabell Hensen
 Dr. Manja Hußner
 Dr. Caspar Moritz Hütten
 Natasja Ilgenstein
 Prof. Dr. Omar Kamil
 Dr. Nele Nicole Kampa
 Prof. Dr. Katrin Kinzelbach
 Prof. Dr. Vera Kirchner
 Thomas Korbin
 Prof. Dr. Claudia Kraft
 Dr. Franziska Krumwiede-Steiner
 Dr. Nora Krzywinski
 Prof. Dr. Margitta Kunert
 Dr. Ilka Lennertz
 Klaus Linsenmeier
 Dr. Martina M. Loos
 Dr. Alexandra Lübcke
 Dr. Sandra Maß
 Prof. Dr. Franziska Müller
 Prof. Dr. Ursula Neumann
 Ann-Kathrin Neureuther
 Dr. Benno Nietzel
 Dr. İpek Ölcüm
 Dr. Lars Ostermeier
 Dr. Norbert Paulo
 Annika Maria Philipps
 Dr. Jana Pinosová
 Vera Rabelt
 Tim Rauschan
 Prof. Dr. Thomas Rixen
 Prof. Dr. Mieke Roscher
 Dr. Renate Ruhne
 Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar
 Jörg Schreiber
 Prof. Dr. Ludger Schwarte
 Dr. Rena Schwarting
 Dr. Christine Schwarz
 Dr. Ruth Seidl
 Dr. Simon Sinsel
 Dr. Sebastian Skacel
 Eva Stadler
 Steffen Stadler
 Prof. Dr. Lieselotte Steinbrügge
 Prof. Dr. Grit Straßenberger
 Malti Taneja
 Prof. Dr. Sabine Toppe
 Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski
 Andreas Wagner
 Prof. Dr. Christoph Weller
 Sarah Weltecke
 Prof. Dr. Kirsten Wiese
 Dr. Inga Winkler
 Dr. Susann Worschech
 Dr. Marianne Zepp

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Aachen Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen: Prof. Dr. Stefan Böschen; Dr. Martina Roß-Nickoll

Augsburg Universität Augsburg: Prof. Dr. Christoph Weller, Prof. Dr. Verina Wild

Bamberg Otto-Friedrich-Universität Bamberg: Prof. Dr. Astrid Schütz

Bayreuth Universität Bayreuth: Prof. Dr. Erdmute Alber; Prof. Dr. Stefan Peiffer

Berlin Akademie der Künste: Prof. Dr. Werner Konitzer; Dr. Angela Lammert; Alice Salomon Hochschule Berlin: Prof. Dr. Sabine Toppe; Beuth Hochschule für Technik Berlin: Prof. Dr. Anne König; Freie Universität Berlin: Dr. Achim Brunnengräber; Prof. Dr. Barbara Fritz; Dr. Michaela Haase; Prof. Dr. Cilja Harders; Prof. Dr. Bernd Ladwig; Prof. Dr. Margreth Lünenborg; Prof. Dr. Thomas Rixen; Prof. Dr. Britta Tietjen; Hertie School of Governance: Prof. Dr. Jan Christoph Heemann-Minx; HMKW – Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft: Prof. Dr. Markus Ziener; Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin: Prof. Dr. Florian Koch; Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin: Prof. Dr. Rosemarie Morana; Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin: Prof. Dr. Hartmut Aden; Prof. Dr. Heike Wiesner; Humboldt-Universität zu Berlin: Prof. Dr. Beate Binder; Prof. Dr. Claudia Bruns; Prof. Dr. Marcelo Caruso; Dr. Jeanette Ehrmann; Institut für Zeitgeschichte: Dr. Susanne Heim; Technische Universität Berlin: Prof. Dr. Nina Langen; Dr. Tilman Santarius

Bielefeld Universität Bielefeld: Prof. Dr. Paul Mecheril; Dr. Benno Nietzel

Bochum Ruhr-Universität Bochum: Prof. Dr. Viktoria Däschlein-Geßner; Dr. Matthias Falke

Braunschweig Hochschule für Bildende Künste Braunschweig: Prof. Dr. Wolfgang Jonas; Prof. Dr. Rolf Nohr; Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig: Prof. Dr. Petra Mischnick; Prof. Dr. Bettina Wahrig

Bremen Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen: Prof. Dr. Kirsten Wiese; Universität Bremen: Prof. Dr. Karin Gottschall; Dr. Sabine Horn; Prof. Dr. Michi Knecht; Prof. Dr. Frank Nullmeier; Prof. Dr. Konstanze Plett; Prof. Dr. Maike Vollstedt

Chemnitz Technische Universität Chemnitz: Prof. Dr. Cecile Sandten

Darmstadt Technische Universität Darmstadt: Dr. Renate Ruhne

Detmold Technische Hochschule Ostwestfalen-Lippe: Prof. Dipl. Ing. Oliver Hall

Dresden Evangelische Hochschule Dresden (FH): Prof. Dr. Marlies Fröse; Technische Universität Dresden: Prof. Dr. Uta Berger; Prof. Dr. Gerd Schwerhoff

Düsseldorf Hans-Böckler-Stiftung: Dr. Michaela Kuhnhenne; Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf: Prof. Dr. Simone Dietz; Kunstakademie Düsseldorf: Prof. Dr. Ludger Schwarte

Eberswalde Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde: Prof. Dr. Hans Peter Benedikt; Prof. Dr. Pierre Ibsch

Erfurt Universität Erfurt: Prof. Dr. Omar Kamil; Prof. Dr. Jamal Malik

Erlangen Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. Kristina Giesel

Essen Universität Duisburg-Essen: Prof. Dr. Michael Kaeding

Flensburg Europa-Universität Flensburg: Prof. Dr. Gerd Gröninger; Prof. Dr. Christine Thon

Frankfurt (Oder) Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder): Prof. Dr. Timm Beichelt; Dr. Susann Worschech

Frankfurt am Main Frankfurt University of Applied Sciences: Prof. Dr. Margrit Brückner; Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main: Prof. Dr. Christoph Menke

Freiburg Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau: Prof. Dr. Carla Rosendahl; Dr. Sylvia Kruse; Prof. Dr. Anke Weidlich

Fulda Hochschule Fulda – University of Applied Sciences: Prof. Dr. Susanne Dern

Gießen Justus-Liebig-Universität Gießen: Prof. Dr. Jörn Ahrens; Prof. Dr. Regina Kreide

Göttingen Georg-August-Universität Göttingen: Prof. Dr. Nicolai Miosge

Greifswald Universität Greifswald: Prof. Dr. Susanne Stoll-Kleemann

Halle Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle: Prof. Frithjof Meine; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Prof. Dr. Thomas Bremer; Prof. Dr. Isabell Hensen; Dr. Christiane Lähmemann

Hamburg Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg: Dr. Franziska Müller; PD Dr. Marc Buggeln; Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg: Prof. Dr. Louis Henri Seukwa; Hochschule für Bildende Künste Hamburg: Prof. Dr. Friedrich von Borries; Universität Hamburg: Prof. Dr. Andrea Blunck; Dr. Nina Feltz; Prof. Dr. Ursula Neumann; Prof. Dr. Kai-Uwe Schnapp

Hannover FOM Hochschule für Oekonomie & Management: Prof. Dr. Manuel Pietzonka; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover: Prof. Dr. Christine Hatzky; Prof. Dr. Peter Nyhuis; Prof. Dr. Brigitte Reinwald

Heidelberg Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg: Dr. Anna Elisabeth Growe; Prof. Dr. Christiane Schwieren

Hildesheim Universität Hildesheim: Prof. Dr. Ursula Bredel; Prof. Dr. Julius Heinicke

Höxter Technische Hochschule Ostwestfalen-Lippe: Prof. Dr. Klaus Maas

Ilmenau Technische Universität Ilmenau: Prof. Dr. Johann Reger

Iserlohn University of Applied Sciences Europe – Campus Iserlohn: Prof. Dr. Thomas Meuser

Jena Ernst-Abbe-Hochschule Jena: Prof. Dr. Thomas Sauer; Friedrich-Schiller-Universität Jena: Prof. Dr. Stephan Lorenz

Kaiserslautern Hochschule Kaiserslautern: Prof. Hendrik Speck

Karlsruhe Pädagogische Hochschule Karlsruhe: Dr. Manuela Böhm

Kassel Universität Kassel: Prof. Dr. Christoph Scherrer

Kiel Christian-Albrechts-Universität zu Kiel: Dr. Insa Kühling

Kleve Hochschule Rhein-Waal: Prof. Dr. Helmut Prior

Koblenz Universität Koblenz-Landau: Dr. Florian Bernstorff; Heide Gieseke

Köln Universität zu Köln: Prof. Dr. Boris Braun

Konstanz Universität Konstanz: Prof. Dr. Marius Busemeyer; Prof. Dr. Rainer Kuhlen; Dr. Oliver Trevisiol

Leipzig Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig: Prof. Dr. Gabriele Hooffacker

Ludwigsburg Evangelische Hochschule Ludwigsburg: Prof. Bettina Heinrich

Lüneburg Leuphana Universität Lüneburg: Prof. Dr. Dawid Govinda Friedrich; Prof. Dr. Peter Pez

Magdeburg Hochschule Magdeburg-Stendal: Prof. Dr. Maureen Maisha Auma; Prof. Dr. Alexander Pott; Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg: Prof. Dr. Thorsten Unger; Prof. Dr. Gerald Warnecke; Dr. Ulrike Zeigermann

Mainz Johannes Gutenberg-Universität Mainz: Prof. Dr. Markus Höffer-Mehlmer; Prof. Peter Kiefer; Prof. Dr. Constantin Wagner

Marburg Philipps-Universität Marburg: Prof. Jan Christoph Goldschmidt; Prof. Dr. Susanne Maurer

München Hochschule für angewandte Wissenschaften München: Prof. Dr. Constance Engelfried; Katholische Stiftungshochschule München: Prof. Dr. Markus Babo; Dipl. pol. Nikolai Brandes; Dr. Daniela Braun; Ludwig-Maximilians-Universität München: PD Dr. Tobias Benedikt Hank; Dr. Kornelia Konczal; Prof. Dr. Reinhard Markowetz; Dr. Mandy Tröger; Technische Universität München: Prof. Dr. Oliver Alexy

Münster Westfälische Wilhelms-Universität Münster: Dr. Harry Mönig; Prof. Dr. Gabriele Wilde

Neubiberg Universität der Bundeswehr München: Prof. Dr. Sina Farzin; Prof. Dr. Franz Kohout

Neubrandenburg Hochschule Neubrandenburg: Prof. Dr. Claudia Steckelberg

Oldenburg Carl von Ossietzky Universität Oldenburg: Prof. Dr. Bernd Siebenhüner

Osnabrück Universität Osnabrück: Prof. Dr. Helen Schwenken

Passau Universität Passau: Prof. Dr. Christian Thies

Potsdam Fachhochschule Potsdam: Dr. Ellen Euler; Universität Potsdam: Prof. Dr. Joachim Gessinger; Prof. Dr. Vera Kirchner; Dr. Gert Zöller

Regensburg Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg: Maike Berndt-Zürner

Reutlingen Hochschule Reutlingen: Anna Goeddeke; Dr. Karin Widmayer

Rostock Universität Rostock: Dr. Gudrun Heinrich; Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski

Saarbrücken Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes: Prof. Dr. Holger Buck; Prof. Dr. Susan Pulham; Prof. Dr. Ulrike Zöller

Siegen Universität Siegen: Dr. Dr. Momme von Sydow

Stuttgart Staatliche Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Stuttgart: Prof. Dr. Judith Siegmund; Universität Stuttgart: Dr. Max Hoßfeld; Dr. Ralph O. Schill

Stuttgart u.a. Hochschule Macromedia für angewandte Wissenschaften Prof. Karin Jobst

Trier Hochschule Trier – Trier University of Applied Sciences: Prof. Dr. Stefan Naumann; Universität Trier: Prof. Dr. Antje Bruns; Dr. Rita Voltmer

Tübingen Eberhard Karls Universität Tübingen: Prof. Dr. Gabriele Abels; Prof. Dr. Martin Seeleib-Kaiser

Vechta Universität Vechta: Prof. Dr. Gabriele Dürbeck; Prof. Dr. Marco Rieckmann

Wilhelmshaven Jade Hochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth: Prof. Dr. Beate Illg

Witten Private Universität Witten/Herdecke gGmbH: Prof. Dr. Martin Schnell

Wolfenb./Wolfsb./Salzg./Suderb. Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften: Prof. Dr. Ludger Kolhoff

Wuppertal Bergische Universität Wuppertal: Prof. Dr. Rita Casale; Prof. Dr. Hans J. Lietzmann; Prof. Dr. Gertrud Oelerich; Kirchliche Hochschule Wuppertal/Bethel (Universität): Prof. Dr. Michaela Geiger

Ausland

Amsterdam (NL) Vrije Universiteit Amsterdam: Prof. Dr. Menusch Khadavi

Beirut (LB) Lebanese University: Dr. Markus Schmitz

Linz (A) Johannes Kepler Universität Linz: Dr. Waltraud Ernst

Oxford (GB) University of Oxford: Dr. Wolfgang Zumdick

Salzburg (A) Universität Salzburg: Dr. Norbert Paulo

Tel Aviv (IL) Dr. Dani Kranz

Tokyo (JP) University of Tokyo: Dr. Caspar Moritz Hütten

Utrecht (NL) HKU University of the Arts Utrecht: Dr. Annette Krauss

Wien (A) Central European University: Dr. Inga Winkler; FH Wien der WKW: Prof. Dr. Markus Scholz

Adressen

Stand: Juni 2022

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8
10117 Berlin
T 030-285 34-0 **F** 030-285 34-109
E info@boell.de
W www.boell.de

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg e.V.

Kernerstraße 43, 70182 Stuttgart
T 0711-26 33 94 10 **F** 0711-26 33 94 19
E info@boell-bw.de **W** www.boell-bw.de

Petra-Kelly-Stiftung Bayerisches Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Hochbrückenstraße 10, 80331 München
T 089-24 22 67 30 **F** 089-24 22 67 47
E info@petra-kelly-stiftung.de
W www.petrakellystiftung.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Sebastianstraße 21, 10179 Berlin
T 030-308 779 480
E info@bildungswerk-boell.de
W www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg für Ökologie, Demokratie und Soziales e.V.

Jägerstraße 2, 14467 Potsdam
T 0331-870 00 801
E info@boell-brandenburg.de

Bildungswerk Umwelt und Kultur in der Heinrich Böll Stiftung

Carl-Ronning-Straße 9, 28195 Bremen
T 0421-35 23 68
E kontakt@boell-bremen.de
W www.boell-bremen.de

Politisches Bildungswerk Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e.V.

Kurze Straße 1, 20355 Hamburg
T 040-389 52 70
E info@boell-hamburg.de
W www.boell-hamburg.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e.V.

Niddastraße 64, 60329 Frankfurt am Main
T 069-23 10 90 **F** 069-23 94 78
E info@boell-hessen.de **W** www.boell-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Friedrichstraße 23, 18057 Rostock
T 0381-492 21 84 **F** 0381-492 21 56
E post@boell-mv.de **W** www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen

Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover
T 0511-301 85 70 **F** 0511-301 85 714
E info@slu-boell.de **W** www.slu-boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis

Eldenaer Straße 35
10247 Berlin
T 030-285 34-260 **F** 030-285 34-51 40
E archiv@boell.de

Bildungswerk der Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen e.V.

Graf-Adolf-Straße 100, 40210 Düsseldorf
T 0211-93 65 08 0 **F** 0211-93 65 08 25
E info@boell-nrw.de
W www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz

Walpodenstraße 10, 55116 Mainz
T 06131-90 52 60 **F** 06131-90 52 69
E mainz@boell-rlp.de
W www.boell-rlp.de

Heinrich Böll Stiftung Saar e.V.

Talstraße 56, 66119 Saarbrücken
T 0681-58 35 60
E boell.stiftung@t-online.de
W www.boell-saar.de

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V.

Kraftwerk Mitte 32/Trafohalle,
01067 Dresden
T 0351-85 075 100 **F** 0351-85 075 109
E info@weiterdenken.de
W www.weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V.

Hansering 20 (Eingang D),
06108 Halle (Saale)
T 0345-202 39 27 **F** 0345-202 39 28
E info@boell-sachsen-anhalt.de
W www.boell-sachsen-anhalt.de

Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e.V.

Weimarer Straße 6, 24106 Kiel
T 0431-906 61 30 **F** 0431-906 61 34
E info@boell-sh.de **W** www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V.

Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
T 0361-555 32 57 **F** 0361-555 32 53
E info@boell-thueringen.de
W www.boell-thueringen.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung

Europa und Nordamerika

Büro Brüssel – Europäische Union

Heinrich-Böll-Stiftung
Rue du Luxembourg, 47–51
1050 Brussels, Belgien
T +32-2-743 41 14 **F** +32-2-743 41 09
E info@eu.boell.org **W** www.eu.boell.org

Büro Paris – Frankreich

Heinrich-Böll-Stiftung
80 Quai Jemmapes
75010 Paris, Frankreich
T +33-1-84 86 15 81
E info@fr.boell.org **W** www.fr.boell.org

Büro Prag – Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn

Heinrich-Böll-Stiftung
Jugoslávská 567/16, 120 00 Prag 2,
Tschechien
T +420-251 81 41 73
E info@cz.boell.org **W** www.cz.boell.org

Büro Warschau – Polen

Heinrich-Böll-Stiftung
ulica Żurawia 45, 00-680 Warszawa, Polen
T +48-22-44 01-333
F +48-22-44 01-337
E pl-info@pl.boell.org
W www.pl.boell.org

Büro Kiew – Ukraine

Heinrich-Böll-Stiftung
wul. Velyka Zhytomyrska 13
01001 Kiew, Ukraine
T +38-44-394 52 42
E ua.ua-info@ua.boell.org
W www.ua.boell.org

Büro Tbilissi – Region Südkaukasus

Heinrich-Böll-Stiftung
46a, Irakli Abashidze Str.,
Tbilisi 0179, Georgien
T +995-32-238 04 67/68
E info@ge.boell.org **W** www.ge.boell.org

Büro Belgrad – Serbien, Montenegro, Kosovo

Heinrich-Böll-Stiftung
Kapetan-Mišina 25,
11000 Belgrad, Serbien
T +381-11-400 59 77
F +381-11-405 78 63
E info@rs.boell.org **W** www.rs.boell.org

Büro Sarajevo – Bosnien und Herzegowina, Albanien, Nord-Mazedonien

Heinrich-Böll-Stiftung
Čekaluša 42, 71000 Sarajevo
Bosnien und Herzegowina
T +387-33-260 450
F +387-33-260 460
E info@ba.boell.org
W www.ba.boell.org

Büro Thessaloniki – Griechenland

Heinrich-Böll-Stiftung
3 Aristotelous, 54624
Thessaloniki, Griechenland
T +30 2310 282829
F +30 2310 282832
E info@gr.boell.org **W** www.gr.boell.org

Büro Istanbul – Türkei

Heinrich-Böll-Stiftung
T +90-212-249 15 54
F +90-212-245 04 30
E info@tr.boell.org **W** www.tr.boell.org

Büro Washington, DC – USA, Kanada, Globaler Dialog

Heinrich-Böll-Stiftung
1432 K Street, NW
Suite 500, Washington, DC 20005-2540, USA
T +1-202-462 75 12
F +1-202-462 52 30
E info@us.boell.org **W** www.us.boell.org

Asien**Büro Peking – China**

Heinrich-Böll-Stiftung
Office C704, Beijing Lufthansa Center
No. 50, Liangmaqiao Road,
Chaoyang District, 100125 Beijing, China
T +86-10-8400 4265
E info@cn.boell.org **W** www.cn.boell.org

Büro Hongkong – Asien, Globaler Dialog

22E Derrick Industrial Bldg
49 Wong Chuk Hang Rd, Hong Kong SAR
T +852 2869 8900
E info@hk.boell.org
W www.hk.boell.org

Büro Indien

Heinrich-Böll-Stiftung
C – 20, 1st Floor, Qutub Institutional Area
New Delhi 110016, Indien
T +91-11-2685 4405, 2651 6695,
2696 2840
E in-info@in.boell.org
W www.in.boell.org

Regionalbüro Südostasien

Heinrich-Böll-Stiftung
75 Sukhumvit 53 Klongton Neua, Wattana
Bangkok 10110, Thailand
T +66-2-6625960/1/2
E info@th.boell.org **W** www.th.boell.org

Büro Phnom Penh – Kambodscha

Heinrich-Böll-Stiftung
#8, Street 476, Sangkat Toul Tompoung I
Khan Chamkar Mon Phnom Penh,
Kambodscha
T +855 23 210 535
E info@kh.boell.org
W www.kh.boell.org

Büro Yangon – Myanmar

Heinrich-Böll-Stiftung
No. 45/A, Hlaing Myint Moh Lane (3)
Hlaing Township, Yangon, Myanmar 11051
T +95-9-3168 5846
E info@mm.boell.org
W www.mm.boell.org

Afrika**Büro Abuja – Nigeria**

Heinrich-Böll-Stiftung
2nd Floor, Masada III Building
12 Charles De Gaulle Street
Asokoro, Abuja, Nigeria
T +234-809-99 29 60-5 91
E info@ng.boell.org
W www.ng.boell.org

Büro Nairobi – Kenia, Uganda, Tansania, Somalia/Somaliland

Heinrich-Böll-Stiftung
Prof. Wangari Maathai Road (formerly
Forest Road)
P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia
T +254-20-26 80 745
E ke-info@ke.boell.org
W www.ke.boell.org

Büro Dakar – Senegal

Heinrich-Böll-Stiftung
Rue de Louga x Impasse PE
10 – au fond, Point E, Dakar, Sénégal
T +221-33-825 66 06
E info@sn.boell.org **W** www.sn.boell.org

Büro Kapstadt – Südafrika, Namibia, Simbabwe

Heinrich-Böll-Stiftung
8th Floor Vunani Chambers, 33 Church
Street, Cape Town 8000, Südafrika
T +27-21-461 62 66
F +27-21-424 40 86
E info@za.boell.org **W** www.za.boell.org

Nahost und Nordafrika**Büro Tel Aviv – Israel**

Heinrich-Böll-Stiftung
1 Har Sinai St. 2nd floor,
Tel Aviv 65816, Israel
T +972-3-516 77 34/35
F +972-3-516 76 89
E info@il.boell.org **W** www.il.boell.org

Büro Palästina und Jordanien

Heinrich-Böll-Stiftung
Tal az-Zaatar St. 6
P.O. Box 2018 Ramallah, Palästina
T +972-2-296 11 21
F +972-2-296 11 22
E info@ps.boell.org **W** www.ps.boell.org

Büro Beirut – Mittlerer Osten

Heinrich-Böll-Stiftung
Pierre Gemayel Avenue, Achrafieh 5585
Building, 1st floor
Beirut, Libanon
T +961-(0)1-615081
E info@lb.boell.org **W** www.lb.boell.org

Büro Tunesien – Tunesien

Heinrich-Böll-Stiftung
5, Rue Jamel Abdennasser,
1000 Tunis, Tunesien
T +216 71 322 345
E info@tn.boell.org **W** www.tn.boell.org

Büro Rabat – Marokko

Heinrich-Böll-Stiftung
17, Rue Tiddas, Hassan, 10010 Rabat
Marokko
T +212-537 20 20 93/94
F +212-537 20 20 92
E ma-info@ma.boell.org **W** www.ma.boell.org

Lateinamerika**Büro Mexiko-Stadt – Mexiko und Karibik**

Heinrich-Böll-Stiftung
Calle José Alvarado 12
Colonia Roma Norte,
Delegación Cuauhtémoc
CP 06760, México D.F., Mexiko
T +52-55-52 64 15 14
F +52-55-52 64 28 94
E mx-info@mx.boell.org
W www.mx.boell.org

Büro San Salvador – El Salvador, Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua

Heinrich-Böll-Stiftung
Residencial Zanzibar
Pasaje A-Oriente #24
San Salvador, El Salvador
T +503-2274-6812 **F** +503-2274-6932
E sv-info@sv.boell.org
W www.sv.boell.org

Büro Rio de Janeiro – Brasilien

Heinrich-Böll-Stiftung
Rua da Glória, 190/701 – Glória
CEP 20.241-180 – Rio de Janeiro, Brasilien
T +55-21-32 21 99 00
F +55-21-32 21 99 22
E info@br.boell.org **W** www.br.boell.org

Büro Bogota – Kolumbien

Heinrich-Böll-Stiftung
Calle 37 No 15–40
Bogotá, Kolumbien
T +57-1-371 91 11
E co-info@co.boell.org
W www.co.boell.org

Büro Santiago de Chile – Chile, Argentinien, Paraguay, Uruguay

Heinrich-Böll-Stiftung
Avenida Francisco Bilbao 882, Providencia
752-0063 Santiago de Chile, Chile
T +56-2-2584 01 72
E info@cl.boell.org **W** www.cl.boell.org

Fördern und Spenden

Viele Menschen unterstützen uns mit ihrem ehrenamtlichen Engagement als Referent/innen, als Vertrauensdozent/innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums. Sie helfen uns, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiterzuentwickeln. Und sie unterstützen uns durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis, durch Spenden, Zustiftungen, Patenschaften oder langfristige Partnerschaften. Für dieses große Engagement und Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Freundeskreis

Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von regulär 92 Euro, ermäßigt 25 Euro. Geringverdienende zahlen 46 Euro. Mit Ihren Beiträgen fördern wir unbürokratisch und schnell dort, wo es die Heinrich-Böll-Stiftung selbst meist aus rechtlichen Gründen nicht kann. Zum Beispiel unterstützen wir kleinere Kunst- und Kulturprojekte, für die auch geringe Summen eine große Hilfe sind. In Zusammenarbeit mit dem Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich und unseren Auslandsbüros konnten wir schon vielen politisch verfolgten Künstlerinnen und Künstlern eine Zuflucht ermöglichen (siehe Seite 40). Über die Vergabe der Mittel entscheidet das ehrenamtliche Koordinationsteam, das von den Mitgliedern gewählt wird.

Und was haben Sie davon?

Wann immer möglich, werden die geförderten Projekte für Sie erlebbar gemacht – mit Einladungen zu Vernissagen, Aufführungen von Theater und Film, Lesungen oder Gesprächen. Sie erhalten den «Info-Brief» mit Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen. Speziell für Mitglieder und Ehrenamtliche bieten wir jedes Jahr eine Bildungsreise in Zusammenarbeit mit unseren Auslandsbüros bzw. Landesstiftungen an. Zur Jahresversammlung stehen regelmäßig Vorstand oder Geschäftsführung der Stiftung zum Austausch bereit.

Zudem organisieren wir verschiedene Veranstaltungen unter Beteiligung unserer Mitglieder – sei es als Ideengeber/in, als Moderator/in oder Gesprächsteilnehmer/in. Wir freuen uns auch auf Ihre Expertise!

Beitrittserklärung: Absender/in

Name:

Vorname:

Institution/
Organisation:

☐ dienstlich ☐ privat

Anschrift

Straße:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Telefon/Fax:

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten elektronisch gespeichert werden, um Informationen von der Heinrich-Böll-Stiftung zu erhalten. Ich kann der Nutzung meiner Daten jederzeit widersprechen.
Mehr zum Datenschutz finden Sie unter: boell.de/datenschutz

☐ Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum/
Unterschrift:

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Bitte im Briefumschlag zurücksenden und mit € 0,85 frei machen

Heinrich-Böll-Stiftung

Freundinnen und Freunde
Schumannstraße 8

10117 Berlin



Klaus Linsenmeier, Koordinationsgremium des Freundeskreises Foto: privat



Marie Luise von Halem, Koordinationsgremium des Freundeskreises Foto: Robert Recker



Ulrike Cichon, Koordinatorin des Freundeskreises Foto: Conny Fischer

Werden Sie Mitglied im Freundeskreis!

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen die Werte und Ziele der Stiftung. Wir laden Sie herzlich ein, Teil unserer grünen Ideenwerkstatt und unseres internationalen Netzwerkes zu werden – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Als Freund oder Freundin tragen Sie dazu bei, die Qualität und Selbständigkeit der Heinrich-Böll-Stiftung langfristig zu sichern. Eine breite Palette an Veranstaltungen mit und für die Freundinnen und Freunde bietet Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, politische Konzepte und Entwicklungen zu diskutieren und die Stiftungsarbeit näher kennenzulernen. Mindestens einmal im Jahr verreisen die Freundinnen und Freunde. Zuletzt waren sie in Hamburg bei der dortigen Landesstiftung zu Gast.

Informieren Sie sich über unser Programm:
W www.boell.de/freundeskreis

Ansprechpartnerin für Freundinnen und Freunde, Spender/innen und Sponsor/innen:

Ulrike Cichon

T 030-285 34-112 **F** 030-285 34-5112

E cichon@boell.de

W www.boell.de/freundeskreis

Spenden-/Beitragskonto:

Bank für Sozialwirtschaft

BIC BFSW DE 33 BER

IBAN DE11 1002 0500 0003 0767 02

Gläubiger-ID im SEPA-Lastschriftverfahren:
DE 17 ZZZ 00 00 03 60 794

Ihr Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar und Ihre Mitgliedschaft jederzeit kündbar.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
FREUNDINNEN + FREUNDE

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

Mitglied

- ☐ mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- ☐ mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von €
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)

- ☐ mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- ☐ mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von €

Zahlungsweise

☐ SEPA*-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs), Gläubiger-ID DE17ZZZ00000360794, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der hbs auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber/in (falls abweichend):

Kreditinstitut:

BIC:

IBAN:

Die Mandatsreferenz wird mir durch die hbs separat mitgeteilt.

Datum, Ort und Unterschrift:

- ☐ Ich überweise meinen Beitrag selbst auf das Konto der Heinrich-Böll-Stiftung, IBAN DE11 1002 0500 0003 0767 02.

Mitgliederversammlung	Freundeskreis der Heinrich-Böll-Stiftung
Aufsichtsrat	

Vorstand	Gunda-Werner-Institut Feminismus und Geschlechterdemokratie	Fachbeirat Gemeinschaftsaufgabe Fachbeirat Studienwerk Fachbeirat Nord-Süd Fachbeirat Europa/Transatlantik
Geschäftsführung	Betriebsrat	
Interne Revision Zuwendungs-, Vergabe- und Vertragsrecht Baumanagement		

Internationale Zusammenarbeit		Inland		Studienwerk
Internationale Themenreferate	Regionalreferate	Programmlinie Demokratie und Gesellschaft	Programmlinie Transformation und Nachhaltigkeit	
Internationale Politik Internationale Umweltpolitik Internationale Agrarpolitik Außen- und Sicherheitspolitik Einheit Global Support for Democracy Internationale Demokratie Globale Einheit für Feminismus und Geschlechterdemokratie	Regionalreferat Afrika <i>Büro Einheit Horn von Afrika, Büros in Dakar, Kapstadt, Nairobi, Abuja</i> Regionalreferat Naher Osten und Nordafrika <i>Büros in Tel Aviv, Ramallah, Tunis, Rabat, Beirut</i> Regionalreferat Asien <i>Büros in Yangon, Bangkok, Neu-Delhi, Phnom Penh, Peking, Hongkong</i> Regionalreferat Ost- und Südosteuropa <i>Büros in Belgrad, Kiew, Tbilisi, Sarajevo, Tirana</i> Regionalreferat Lateinamerika <i>Büros in San Salvador, Mexiko-Stadt, Bogotá, Rio de Janeiro, Santiago de Chile</i> Regionalreferat EU/Nordamerika <i>Büros in Brüssel, Istanbul, Paris, Prag, Thessaloniki, Warschau, Washington</i>	Demokratie Migration und Diversity Politik- und Parteienforschung Zeitdiagnose und Diskursanalyse Zeitgeschichte	Bildung und Wissenschaft Digitale Ordnungspolitik Kommunalpolitik und Stadtentwicklung Ökologie und Nachhaltigkeit Sozialpolitik Wirtschaft und Finanzen	Studienförderung Promotionsförderung Auswahl und Alumni
Steuerung und Evaluierung		Kulturpolitik und Neue Medien Heinrich Böll: Leben und Werk (Köln) Grüne Akademie Archiv Grünes Gedächtnis		

Kommunikation	Finanzen, IT und Technische Dienste		Organisation und Wissen	Personal
	Haushalt und Finanzen	IT und Technische Dienste		
Politische Kommunikation Lektorat Online-Redaktion Digitale Bildungsformate Marketing und Design Tagungsbüro	Haushalt und Bilanzierung Operative Finanzbuchhaltung	IT-Systeme zentral IT-Systeme global Technische Dienste	Organisationsentwicklung und Wissensmanagement GreenCampus Externes Weiterbildungsprogramm Kommunalpolitische Weiterbildung GreenCampus Internes Weiterbildungsprogramm	Personalmanagement



Heinrich Böll, Am Rhein
Foto: Toni Richter

«Einmischung ist die einzige
Möglichkeit, realistisch zu bleiben.»

Heinrich Böll

Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von Immigran-

ten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

Wir sind eine grüne Ideenagentur

- Wir geben Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen.
- Wir engagieren uns für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab.
- Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.
- Wir vermitteln Wissen von Expertinnen und Experten an politische Akteure.
- Wir sind ein Ort für offene Debatten und fördern den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.
- Wir fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende im In- und Ausland.
- Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle politischer Orientierung.

Wir sind ein internationales Politik-Netzwerk

- Wir verstehen uns als Teil eines globalen grünen Netzwerkes und fördern die Entwicklung der grünen politischen Bewegung auf allen Kontinenten.
- Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbreiterung und Vertiefung der europäischen grünen Bewegung.

- Wir engagieren uns bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit.
- Wir unterstützen die politische Partizipation der Zivilgesellschaft und beteiligen uns an Konferenzen und Verhandlungen im Rahmen multilateraler Organisationen.

Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

- Ökologie und Demokratie sind für uns untrennbar. Wir unterstützen deshalb Personen und Projekte, die sich für Ökologie, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen.
- Wir fördern weltweit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation. Wir setzen uns für die Überwindung von Dominanz, Fremdbestimmung und Gewalt zwischen den Geschlechtern ein.
- Wir betrachten ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur.
- Wir ermutigen zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- Wir vermitteln Knowhow für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention an politische Akteurinnen und Akteure.

Engagement, fachliche und menschliche Kompetenz, Kreativität und Flexibilität zeichnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland aus. Sie sind hoch qualifiziert, teamorientiert und bilden mit ihrer überdurchschnittlichen Motivation das Vermögen der Stiftung.

Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männern verschiedenen Alters, verschiedener religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind konstitutiv für die Stiftung. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Wechselseitiger Respekt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern bilden die Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen.

Wir überprüfen und verbessern unsere Arbeit in einem kontinuierlichen Prozess und stellen uns der internen und externen Bewertung. Wir stehen für einen wirtschaftlichen, effizienten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und sorgen für transparente Geschäftsabläufe.

Wir praktizieren ein produktives Miteinander von Bundesstiftung und Landesstiftungen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für ehrenamtliches Engagement und für die Zusammenarbeit mit Dritten.

Als politische Stiftung handeln wir unabhängig und in eigener Verantwortung auch gegenüber Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Eigenständigkeit wahren wir auch bei der Auswahl unserer Führungskräfte und der Besetzung unserer Gremien.

■ Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte, gegenüber dem Deutschen Theater, ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit ihren Landesstiftungen in den Bundesländern. ■ Heinrich Bölls Ermutung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Deren vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. ■ Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. ■ Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element ihrer politischen Bil-

dungsarbeit und als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung. ■ Im Jahr 2021 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 375 Stipendien an Studierende und Promovenden neu. ■ Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u. a. den Vorstand. ■ Den hauptamtlichen Vorstand bilden seit Frühjahr 2022 Dr. Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht. Die Geschäftsführung hat Steffen Heizmann inne. ■ Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten vor. ■ Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Belgien, Frankreich, Polen, Tschechien, der Türkei, Griechenland, Georgien, Ukraine, Bosnien, Serbien, Albanien, Israel, Libanon, dem arabischen Nahen Osten, Tunesien, Marokko, Kenia, Nigeria, Senegal, Südafrika, Thailand, Myanmar, Kambodscha, Indien, China, Hongkong, Brasilien, Kolumbien, Chile, Mexiko, El Salvador und den USA. ■ Im Jahr 2021 standen der Stiftung circa 80 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.